REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 435 · 17.2.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. FPÖ: Die Freiheitlichen: Rechtsradikal, europäisch, normal - Hannes Hofbauer
2. Ein ganz normaler Vorgang. Korruption mit K wie Kapitalismus - mb.
3. Revolution mit BND-Geldern erstickt. SPD/FDP/CDU/CSU-Operation in Portugal und Spanien - j., Hamburg
4. Countdown zum Konsens? - Jochen Stay
5. Konten, Konten, Konten. (K)eine Chronik eines angekündigten Todes
6. Unzureichende Verstopfung und rassistische Säcke - Wolfgang Ehmke
7. Mitmachen! Zeitung für den Atomausstieg bundesweit verteilen
8. Hinter der Strahlung steht der Wert! Neues Konzept für die Anti-Atom-Frühjahrskonferenz - Tobi, Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet)
9. Soziale Reform und kapitalistische Modernisierung. Das 35-Stunden-Gesetz bleibt umkämpft - Bernhard Schmid
10. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit
11. Ab 60 gehört Opa mir. Tarifpolitik wird zum Ausputzer der Rentenreform - Johannes Steffen
12. "Ein wichtiges Thema wird verheizt." Die Autokoordination zur Metalltarifrunde 2000 - Autokoordination
13. "Aquisiteur für Speisen und Getränke". Berlin - Dienstleistungsmetropole und Drehscheibe für den Osthandel? - Dario Azzellini
14. Besser exportieren? Ein Bündnis möchte die Hermes-Bürgschaften reformieren - as
15. Intellektuelle Architekten der neuen Weltordnung. Zur Debatte um Global Governance - Ulrich Brand
16. Erklärung zu den Verhaftungen von Axel H., Harald G., Sabine E. - Berliner Bündnis für Freilassung
17. Nach 64 Tagen Hungerstreik erfolgreich beendet. Staatsschutzjustiz lenkt gegenüber Gefangenem aus der DHKP-C ein (Interview)
18. Leonard Peltiers heilsame Pfeile. Von indianischem Widerstand und dem Überleben in US-Knästen - as
19. Nazi-Umtriebe im Hamburger Umland. Elmshorner rüsten sich gegen faschistische Angriffe - Salomon Herzbaum
20. Historikerstreit am Hannah-Arendt-Institut - Mark Holzberger
21. Papier-Tiger. Neue rot-grüne Rüstungsexportrichtlinien - Thomas Klein
22. "Hola Guey!" Besetzte Universität in Mexiko-Stadt geräumt - Proteste gehen weiter - Boris Kanzleiter
23. Chronik einer verratenen Revolution - Ecuadors indianische Bewegung zwischen Medien, Militärs und Machtergreifung - Boris Siebert
24. Zone der Entspannung im Kriegsgebiet. Die schwierige Suche nach Frieden in Kolumbien - H.P. Kartenberg
25. Schwere Krise im Friedensprozeß. Streit um IRA-Waffen und Polizeireform - Dietrich Schulze-Marmeling
26. Der Sündenbock. Adriano Sofri ist das Opfer eines Inquisitionsprozesses - Antonio Tabucchi
27. Zurück auf Los. Im Baskenland verhärten sich die Fronten - mb.
28. Grauenvolle Halbwahrheiten. Die türkisch-kurdische Hisbullah hat ausgedient - Jan Ketman
29. Indonesische Zentrifuge. Das Land droht am Erbe der Suharto-Ära zu zerbrechen - Rainer Werning
30. Hoch die Reflektion - Kampf der Plattheit! Kerstin Brandes und Sebastian Haunss über "hoch die kampf dem" - gw/at
31. Rematerialisierter Hippie. Rich Hopkins und die Luminarios auf Tour - Hz
32. Der Siegeszug eines "undeutschen" Spiels. 100 Jahre Fußball in Deutschland, Teil 1 (1900-1933) - Dietrich Schulze-Marmeling
33. Dürfen nur Männer Schweine sein? Bundeswehr muß Frauen reinlassen - Stefanie Gräfe
34. Mehr - Mehr - Mehr
35. AUFGEBLÄTTERT
36. KALENDER
37. Quelldatei 37.htm
38. LESERINNENBRIEFE

39. 60.000 DM für ak
40. Korruption und Kapitalismus
41. Nordirische Stagnation

1. FPÖ: Die Freiheitlichen: Rechtsradikal, europäisch, normal

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:29

"Österreich in Angst", titelte die auflagenstarke Tageszeitung Kurier zwei Tage vor dem Regierungsantritt der ÖVP-FPÖ-Koalition. Die Rechte an der Macht, Demonstranten auf der Straße, die Ächtung Österreichs durch die EU-Partner und unausweichlich scheinende soziale Kämpfe haben die kleine Alpen- und Donaurepublik binnen Wochenfrist in eine seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gekannte prekäre Lage gebracht. So sieht wohl eine Staatskrise aus. Der Schock hält an. Die Parteiführer der neuen rechts-rechten Regierung, Wolfgang Schüssel und Jörg Haider, erklären die innenpolitische Situation zwar für bedenklich, um im selben Atemzug allerdings darauf hinzuweisen, dass es sich dabei um "europäische Normalität" handeln würde.

ÖVP und FPÖ haben sich zum Bürgerblock formiert, um jener "europäischen Normalität" auch in Österreich zum beschleunigten Durchbruch zu verhelfen, die seit zehn Jahren den ganzen Kontinent erfasst. Radikales Zurückdrängen staatlicher Einflussmöglichkeiten auf Wirtschafts-, Sozial- und Kulturangelegenheiten; nachhaltige Zerstörung sozialpartnerschaftlicher Instrumente für den gesellschaftlichen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit; endgültige Durchsetzung liberalistischer Theoreme wie Standortvorteil und Konkurrenzprinzip sowie eine Militarisierung dieses "europäisch" genannten Imperiums zur Absicherung der Akkumulationsgewinner.

Die österreichische Sozialdemokratie hat auf Grund der spezifischen gesellschaftlichen Gegebenheiten des Landes, das nach 1945 (eigentlich schon nach 1918) kein starkes, um seine Interessen kämpfendes Bürgertum mehr gekannt hat, bis in die 80er Jahre in den wirtschaftlichen Kernbereichen Energie, Schwerindustrie und Bankwesen Politik machen können. In weit höherem Ausmaß als überall sonst in der westlichen, kapitalistischen Welt waren diese Kernsektoren im Gefolge des Potsdamer Abkommens nach 1945 verstaatlicht worden. Drei einschneidende Ereignisse haben den "österreichischen Weg", der auch durch die 30-jährige ununterbrochene sozialdemokratische Kanzlerschaft dokumentiert ist, heute ungangbar gemacht.

Zum ersten die Krise der Industriegesellschaft insgesamt bzw. die damit verbundene radikale Änderung der Arbeit weg von einer - zumindest postulierbaren - proletarischen Solidarität hin zu einer Individualisierung und auch Prekarisierung der Lohnarbeit. Das war überall in Europa so. Desgleichen transkontinental spürbar äußerte sich der Zusammenbruch der kommunistischen Welt im Osten, wobei für Österreich als traditioneller politischer und auch wirtschaftlicher Vermittler zwischen West und Ost, NATO und Warschauer Pakt, EWG/EG und RGW nach dem Zusammenbruch der von Moskau geführten Institutionen ein bedeutenderer Rollenwechsel notwendig geworden ist.

Das dritte einschneidende Ereignis ist mit dem Datum 1. Januar 1995 verbunden. An diesem Tag trat Österreich der Europäischen Union bei. Mit einem Schlag existierten nun bürgerlich-kapitalistische Interessen im europäischen Maßstab, noch dazu in Form ausländischer Kapitalgruppen, die Österreich als Vergrößerung des bayerischen und/oder norditalienischen Marktes begriffen. Lange Zeit geschützte Sektoren in der Landwirtschaft und im Klein- und Mittelgewerbe waren dem Konkurrenzdruck von außen nicht gewachsen.

Noch 1994 war es in Österreich üblich, z.B. den Obst- und Gemüsemarkt, die Mühlen, die Zuckerraffinerien, die Milchwirtschaft und vieles andere mehr gegen Importe zu schützen bzw. den Energiesektor staatlich zu regulieren. Die Anpassung an den EU-Markt ging rasch und mit nur kurzen Übergangsfristen vonstatten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen - z.B. dem österreichischen Raiffeisenkonzern - übernahmen deutsche, italienische oder französische Firmen den heimischen Marktanteil. Ein einheimisches Bürgertum, das von der EU-Mitgliedschaft profitiert hätte, ist de facto inexistent, es beschränkt sich auf wenige allseits bekannte Familien.

Folgerichtig übernahmen rabiate Kleinbürger, ein guter Teil davon Verlierer der Integration in den EU-Markt, die politische Bühne. Jörg Haiders FPÖ ist Ausdruck dieser spezifischen gesellschaftlichen Klasse, die freilich potenziell in allen EU-Ländern anzutreffen ist. Insofern ist die FPÖ - wie die renommierte Neue Zürcher Zeitung immer wieder betont - ein Mittel zur Normalisierung des Landes und womöglich auch zur Normalität der EU.

In Großbritannien, Deutschland und Italien haben sich sozialdemokratische Parteien vor den Karren des neuen, EU-Akkumulationsmodells spannen lassen. Die Ironie der Geschichte ist: In Österreich war die SPÖ - im Verhältnis zum bürgerlichen Gegenblock - zu stark, um sich rasch und kompromisslos der kapitalistischen Modernisierung zur Verfügung zu stellen. Zu zögerlich verfuhren die hiesigen Sozialdemokraten mit Entstaatlichung und völliger Liberalisierung - auch deshalb, weil sie bis zum Tag des Regierungsantritts der schwarz-blauen Koalition über Aufsichtsratsposten in Bankvorständen, Energiebetrieben, Telekommunikationsunternehmen etc. ökonomisch bedeutsame Funktionen inne hatten. Seit dem 7. Februar 2000, dem ersten Arbeitstag der neuen Koalition, ist alles anders. FPÖ und ÖVP sind angetreten, Österreich endgültig in das Europa der Konzerne und deren Rationalität einzubringen. An oberster Stelle des Regierungsprogramms firmiert die völlige Privatisierung sämtlicher noch staatlich geführter Unternehmen; Banken, Postsparkasse, Telekom, Flughafen, Staatsdruckerei ...

Jörg Haider ist ein Medienprofi. Mehr als rabiate Kleinbürger oder von den Sozialdemokraten enttäuschte Arbeiter bilden Fernsehkameras seine Basis. Als erster in der österreichischen Parteienlandschaft hat er schon vor 15 Jahren erkannt, dass die mediale Inszenierung in einer auf das Fernsehen fixierten Gesellschaft der entscheidende politische Eckpfeiler für Erfolg ist. Journalisten auf der Suche nach einer sensationellen Story sind bei ihm gut aufgehoben, er bietet sie jedem, der danach fragt. Klammheimliche oder unbewusste Komplizenschaft der Medienmacher sind Jörg Haiders eigentliche politisches Rezept. Gerade das macht ihn so gefährlich.

Für die österreichische Innenpolitik ist ihm unmittelbar nach der EU-weit angekündigten Isolation des Landes wieder ein solcher Coup gelungen, an dem sich zumindest die österreichische Journaille abarbeiten muss. In der TV-Pressestunde, einer Talk-Show, in der ein Politiker drei Journalisten gegenübersitzt, assistierte ihm ein freundlich gesinnter Reporter von der Tiroler Tageszeitung bei einer neuen Dolchstoßlegende. Es gebe ernsthafte Hinweise, so der Kanzlermacher, dass SPÖ-Vorsitzender Viktor Klima und Bundespräsident Thomas Klestil hinter den ausländischen Attacken auf "unser Land" stünden. Die Erklärung der 14 EU-Staaten, Österreich zu isolieren, sei innenpolitisch bestellt worden. Ob es sich dabei um einen politischen Hochverrat handelte, solle das Parlament im Rahmen eines Untersuchungsausschusses klären helfen.

Die Gründe für die einzigartige Reaktion der EU-Partnerstaaten auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ wurden mit dieser Attacke flugs zum Ausgangspunkt für einen neuerlichen Angriff gegen seine politischen Gegner, zu denen erst seit kurzem auch Bundespräsident Thomas Klestil zählt. Noch anlässlich der Präsidentschaftswahlen im Jahre 1998 hatte Haider seine Wähler dazu aufgerufen, dem konservativen Diplomaten die Stimme zu geben.

Erstmals steht Haider allerdings ein starkes Medium im Lande entgegen. Das meistgelesene Boulevardblatt, die Kronenzeitung, kämpft seit den Nationalratswahlen im Oktober 1999 gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung. Für den Medienprofi Haider eine ungewohnte Situation, die ihm noch zu schaffen machen dürfte.

Seine Partei allerdings hat er fest im Griff. Hervorgegangen ist die dritte politische Nachkriegskraft aus dem bereits 1949 gegründeten Verband der Unabhängigen (VdU). Der VdU war explizit als Sammelbecken für die 530.000 registrierten Nationalsozialisten gedacht, die beim ersten Wahlgang nach 1945 per alliiertem Dekret von der Stimmenabgabe ausgeschlossen geblieben waren. Ein fast 12-prozentiger Stimmanteil machte das nationale Lager sowohl für künftige SPÖ- als auch für ÖVP-Koalitionen interessant.

Es sollte allerdings fast 20 Jahre dauern, bis die mittlerweile längst in Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) umbenannten Nationalen 1970 entscheidend ins parlamentarische Geschehen am Wiener Ring eingreifen konnten. Gegen die Zusicherung des designierten SPÖ-Bundeskanzlers Bruno Kreisky, das Wahlgesetz zu Gunsten von Kleinparteien zu ändern, unterstützte die FPÖ sein Minderheitskabinett. Gesprächspartner Bruno Kreiskys in der FPÖ war der frühere Nationalsozialist und damalige Parteichef Friedrich Peter. 1983 kam es dann zur ersten Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen. Norbert Steger, ein explizit anti-nationaler Liberaler, wurde Vizekanzler unter einer sozialdemokratischen Regierung. Die FPÖ schien in die Fußstapfen der deutschen FDP zu treten; liberale Kräfte setzten sich - kurzfristig - durch.

Im September 1986 wählte der Bundesparteitag der FPÖ den damals 35-jährigen Jörg Haider zum Vorsitzenden. Die liberale Führung sprach von einem Putsch. Mit markigen nationalen Sprüchen, den

Noch-Regierungspartner SPÖ politisch herausfordernd, triumphierte der Wahl-Kärntner Haider über seine politischen Ziehväter. Das liberale Element der Partei verlor schlagartig an Einfluss. SPÖ-Vorsitzender Franz Vranitzky kündigte die Zusammenarbeit mit der FPÖ auf.

Mit jenem legendären Parteitag im Jahre 1986 begann der Aufstieg der Freiheitlichen unter ihrem neuen Führer Jörg Haider. Von einer 5-Prozent-Partei im Jahre 1983 wuchs die Zustimmung auf jene beachtlichen 27,2 Prozent im Oktober 1999. Der 3. März 1999 steht für Haider als Datum seines bislang größten persönlichen Sieges: Anlässlich der Kärntner Landtagswahlen erreichte die FPÖ 42 Prozent im südlichsten Bundesland, Haider wurde Landeshauptmann von Kärnten, einem Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes vergleichbar.

Politische Positionswechsel gehören zum ständigen Repertoire der als Ein-Mann-Partei geführten FPÖ. Mehrmals wurden z.B. Pro- und Anti-EG/EU-Positionen gewechselt. Entscheidender war jedoch Anfang der 90er Jahre die innerparteiliche Wende weg vom Deutschnationalismus - der gleichwohl im Stimmvolk weiter Wurzeln schlägt - hin zum Österreich-Patriotismus. War für den jungen Haider die österreichische Nation noch "eine Missgeburt", so gibt er sich seit Jahren als Landespatriot. Mit diesem politischen Outfit ging er auf Stimmenjagd beim ÖVP-Wählerpotenzial. Als Nachfolgerin des austrofaschistischen Dollfuß-Regimes war der ÖVP der Deutschnationalismus von jeher fremd. Der rot-weiß-rote Anstrich, den sich die Haider-FPÖ vor etwa sechs Jahren verpasst hat, ist die Basis für sein Eindringen in "schwarze" Wählerschichten.

Noch kürzer zurück liegt Haiders Selbst-Inszenierung als "Anwalt des kleinen Mannes", der es der FPÖ erlaubte, in den Kernwählerschichten der Arbeiterschaft zu wildern. Voraussetzung dafür war allerdings eine durch und durch korrupte Sozialdemokratie, deren Funktionäre zunehmend den Kontakt mit dem Stimmvolk verloren hatten. Insofern stimmt die Einschätzung eines prominenten österreichischen Politologen, Emmerich Talos, als eigentlichen Wegbereiter der FPÖ die 13-jährige Koalitionsregierung von SPÖ und ÖVP zu betrachten.

Hannes Hofbauer, Wien

2. Ein ganz normaler Vorgang. Korruption mit K wie Kapitalismus

Autor: mb. · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:35

Kein Tag vergeht, an dem nicht neue Details über das geheime Finanzsystem der CDU ans Tageslicht kommen. Seit vier Monaten "erschüttert" der Finanz- und Spendenskandal die Republik. Von Korruption ist allerdings in der öffentlichen Auseinandersetzung auffallend wenig die Rede.

Der Stein kam freilich genau dadurch ins Rollen. Am Anfang stand die eine Million Mark, die der Waffenhändler Schreiber an Walter Leisler Kiep und den CDU-Steuerberater Horst Weyrauch bar in einem Koffer im befreundeten Ausland übergeben hatte, damit deutsche Panzer weiter in Arabien rollen können.

Stück für Stück wurde in den vergangenen Wochen immer mehr darüber bekannt, wie und mit welchen Mitteln Helmut Kohl und seine engsten Weggefährten über Jahre hinweg illegal Geldquellen für sich erschlossen, und mit welcher "kriminellen Energie" sie dabei zu Werke gingen. Zumindest bis 1992 - das ist heute sicher - unterhielt die Union geheime Konten im In- und Ausland, über die zweistellige Millionenbeträge außerhalb des legalen, offiziellen Rechenschaftswesens für die Arbeit der Partei und den Machterhalt ihrer Führungselite geflossen sind. Welche Doppelmoral und Arroganz dabei zu Tage trat, überrascht eigentlich weniger. Eine besondere Perfidie: Wo es um viel Geld geht, verfallen christliche Politiker unvermeidlich auf antisemitische Stereotypen - so etwa, als die hessische CDU Schwarzgeld, das aus der Schweiz und Liechtenstein auf heimische Konten geschleust wurde, als angebliche Vermögen exilierter Juden ausgab.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben aber immerhin den schönen Nebeneffekt, dass man sich genüsslich freuen kann, wie die ganze Kohorte staatstragender Gestalten - von Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble, Robert Koch bis hin zu Manfred Kanther - ertappt dasteht, sich windet, lügt, gesteht, Teilwahrheiten von sich gibt oder sich einfach störrisch zeigt wie der Ex-Kanzler. Mehr als klammheimliche Freude hatten wahrscheinlich viele Linke, als sie von der Hausdurchsuchung bei Manfred Kanther und den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen ihn hörten. Und selbst die FAZ konnte es nicht unterlassen, im Zusammenhang mit Kanthers Geldschiebereien genüsslich Äußerungen des Ex-Innenministers zur "Organisierten Kriminalität" zu zitieren, die haargenau das beschrieben, was der ehemalige Chef der Hessen-CDU über Jahre hinweg selbst getan hatte.

"Die mit Abstand größte Gefährdung unserer Gesellschaft - dies gilt für die hoch entwickelten Industrieländer generell, - geht vom organisierten Verbrechen mit seinen mafiosen Strukturen aus" - so liest es sich in einem Bericht des Bundesinnenministeriums vom 19.6.1996. Knapp daneben ist auch vorbei, Herr Kanther! Vielmehr ist es so, dass mafiose Strukturen - und nichts anderes stellen die Machenschaften der CDU-Führungsmannschaft dar - ein ganz normaler Bestandteil kapitalistischer Gesellschaften sind. Ein enges Beziehungsgeflecht zwischen den Akteuren in Politik, Staat und Wirtschaft ist bürgerlichen Demokratien eben immanent. "Politische Landschaftspflege" nannte das der Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch und meinte damit nicht die Zahlung von Schmiergeldern von Fall zu Fall, sondern eine breitgestreute und kontinuierliche "Unterstützung" politischer Entscheidungsträger.

Begünstigte ist natürlich nicht nur die CDU, sondern sind in der einen oder anderen Form alle staatstragenden Parteien. Dies zeigt aktuell die in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bekannt gewordenen Verquickungen zwischen Industrie und SPD-Politikern. Dabei ist allerdings die Einflussnahme der Industrie auf die politischen Entscheidungsträger vielfältiger Natur. Das Repertoire reicht von einseitiger und manipulativer Berichterstattung in den Medien über direkte und indirekte Lobbyarbeit bis zur klassischen Korruption.

In die großen und kleinen Affären der vergangenen Wochen sind namhafte Unternehmen involviert: Thyssen, Airbus, Elf-Aquitaine, die West-LB. Daimler ist über seinen Manager Ludwig-Holger Pfahls, der zuvor Rüstungsstaatssekretär war, in den Skandal verwickelt. Siemens soll Millionenbeträge bar auf die CDU-Auslandskonten gezahlt haben. Auch der Medienunternehmer Kirch wird als einer der ominösen "anonymen Spender" Kohls gehandelt. Ob beim Rüstungsdeal von Thyssen mit Saudi-Arabien oder dem Elf-Aquitaine-Engagement in Leuna, politische Entscheidungen wurden offensichtlich erkauft. Dies liegt auch für den Verkauf von 100.000 Eisenbahner-Wohnungen nahe - warum sonst ließen die Käufer kurz vor der Bundestagswahl 1998 der damals noch regierenden CDU eine Millionen-Spende zukommen?

Dass die realen Summen, die hier bewegt werden, weit über denen liegen, die momentan in der öffentlichen Diskussion stehen, ist ziemlich offensichtlich. Beim Panzergeschäft des Thyssen-Konzerns, bei dem 36 Fuchs-Panzer nach Saudi-Arabien geliefert wurden, ging rund die Hälfte des Kaufpreises - 219,7 der 446,4 Millionen Mark - für Schmiergelder drauf. Schon alleine zwischen dieser Summe und den öffentlich gehandelten über 30 Millionen Mark Schwarzgeldern der Bundes- und der Hessen-CDU liegen Welten.

mb., Berlin

3. Revolution mit BND-Geldern erstickt. SPD/FDP/CDU/CSU-Operation in Portugal und Spanien

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Geheimdienste; Spanien; Portugal · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:42

Ganz nebenbei hat der Parteispendenskandal ein Kapitel europäischer Geschichte neu beleuchtet, das die Verantwortlichen gerne im Dunkeln gelassen hätten: das Abwürgen der revolutionären Massenbewegungen in Portugal und Spanien Mitte der siebziger Jahre. Finanziert mit Geldern des Kanzleramtes unter Helmut Schmidt, des BND, des Flick-Konzerns und des Außenministeriums unter Hans-Dietrich Genscher päppelten SPD, CDU und FDP "Bruderparteien", die ihren gemeinsamen Nenner im Antikommunismus und in der entschiedenen Abwehr aller basisdemokratischen Ansätze hatten.

Am 25. April 1974 stürzte eine Gruppe junger Offiziere die fast 50-jährige Salazar/Caetano-Diktatur in Portugal. In den folgenden Monaten entwickelte sich eine Massenbewegung, die nicht nur einen rechten Putschversuch im März 1975 erfolgreich zurückwies, sondern unter dem Schutz der linken "Bewegung der Streitkräfte" mit Streiks, Besetzungen von Häusern, Betrieben, Landgütern, Zeitungs- und Rundfunkredaktionen und dem Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen die Machtfrage zu stellen schien.

US-Außenminister Kissinger soll damals das Land bereits als "an den Kommunismus verloren" angesehen haben. Dagegen legte die Bundesregierung unter Helmut Schmidt 1974 ein millionenschweres "under cover"-Programm zur Stärkung der antirevolutionären Kräfte auf. Die Gelder für die "Operation Polyp" kamen aus dem BND-Haushalt. Emissäre der Parteien - die Schatzmeister Alfred Nau für die SPD, Walter Leisler Kiep für die CDU/CSU und Heinz Herbert Karry für die FDP - holten die Geldbündel bei Geheimdienstkoordinator Manfred Schüler im Bundeskanzleramt ab und schleusten sie auf konspirativen Wegen und ohne weitere Kontrolle nach Portugal, später auch nach Spanien und in die Türkei.

Die CDU unterstützte in Portugal offiziell das Christsoziale Zentrum (CDS). 1976 enthüllte Günter Wallraff, wie die "Demokratische Bewegung zur Befreiung Portugals" MDLP um den portugiesischen Ex-General Spinola unter Einbeziehung führender Militärs einen erneuten faschistischen Putsch vorbereitete ("Die Zeit ist reif: Jetzt wollen wir töten." - Stern 8.4.76). Die MDLP betrachtete sich selbst als illegalen Flügel des CDS; CDS-Präsidentschaftskandidat Galvao de Melo war ihr Verbündeter und stand zugleich im engen Kontakt mit Franz Josef Strauß und Kai-Uwe von Hassel. Strauß seinerseits traf sich persönlich mit dem faschistischen Konspirateur Spinola. Auch BND-Leute waren in das Komplott einbezogen.

Auf der Vorderbühne übernahm die 1973 unter der Schirmherrschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel gegründete Sozialistische Partei Portugals (PS) die Schlüsselrolle. Auf Einladung ihres ersten Vorsitzenden und damaligen Außenministers Mario Soares reiste im Oktober 1974 Willy Brandt nach Portugal. Brandt überbrachte nicht nur weitere finanzielle Zusagen für die PS, sondern zugleich kaum verhohlene Interventionsdrohungen der USA. Er erreichte eine Festlegung der PS-Führung auf einen Verbleib Portugals in der NATO und die Ablehnung eines "Volksfront"-Bündnisses mit der KP und anderen linken Organisationen. Während der linkssozialistische Flügel der Partei sich abspaltete, baute Soares mit BND-Millionen und personeller Hilfe der SPD den Parteiapparat und die technische Infrastruktur auf, die die PS - unter dem Symbol der geballten Faust - zur stärksten Partei bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1975 machten.

Als im November 1975 die Regierung im Verein mit dem rechten Flügel des Militärs die linken Armee-Einheiten ausschaltete und gegen die Volksbewegung vorging, sprach Soares von einem "Sieg der Kräfte für Recht und Ordnung". In der Folgezeit erwies sich die PS als Garant für die Rückgabe der "illegal" besetzten Ländereien ebenso wie für sukzessive Auflösung der Selbstverwaltungsorgane in den Kommunen, Massenmedien und Fabriken. 1984 schließlich berief Soares als Ministerpräsident keinen anderen als den Putschgeneral Spinola zum Ehrenpräsidenten der Organisationskommission zur Feier des 10. Jahrestages der Revolution.

In Spanien sah die Bundesregierung nach dem Tod Francos im November 1975 ebenfalls die Gefahr einer "kommunistischen Machtübernahme". Besonders die illegale und basisdemokratisch organisierte Gewerkschaftsbewegung galt es unter Kontrolle zu bringen. Der Flick-Konzern steuerte eine Million bei, die Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) auf die Iberische Halbinsel gebracht haben soll (was dieser in einer eidesstattlichen Erklärung gegenüber dem spanischen Parlament dementierte, als es zum Skandal gekommen

war). Empfänger der Hilfsgelder war vor allem die sozialdemokratische PSOE von Felipe Gonzalez, aber auch die ultrarechte Volksallianz des Fraga Iribarne, die über Strauß und die Hanns-Seidel-Stiftung versorgt wurde.

Die Parteienfinanzierung aus der BRD war bereits 1974/75 bekannt und u.a. im AK publiziert. Einzelheiten wurden von offizieller Seite jedoch sorgsam vertuscht. Immerhin ist in Portugal seit 1974, in Spanien seit 1977 die Finanzierung von Parteien durch das Ausland per Dekret verboten. Dennoch flossen 1974-1982 allein aus dem BND-Haushalt 52 Millionen DM. Nach Amtsantritt von Helmut Kohl übernahm das Auswärtige Amt die Finanzierung aus seinem "Reptilienfonds". Die Aktionen wurden nach Aussage des früheren CDU-Finanzbevollmächtigten Lüthje "bis in die neunziger Jahre" fortgeführt.

"Bis zu 50 Prozent der Gelder", so behauptete ein Insider gegenüber der Welt (2.2.00), "die über CDU, SPD und FDP für Spanien, Portugal und Südamerika verteilt wurden, flossen nach Deutschland zurück." Dabei seien Mitglieder des BND behilflich gewesen, "Vertrauensleute der Parteien, eine Art Obristenebene im zweiten Glied, die auch in ihrer Freizeit Sonderaufträge annahmen. Die hatten die handwerklichen Möglichkeiten, Geldtransfers zu tarnen oder Geld zu transportieren." Das ist nicht bloß im Hinblick auf die finanziellen Quellen der jetzt entdeckten Schwarzkonten interessant. (Auch bei der SPD gibt es ungeklärte 7,6 Mio. DM aus einer "vertraulichen Spendenaktion" von Alfred Nau aus dem Jahr 1982.) Um die Verwicklung des BND kam es zu einem bemerkenswerten Streit: Während eine BND-Sprecherin die direkte Beteiligung des BND an den Geldtransfers bestätigte, dementierte Geheimdienstkoordinator Uhrlau heftig. Vermutlich sind gleichzeitig Geldkuriere von Geheimdienst und Parteien unterwegs gewesen und haben unterschiedliche Aktivitäten finanziert. Dass die genannten BND-Obristen reine Kofferträger gewesen sein sollen, ist dabei nicht gerade wahrscheinlich. Die Rolle, die bundesdeutsches Geld und bundesdeutsche Drahtzieher an Wendepunkten wie dem portugiesischen Rechtsputsch vom 25. November 1975 spielten, bleibt noch aufzudecken.

j., Hamburg

Quellen: Arbeiterkampf (AK) 52/53, 61, 70, 78/79, Broschüre "Die politischen Parteien in Portugal", Hamburg 1975, Süddeutsche Zeitung 1.-5.2.00, FAZ 2.2.00, Die Welt 2.2.00, Spiegel 22/90 und 6/00.

4. Countdown zum Konsens?

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:17

Gehen die Verhandlungen um die Zukunft der Atomenergie jetzt wirklich in die entscheidende Runde? Oder wird die am 4. Februar vom Bundeskanzler und den Konzernchefs vereinbarte Frist bis Ende des Monats erneut verlängert, so wie bisher alle von der Bundesregierung veröffentlichten Zeitpläne über den Haufen geworfen wurden?

Angeblich hat Gerhard Schröder bei dem Treffen mit den Strommanagern mächtig Druck gemacht. Und zwar interessanterweise mit der durch die Anti-Atom-Bewegung drohende Atommüll-Verstopfungen der AKWs.

Des Kanzlers O-Ton: "Um eine Verstopfung der Kernkraftwerke mit Abfall zu vermeiden, ist in den nächsten Jahren eine große Zahl von Transporten nötig. Es ist aber völlig ausgeschlossen, dass wir diese Transporte wie in der Vergangenheit unter dem Schutz von 40.000 Polizeibeamten durchführen. (...) Irgendwann wird die Gewerkschaft der Polizei erklären, dass die Beamten nicht mehr bereit sind, sich diesen Gefahren auszusetzen. Ohne einen Atomkonsens können wir auf Dauer nicht den Betrieb der Kraftwerke und die Entsorgung gewährleisten. Das ist eben nicht nur eine juristische Frage." (Süddeutsche Zeitung)

Noch fordern die Konzerne eine Laufzeit von 35 Vollast-Jahren. Die rot-grüne Koalition will, falls es beim Dissens bleibt, 30 Kalenderjahre ins Gesetz schreiben, allerdings mit einer dreijährigen Übergangsfrist für die Alt-AKWs Stade und Obrigheim. Damit würde vor der nächsten Bundestagswahl kein Reaktor vom Netz gehen.

Im Konsens-Falle sind Schröder und Jürgen Trittin bereit, die Laufzeiten flexibel zu regeln. Wird ein AKW früher abgeschaltet, darf ein anderes entsprechend länger laufen. Die Betreiber befürworten dies im Prinzip, wollen aber statt mit Kalenderjahren lieber mit Strommengen handeln. So wurde als Angebot kolportiert, dass eine noch zu produzierende Menge von 3.000 Terrawattstunden für die Wirtschaft akzeptabel wäre. Dafür würden sie sogar vier unrentable Kraftwerke baldigst stilllegen. Doch diese Strommenge ist mehr als alles, was bisher in den Reaktoren hergestellt wurde.

Der Deal mit Strommengen hätte für die EVUs auch den Vorteil, dass selbstverschuldete Stillstände oder gründlichere Sicherheitsauflagen der Behörden keine negativen Folgen auf die Laufzeiten hätten. "Stünde ein Reaktor auf Weisung atomkritischer Landesminister still", so die Berliner Zeitung, "würde sich die Gesamtlaufzeit automatisch verlängern." Noch ist Trittin gegen diese Kontingente, weil so das Ende der Atomenergie nicht mal mehr für ihn absehbar ist und auch weil dann der Bundesrat bei einem entsprechenden Gesetz zustimmungspflichtig wäre.

Bei der Entsorgung zeichnete sich beim Konsensgespräch ein Kompromiss ab: Moratorium beim Endlager Gorleben, Genehmigung von Schacht Konrad, ohne dass von dieser Gebrauch gemacht wird, Erarbeitung neuer Endlager-Kriterien, Wiederaufnahme der Transporte, Stopp der Wiederaufarbeitung sobald die Zwischenlager an den AKWs fertig gestellt sind - also frühestens in fünf Jahren. Diese inzwischen an allen (außer den bayerischen) Standorten beantragten Lagerhallen sollen auch als alleiniger Entsorgungsnachweis dienen.

Kommt es zu einem Konsenspaket, werden die Grünen Spitzen alles versuchen, um dies der Bevölkerung und der eigenen Basis als einzigen Weg zum Ausstieg zu verkaufen. Das wurde deutlich, wenn Trittin auf dem Landesparteitag der niedersächsischen Grünen in Celle (7. Februar) erklärte, dass alle bisherigen Ansätze sowohl der Anti-AKW-Bewegung als auch der ausstiegsorientierten Politik gescheitert sind. Einzig die Festlegung auf Restlaufzeiten könne ein Ende der Atomenergienutzung herbeiführen.

Doch die Parteibasis in Celle folgte ihm nicht und verabschiedete eine regierungskritische Erklärung, in der u.a. die Stilllegung von mindestens drei AKWs bis zur nächsten Wahl gefordert wird.

Zum grünen Bundesparteitag Mitte März in Karlsruhe kann es also zum Showdown kommen. So wie bereits beim Kosovo-Parteitag 1999 geht es um ein ehemaliges grünes Essential. Und letztendlich werden die Delegierten vor die Wahl gestellt, die Kröte zu schlucken oder die Koalition platzen zu lassen. Dass spätestens an diesem Punkt sogar die radikalsten Verfechter einer klareren atompolitischen Linie einknicken, hat sich in

den letzten Wochen immer wieder gezeigt. Außer bei denjenigen, die mehr oder weniger spektakulär die Partei verlassen, wie jetzt die Gründungsmitglieder Marianne Fritzen und Rolf Bertram.

Doch was passiert, wenn Konzerne, Kanzler und die grüne Spitze sich einigen: gibt es dann noch eine Chance, die Zustimmung des Parteitags zu verhindern? Diese Frage wird in manchen grünen Landesverbänden, in Anti-Atom-Gruppen und Umweltverbänden zur Zeit diskutiert. Und es werden erste Ideen angedacht, was in Karlsruhe möglich sein könnte ...

Gelingt es nicht, den Parteitag noch umzustimmen, dann wird es u.U. einen Atomkonsens geben, der von den EVUs bis zu den Grünen auf Zustimmung stößt. In den Medien wird dann zu hören sein, dass mehr ja nun wirklich nicht drin war und dass dies doch gelungene Realpolitik sei. Wie viele Menschen werden das glauben? Und wie viele werden trotzdem weiter auf Widerstand setzen?

In einem offenen Brief der Kampagne "X-Tausendmal quer - überall" an die Mitglieder der Bündnisgrünen, abgedruckt als Anzeige in der Parteizeitschrift "schrägstrich", heißt es u.a.: "Egal, welche Fristen letztendlich in einem geänderten Atomgesetz stehen, sie sind angesichts der Risiken viel zu lang, und wir möchten gemeinsam mit Euch dafür streiten, dass die Reaktoren schneller vom Netz gehen."

Angesprochen werden die einfachen Parteimitglieder, nicht die Bundestagsabgeordneten und FunktionärInnen. Denn um diese "grüne Basis", ob Mitglied oder nur WählerIn der Partei, muss die Anti-AKW-Bewegung in den nächsten Monaten kämpfen. Je mehr Menschen sich mit der Kanzler-Linie nicht einverstanden erklären, je mehr Menschen nicht resignieren, sondern weiter Widerstand leisten, um so größer ist die Chance, dass mit dem möglichen Konsens oder Dissens noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Jochen Stay

5. Konten, Konten, Konten. (K)eine Chronik eines angekündigten Todes

Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:21

Die Meldungen zur Korruption und dem geheimen Finanzsystem der CDU überschlagen sich. Seit November kommen immer weitere Details ans Tageslicht. Eine kleine Chronologie der Ereignisse.

5.11.1999: Der wegen Verdachts der Steuerhinterziehung von der Augsburger Staatsanwaltschaft mit Haftbefehl gesuchte Walter Leisler Kiep stellt sich der Justiz. Er erklärt, die 1991 vom Waffenhändler Karlheinz Schreiber in seinem Beisein an den langjährigen CDU-Steuerberater Horst Weyrauch in einem Koffer bar in der Schweiz übergebene Million sei als Parteispende an die CDU gegangen.

12.11.: Schreiber bestätigt in einer Fernsehsendung, eine Spende in Höhe von einer Million Mark an Weyrauch übergeben zu haben.

26.11.: Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gibt die Existenz von geheimen CDU-Konten zu.

1.12.: Nach Medienberichten sind jahrelang von der Union auch schwarze Konten im Ausland geführt worden. CDU-Vorsitzender Wolfgang Schäuble gerät immer mehr unter Druck, nachdem er ein Treffen mit Schreiber zugegeben hat.

2.12.: Der Bundestag setzt einen Untersuchungsausschuss "Parteispenden und Waffenhandel" ein.

9.12.: Die Genfer Justiz stellt im Zusammenhang mit dem Erwerb des ostdeutschen Energieversorgers Leuna-Minol durch den französischen Konzern Elf-Aquitaine ein Rechtshilfegesuch an die Staatsanwaltschaft in Augsburg. Offensichtlich sind Schmiergelder in Millionenhöhe gezahlt worden.

16.12.: In einem ZDF-Interview gibt Kohl zu, zwischen 1993 und 1998 bis zu zwei Millionen Mark angenommen zu haben, ohne sie als Spenden auszuweisen wie es das Parteiengesetz vorschreibt. Weil er ihnen sein Ehrenwort gegeben habe, will der die Namen der Geldgeber nicht nennen.

19.12.: Es wird bekannt, dass wesentliche Akten über Leuna-Elf aus dem Kanzleramt verschwunden sind.

29.12.: Die Staatsanwaltschaft Bonn kündigt ein Ermittlungsverfahren gegen Helmut Kohl wegen des Verdachts der Untreue zum Nachteil der CDU an.

31.12.: Die CDU legt einen korrigierten Rechenschaftsbericht für 1998 vor. Danach hat die Partei von 1993 bis 1998 noch rund 400.000 Mark mehr an nicht ordnungsgemäß verbuchten Spenden eingenommen als Kohl zugegeben hat. In dem Bericht ist zudem von 1,15 Millionen Mark die Rede, die von der CDU/CSU-Fraktion an die Partei geflossen sind.

10.1.2000: Schäuble räumt ein, 1994 von Schreiber eine Spende über 100.000 Mark in bar erhalten und an die Schatzmeisterei weitergegeben zu haben. Dort sei das Geld aber nicht korrekt verbucht worden.

13.1.: Der in Kanada lebende Waffenhändler Karlheinz Schreiber widerspricht im ZDF der Version Schäubles zur Übergabe von 100.000 DM in bar. Er habe das Geld direkt an die frühere Schatzmeisterin Brigitte Baumeister übergeben, sagt Schreiber dem Sender.

14.1.: Der frühere hessische CDU-Vorsitzende und Ex-Bundesinnenminister Manfred Kanther gibt zu, dass der Landesverband in den achtziger Jahren Millionenbeträge auf ein schwarzes Konto in der Schweiz verschoben und die Gelder später als Erbschaften getarnt zurückgeholt hatte. Auf dem Konto befinden sich laut Kanther noch immer 17 Millionen Mark. Aus den Geldern erhielt der hessische Ministerpräsident Roland Koch 1,5 Millionen für seinen Wahlkampf.

17.1.: Manfred Kanther kündigt an, auf sein Bundestagsmandat zu verzichten, um "die Treibjagd zu beenden".

18.1.: Während einer Krisensitzung sprechen Präsidium und Vorstand der CDU Schäuble das Vertrauen aus. Kohl wird aufgefordert, den Ehrenvorsitz solange ruhen zu lassen, bis er die Namen der anonymen Spender nennt. Am Abend legt Kohl den Ehrenvorsitz nieder. Die Räume der hessischen CDU in Wiesbaden und die Frankfurter Kanzlei von Finanzberater Horst Weyrauch werden durchsucht.

19.1.: Die CDU kann nicht erklären, woher acht bis zehn Millionen Mark stammen, die bei der Prüfung der Rechenschaftsberichte von 1989 bis 1993 aufgetaucht sind.

22.1.: Die ARD und der französische TV- Sender France 2 berichten von Informationen über eine 30-Millionen-Wahlkampf-Hilfe des französischen Präsidenten Francois Mitterad für seinen Freund Kanzler Helmut Kohl über schwarze Kassen. Die Transaktion soll im Zusammenhang mit dem Verkauf der Leuna-Raffinerie in Sachsen-Anhalt an die damalige französische Staatsfirma Elf-Aquitaine statt gefunden haben.

24.1.: Ein Wirtschaftsprüferbericht bringt bei der CDU keine abschließende Klärung über die Herkunft aller Spenden. Bei mehr als zwölf Millionen Mark weiß die CDU angeblich nicht, woher sie in ihre Parteikasse flossen.

26.1.: Die Wiesbadener Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den früheren Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU). Es bestehe der Verdacht der Untreue.

27.1.: Roland Koch räumte in Wiesbaden ein, dass sein Landesverband mehr als doppelt so viel Geld beiseite geschafft hat, als bisher angenommen.

28.1.: Die Staatsanwaltschaft durchsucht Privathaus und Abgeordnetenbüro von Manfred Kanther.

29.1.: Ansatzpunkte dafür tauchen auf, dass zwischen den CDU-Finanzaffären in Hessen und auf Bundesebene ein enger Zusammenhang besteht. Der frühere CDU-Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch legt den hessischen Christdemokraten einen mehrere tausend Seiten umfassenden Abschlussbericht über deren verdeckte Parteifinanzen vor.

30.1.: Weyrauch informiert erstmals detailliert über das Finanzgebaren der CDU. Dabei tauchen Widersprüche zu den Angaben der hessischen CDU und des ehemaligen Schatzmeisters Kiep auf. Weyrauch spricht von 20,8 Millionen Mark, die die hessische CDU in die Schweiz geschafft habe. Es sei aber kein Geld von der Landes- an die Bundespartei geflossen.

31.1.: Schäuble erklärt, er sei erst durch eine Anfrage der ARD-Sendung Report am 28. Januar auf ein weiteres Treffen mit Schreiber aufmerksam gemacht worden. Er habe seinen Kalender durchsehen lassen und dabei festgestellt, dass es unter dem 2. Juni 1995 einen Eintrag "Schreiber" gebe. Er habe aber keine Erinnerung an diese Begegnung.

4.2.: Die CDU informiert die Öffentlichkeit über die Aussage des Wirtschaftsprüfers Horst Weyrauch und des ehemaligen Generalbevollmächtigten der Partei, Uwe Lüthje. Danach hat die Partei bereits vor 1971 über Konten in der Schweiz verfügt. Helmut Kohl und der ehemalige Schatzmeister Walther Leisler Kiep bestreiten die Darstellung vehement. Kohl erklärt am Abend im ZDF, von schwarzen Konten in der Schweiz habe er nie etwas gewusst.

5.2.: Uwe Lüthje erklärt, Mitte der 80er Jahre den damaligen Kanzler Kohl durch eine Falschaussage geschützt zu haben. "Uns hat er es zu verdanken, dass er nach 1986 noch Bundeskanzler bleiben konnte", zitiert die Süddeutsche Zeitung den ehemaligen Finanzbevollmächtigten. Damals schon war gegen Kohl wegen des Verdachts der Falschaussage vor einem Untersuchungsausschuss zur Spendenaffäre der 1970er Jahre ermittelt worden.

8. 2.: Hessens Ministerpräsident Roland Koch gibt zu, gelogen zu haben. Am 10. Januar habe er Einnahmen als regulär bezeichnet, obwohl er bereits gewusst habe, dass die Gelder offenbar von einem Treuhandanderkonto stammten. Koch bezeichnet die falsche Darstellung als "eine Dummheit", für die er sich entschuldige.

6. Unzureichende Verstopfung und rassistische Säcke

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:31

In der Anti-AKW-Bewegung geht es seit der vermasselten Herbstkonferenz in Dannenberg rund. Neben heftigen Debatten (vgl. die letzten ak) hat vor allem ein "Offener Brief" einiger Gruppen (in Anti-Atom-Aktuell (aaa) 107, S. 47) an die BI Lüchow-Dannenberg für heftige Reaktionen gesorgt. Anlass dieses Briefes ist die sogenannte Sandsack-Aktion der BI (siehe ak 424). In Anlehnung an die Oder-Flut will die BI Lüchow-Dannenberg 20.000 Sandsäcke bundesweit herstellen (lassen) und diese als "Schutzwall gegen die Atommüllflut" beim nächsten Castortransport einsetzen. Mit Bezug auf ein vor wenigen Monaten veröffentlichtes Flugblatt, in dem die BI diese Aktion noch mal vorstellte, wird ihr in dem Offenen Brief zu Recht vorgeworfen, mit derartigen Formulierungen (unbeabsichtigt) rassistische Bilder zu provozieren. Vor allem die Form des Offenen Briefes hat bei einigen der wendländischen AkteurInnen für massive Empörung gesorgt. Der Vorwurf: Viele der UnterzeichnerInnen hätten monatelang 1001 Möglichkeiten gehabt, den Beteiligten diese Kritik mitzuteilen. Statt das zu tun, ist der Brief in der Anti-Atom-Aktuell veröffentlicht worden, ohne dass die BI vorher eine Chance zur Stellungnahme bekommen hätte. Das holt Wolfgang Ehmke, Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg im folgenden nach. Mit Blick auf die nächste Frühjahrskonferenz (siehe nebenstehenden Artikel) geht er auf die laufende Diskussion über die rot-grüne Atompolitik und die Politik der Anti-AKW-Bewegung ein. Dabei kritisiert er die Verstopfungsstrategie von X-tausend-mal-quer ebenso wie die kurzsichtige Aktionspolitik zahlreicher Gruppen.

Die Aufhebung des Castortransporte-Stopps durch das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) eine Woche vor der Konsensrunde am 4. Februar ist als politisches Signal zu werten: Rot-Grün will keine "Verstopfung" der AKWs und verzichtet auf den Atomgesetzvollzug. Offensichtlich hängt der Betrieb eines AKW unter Rot-Grün nicht mehr von dem Nachweis einer gesicherten Entsorgung ab.

Wenn - wie im Koalitionsvertrag richtig festgestellt wird, das Entsorgungskonzept der Kohl-Ära als gescheitert anzusehen ist, wenn sogar in interministeriellen Arbeitspapieren der Nachweis geführt wird, dass die Wiederaufarbeitung nicht dem Gebot der schadlosen Verwertung entspricht und natürlich auch kein Beitrag zur "geordneten" Beseitigung des Atommülls ist, dann gehört sie verboten und/oder als Entsorgungsnachweis nicht anerkannt. Allein nach den Buchstaben des geltenden (Un-) Rechts gäbe es Handlungsmöglichkeiten für eine Regierung bzw. ein Ministerium, das sich der Sicherheit der Menschen vor der Strahlung und nicht der Sicherung der Profite von Reaktorbetreibern verschriebe. Im Wahlkampf hörte sich das auch noch so an: Ausstiegsgesetz, sicherheitsorientierter Gesetzesvollzug und Novelle der Strahlenschutzverordnung seien die Instrumente einer Regierung, die den Atomausstieg erreichen wolle. Davon ist nicht viel geblieben.

Als Anti-AKW-Bewegung sind wir schon immer Sand im Getriebe - allerdings auf anderen Handlungsebenen. Wer diese mit Regierungshandeln vermischt oder verkennt, dass das sehr unterschiedliche Ebenen sind, macht einen gewaltigen Fehler. Der Anti-AKW-Bewegung steht es frei, die rot-grüne Regierungspolitik an radikalen Forderungen zu messen ("Sofortausstieg!"). Diese Forderung ist recht und billig. Recht ist sie, weil der Reaktorbetrieb auch dann nicht akzeptabel ist, wenn er befristet wird. Die Forderung ist aber auch billig, weil sie die Antwort auf die Frage verweigert, wie aus einem unbefristeten Reaktorbetrieb auf einen Schlag ein befristeter wird. Befristet schreibe ich aus großer Verlegenheit. Denn ich kenne niemanden, der seriös und unter Beachtung der rechtlichen und machtpolitischen Verhältnisse dargelegt hätte, was "sofort" eigentlich bedeutet. Selbst diejenigen in der Anti-AKW-Bewegung, die seit Jahren konsequent rechtsstaatlich unter Verweis auf den Grundgesetzartikel 2 (2) "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" argumentieren, haben wohlweislich nicht versucht, dieses Grundrecht einzuklagen.

Rot-Grün will keine Verstopfung

Das Versagen der Grünen in dieser historischen Konstellation (denn wer weiß, ob es jemals wieder eine Regierung gibt, die das Thema Atomausstieg auf die Tagesordnung setzt) beantwortet die Anti-AKW-Bewegung mit Gejammer und Schuldzuweisungen. Richtig ist es, die Grünen beim Wort zu nehmen und das Versagen zu benennen. Merkwürdig wird es jedoch, wenn das Rückbesinnen auf die eigene Kraft und die gesellschaftliche "Aufgabe" unterbleibt. Ich meine nicht die Verbalradikalität. Ich meine die Authentizität der Forderungen, die sich paaren muss mit einem Bündel an Fähigkeiten: Kongresse zum Strahlenschutz,

Energiepolitische Ratschläge, Symposien zum Demonstrationsrecht, Fachtagungen zu Endlagerkriterien... sind ebenso wichtig wie die Teilnahme an Erörterungsterminen zum Bau dezentraler Zwischenlager. All diese Instrumente müssen eingesetzt werden, wenn man sich in die laufenden politischen Debatten einmischen und ernst genommen werden will, wenn gesellschaftliche Veränderungen erreicht werden sollen. Handlungsfähigkeit ist eben mehr als Aktionsfähigkeit, und hier gibt es große Defizite.

Am Ende ist es aber immer wieder unsere Aktionsfähigkeit, die wir unter Beweis stellen müssen. Beides gemeinsam besorgt das gesellschaftliche Klima, das - in diesem Fall - Rot-Grün dazu zwingt, sich mit dem Atomausstieg zu befassen. In Ahaus und Gorleben/Arendsee bereiten wir uns auf den nächsten Transport vor, wir mobilisieren auch gegen den Betriebsbeginn der Pilot-Konditionierungsanlage in Gorleben, eine Atommüllfabrik, die überflüssig wäre, würde das Endlager Gorleben nicht realisiert.

X-tausend-mal-quer will an den AKW-Standorten die Atommülltransporte blockieren ... Sand im Getriebe sein. Was ich an der Verstopfungsstrategie von X-tausend-mal-quer in erster Linie bemängele, ist nicht die Tatsache, in Zukunft auch direkt an den AKWs Blockadeaktionen zu veranstalten und nicht zu warten, bis ein Castor aus La Hague nach Gorleben rollt oder in Ahaus eintrifft. Es ist die Verkürzung des Politikbegriffs auf den instrumentellen Selbstvollzug: Es ist größenwahnsinnig und naiv anzunehmen, durch direkte Aktionen könnten wir direkt (Ausstiegs-) Wirkung erzielen.

Wir haben eine Wächterfunktion, wir geben immer wieder Anstoß zur Ausstiegsdebatte, wir geben keine Ruhe, ganz gleich, was regierungsoffiziell beschlossen wird. Das ist unsere Stärke. Wie unsere Beharrlichkeit und Unberechenbarkeit. Dass es Ruhe geben könnte an der Atomfront, dass sich mit einem Ausstiegsbeschluss auf dem Papier der Protest gegen Castortransporte befrieden ließe, das glauben doch nicht einmal die grünen SpitzenpolitikerInnen.

Wir sind also Sand im Getriebe, ein Störfaktor, der den reibungslosen Ablauf des Atomstrom- und -müllgeschäfts vermasselt.

Bewegung antwortet mit Gejammer

Direkte Einflussmöglichkeiten auf politisch-parlamentarisches, regierungsoffizielles Handeln oder juristische Entscheidungen hatte der außerparlamentarische Protest selten. Wir erinnern uns gern an den Satz des einstigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU): "Die WAA in Gorleben ist technisch zwar machbar, politisch aber nicht durchsetzbar." So etwas klingt sogar an, wenn Gerhard Schröder heute am Rande der Konsensverhandlungen andeutet, die nukleare Entsorgung sei nicht gesichert, weil möglicherweise PolizistInnen sich massenhaft weigern könnten, die Castortransporte gegen Tausende von DemonstrantInnen durchzuprügeln. Indirekte Einflussmöglichkeiten haben wir allemal, indem wir für das "Ausstiegsklima" sorgen und die "Ausstiegsdebatte" immer wieder anfachen.

Deshalb wäre eine Politik der Anti-AKW-Bewegung völlig falsch, die sich nicht in innergrüne Debatten einmischt, und selbst bei der SPD, in den Gewerkschaften und Kirchenkreisen gibt es Menschen, die ernsthaft für den Ausstieg streiten. Somit liegt nahe, dass bei kommenden Castortransporten - und das ist seit Mitte der 90er Jahre wie im Moment unsere hervorragende Chance - Regierung und Wirtschaft das Konsensgeschäft verdorben wird. Bislang wird uns die Argumentation für massenhafte Querstellerei nicht schwerer fallen als unter der Kohl-Merkel-Ära. Ein Zeichen mehr dafür, dass Rot-Grün nichts erreicht hat.

Als BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg mobilisieren wir folglich ungeachtet der veränderten parteipolitischen Verhältnisse gegen den nächsten Castortransport nach Gorleben, und wir mischen uns auch international ein: in La Hague bei der Info- und Aktionstour im Herbst '99, in Bure/Frankreich wiederholt, dort soll ein nukleares Endlager gebaut werden, und wir haben eine politische Patenschaft gegründet. Wir engagieren uns gegen den Reaktor-Neubau in Frankreich, wir sind Mitglied im Réseau Sortir du nucléaire, und wir sind auf vielen bundesweiten Konferenzen personell vertreten.

Atom"front" habe ich extra formuliert, um auf Schlagworte und Metaphern zu sprechen zu kommen, mit denen sich ein unoffener Offener Brief an die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg auseinander setzt, der die angedachte Sandsack-Aktion "Tag X - Stoppt die Atommüllflut" als tendenziell rassistisch geißelt.

Hinter der Sandsack-Aktion verbirgt sich die Vorstellung, dass viele fleißige Hände Säcke füllen und sie zu einem symbolischen Schutzwall aufschichten, wenn der nächste Castor rollt. Unoffen war der Brief, weil die

Aktionsidee schon fast zwei Jahre alt ist. Sie entstand nämlich nach der Oder-Flut und betont das Moment der Solidarität bei der Abwehr einer Gefahr. Es wäre also monatelang möglich gewesen, die Aktionsidee und/oder das begleitende Flugblatt zu kritisieren. Die anonymen VerfasserInnen (Anmerkung der Redaktion: Der Brief wurde von verschiedenen Gruppen unterschrieben) zogen es aber vor, den Offenen Brief kurzfristig in die Bewegungszeitschrift Anti-Atom-Aktuell zu setzen, und wir bzw. die IdeenspenderInnen für die Sandsack-Aktion sehen uns denunziert.

Die Warnung, dass die "Flut" in rassistischer und fremdenfeindlicher Weise in "Asylantenflut" auftaucht und es besser wäre, auf derartige Bilder und entsprechende - wenn auch unbeabsichtigte Assoziationen - zu verzichten oder ihnen vorzubeugen, akzeptieren wir. Aber dazu hätte es keines Offenen Briefes bedurft. Denunziert werden wir als potenzielle Faschisten, weil es heißt: "Die im Sandsack-Flugi verwendete Bildersprache gleicht unbeabsichtigt auch jener ‚Das-Wendland-bleibt-sauber-Mentalität`, womit sich in den letzten Jahren vereinzelt Nazis in die Castor-Debatte mischten. Das ist sicherlich von euch unbeabsichtigt - aber ein Zufall ist es nicht." (Hervorhebung von mir). Denunziert werden wir durch unbelegte Zitate von Nazis, die sich mit der zitierten Parole eingemischt hätten, der unterstellten Haltung, wir hätten den Nazis nicht widersprochen, und der Behauptung, die Wahl der Metapher sei kein Zufall.

Wer aber über bildhafte Sprache und unsere Losungen anfängt als Metapherpolizei nachzudenken, dem wird auch beim "Sand" im Getriebe auffallen, dass es ein Naturbegriff ist, der gesellschaftliche Verhältnisse nicht korrekt abbildet... Stand der internen Diskussion zwischen den BI-SäckInnen ist es, das Begleitflugblatt neu zu fassen. Auch wenn der Umgang miteinander zu wünschen übrig lässt, an unserer Lernfähigkeit soll es nicht scheitern.

Wolfgang Ehmke

7. Mitmachen! Zeitung für den Atomausstieg bundesweit verteilen

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:20

Im November letzten Jahres erschien die Zeitung für den Atomausstieg, die als Massenzeitung bundesweit verbreitet wird. Die von der Anti-Atom-Bewegung und den Umweltverbänden getragene Zeitung konnte auf Grund der großen Nachfrage bislang zwei Mal nachgedruckt werden. Die gedruckte Gesamtauflage liegt bereits bei 750.000 Exemplaren. Das nächste Zwischenziel ist es, weitere 250.000 Zeitungen zu drucken, die Million wäre dann voll.

Bitte beteiligt Euch an dieser Kampagne: Bestellt doch einfach 100 (20 DM), 500 (40 DM) oder 1000 Zeitungen (70 DM), macht demnächst einen kleinen Abendspaziergang und verteilt die Anti-Atom-Zeitung in Eurer Nachbarschaft. Wetten, dass viele noch nie eine so informative Zeitung in den Händen hielten?!

Bestellungen an: Aktionsbündnis Atomausstieg, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel. 030-6930244 (Geldscheine oder Verrechnungsscheck beilegen)

Die Zeitung steht auch im Internet und kann online bestellt werden:
www.siemens-boykott.de/sonstiges/zag/zag1.html

8. Hinter der Strahlung steht der Wert! Neues Konzept für die Anti-Atom-Frühjahrskonferenz

Autor: Tobi, Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet) · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:18

Ablauf und Ergebnisse der letzten Anti-Atom-Bundeskonferenzen - insbesondere der Herbstkonferenz 1999 in Dannenberg - haben bei den meisten Beteiligten für viel Frust und Kritik gesorgt (vgl. die letzten ak-Ausgaben). Bemängelt wurde insbesondere die fehlende inhaltliche Positionsbestimmung gegenüber den aktuellen Entwicklungen in der Atompolitik (Konsensverhandlungen; Liberalisierung des Strommarktes; Laufzeitendebatte; Aufhebung des Transport-Stopps; Anträge für dezentrale Zwischenlager; Transportbereitstellungslagerung etc.); die mangelnde Konsequenz sich mit eigenen Positionen in die öffentliche atompolitische Debatte einzumischen und das Ausbleiben von verbindlichen Beschlüssen und Handlungsstrategien, die die Bewegung wieder in die Offensive bringen könnten. Stattdessen pflegt der harte Kern der Szene seine alten Positions- und Grabenkämpfe und wartet ansonsten sehnsüchtig auf den konkreten Termin für den ersten Castor-Transport nach Aufhebung des Transport-Stopps. Was passiert, wenn sich die "Verstopfungsstrategie" angesichts der beantragten dezentralen Zwischenlager und der Möglichkeiten zur sog. "Transportbereitstellungslagerung"' als politische Sackgasse erweist, daran möchte im Moment noch niemand allzu intensiv denken. Die hier nur angedeuteten politischen und strategischen Blindstellen wird sich die Anti-Atom-Bewegung bei Strafe ihres eigenen Untergangs nicht mehr lange leisten können.

Als Konsequenz aus der politischen Krise der Anti-Atom-Bewegung und als Reaktion auf die Kritik am Ablauf der letzten Konferenzen, schlagen Anti-Atom-Gruppen aus dem Ruhrgebiet, dem Bergischen Land und dem Münsterland für die Frühjahrskonferenz am 31. März und 1./2. April in Mülheim a.d.R. eine andere inhaltliche und formale Struktur vor. Kerngedanke ist, dass alle TeilnehmerInnen gemeinsam über die wichtigsten Fragestellungen und inhaltlichen Punkte für eine politische Positionsbestimmung der Bewegung diskutieren. Das auf den Konferenzen übliche Sammelsurium von Einzelthemen und Fachgruppen soll zu Gunsten der Konzentration auf einige Kernthemen wegfallen. Es geht um die Trends und Entwicklungen im Energiesektor; Positionen und Interventionen gegenüber der rot-grünen Atompolitik; Grenzen und Möglichkeiten der "Verstopfungsstrategie" im Hinblick auf die nächsten Castor-Transporte sowie Handlungsansätze und Strategien der Bewegung jenseits der Anti-Castor-Fixierung. Übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung einer konkreten Kapitalismuskritik (anhand des Energiesektors) und die Wiedergewinnung einer emanzipatorischen Perspektive für die Anti-Atom-Bewegung. Verknüpft werden soll diese grundsätzliche Zielsetzung mit der Formulierung politischer Positionen zur aktuellen Atom- und Energiepolitik und der Bestimmung strategischer Ansätze zur Wiedererlangung der praktischen Handlungs- und Interventionsfähigkeit der Bewegung. In diese dringend notwendige Perspektivdebatte sollen möglichst alle politischen Spektren und Strömungen der Anti-Atom-Bewegung eingebunden werden.

Der Ablauf der Konferenz gliedert sich in die drei großen inhaltlichen Blöcke Hintergründe, Positionen, Strategien und Perspektiven. In der Eröffnungsveranstaltung am Freitagabend geht es um die Hintergründe der aktuellen Entwicklung des Energiesektors. Dazu sind vier längere inhaltliche Redebeiträge geplant. Angesichts des Konferenzmottos "Hinter der Strahlung steht der Wert!", wird ein Vertreter der Gruppe KRISIS eine wertkritische Perspektive in der Analyse des Energiesektors darstellen. Jürgen Sattarie beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der "Energiepolitik im entfesselten Kapitalismus". Hier geht es um die neoliberale Umstrukturierung des Energiemarktes durch die Änderung des Energiewirtschaftgesetzes und die sog. Liberalisierung des Strommarktes (vgl. ak 425, 429 und 431).

Die marktradikale Wende in der Energiepolitik hat einen rasanten Strompreiskrieg und einen gewaltigen Konzentrationsschub des Energiekapitals bewirkt. Die Formierung der großen Energiekonzerne verschlechtert längerfristig die Position kleiner und alternativer Anbieter auf dem Energiemarkt. Mit der "Zukunft der Atomenergie auf dem Energiemarkt des 21. Jahrhunderts" beschäftigt sich der Beitrag von Henrik Paulitz (vgl. ak 428/ 429). Hierbei geht es um die Frage, ob es sich bei der Atomenergie um ein ökonomisches Auslaufmodell oder weiterhin um eine Zukunftstechnologie handelt. Der Neubau von Atomkraftwerken ist in den meisten hoch entwickelten kapitalistischen Staaten nicht mehr geplant.

Atomfrühling im Osten?

Einige Länder entwickeln langfristige Ausstiegsprogramme. Sind AKW's also zu teure technologische Dinosaurier (vgl. ak 429) aus einer längst untergegangenen fordistischen Entwicklungsepoche des Kapitalismus? Oder erlebt die Atomenergie einen zweiten Frühling als Exportschlager im Fernen Osten oder in Osteuropa? Wie steht es um die Bedeutung der Atomenergie als militärische Schlüsseltechnologie? In einem vierten Beitrag geht es unter dem Stichwort "Solare Revolution?" um Konzepte einer vollständigen Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energieträger. Wie verändert sich die stoffliche und ökonomische Struktur einer Gesellschaft bei einem Abschied von fossilen und atomaren Brennstoffen? Verlangt eine in diesem Sinne radikale Energiewende nicht zwangsläufig eine grundlegende Umwälzung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse? Gibt es eine konkrete Utopie der Anti-Atom-Bewegung jenseits von marktfähigem "Ökostrom" der Energiekonzerne? Zu diesem Thema ist ein prominenter Träger des alternativen Nobelpreises im Gespräch (Anmerkung der Redaktion: Herrmann Scheer (SPD)). Die Inhalte der Eröffnungsveranstaltung sollen möglichst auch in die Diskussionen der nächsten beiden Konferenztage einfließen.

Der Samstag gliedert sich in zwei große inhaltliche Blöcke. Vormittags geht es um Positionen und Interventionen der Bewegung gegenüber der rot-grünen Atompolitik (Konsens ist Nonsens!) und um eine selbstkritische Diskussion über die tendenzielle Entpolitisierung der Anti-Atom-Bewegung. Wie kann sich die Anti-Atom-Bewegung mit radikalen Positionen in der aktuellen atompolitischen Debatte Gehör verschaffen? Wie definiert sie ihr oppositionelles Verhältnis zu den Regierungsparteien? Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es für eine Basisbewegung auf der Ebene der "großen Politik" ohne in die klassische Falle der Lobbypolitik zu tappen? Warum hat sich die Bewegung in den letzten Jahren zu so vielen Entwicklungen in ihrem originärsten Themenbereich in politischer Enthaltsamkeit geübt? Ist die Bewegung auch jenseits des Castor-Themas mobilisierungsfähig?

Zu diesen Fragestellungen gibt es am Samstagmorgen zunächst zwei kurze Redebeiträge im Plenum. Danach wird dann in maximal sechs Diskussionsgruppen über die vorgestellten Thesen und Positionen diskutiert. Die jeweilige Moderation bemüht sich um eine Aufbereitung der Diskussionsergebnisse für das Plenum.

In dem anschließenden zweiten Block geht es um "Strategien und Perspektiven". Angesichts der Aufhebung des Castor-Transport-Stopps und im Herbst 2000 drohender neuer Transporte in die deutschen Zwischenlager wird es um die politischen Möglichkeiten und Grenzen der sog. "Verstopfungsstrategie" gehen. Kann die Bewegung angesichts voller Abklingbecken wirklich durch einen massiven Widerstand "AKW's vom Netz blockieren"? Sind wir bei Wiederaufnahme der Transporte dazu in der Lage, die Machtfrage zu stellen und die rot-grüne Bundesregierung erstmals mit einem ernst zu nehmenden außerparlamentarischen Widerstand zu konfrontieren? Oder ist die Orientierung auf eine Verhinderung der Transporte angesichts der beantragten dezentralen Zwischenlager und der Möglichkeit, Atommüll einfach in den Castorbehältern auf dem AKW-Gelände zu parken, eine politische Sackgasse?

Emanzipatorische Perspektiven

Neben der Ausweitung und Effektivierung des Castor-Widerstandes soll es in diesem Block aber auch um "Perspektiven über den Castor hinaus" gehen. Dazu wollen wir einen konkreten Vorschlag, die Mobilisierung für den nächsten Castor-Transport (vermutlich nach Ahaus) mit Aktionen gegen Urantransporte und Urananreicherung (in Gronau) zu verknüpfen, zur Diskussion stellen. Anfang und Ende des atomaren Brennstoffkreislaufs ließen sich so in einem gemeinsamen Widerstandskonzept verbinden und die unfruchtbare Frontstellung von Castor-Mobilisierung und anderen Widerstandsansätzen aufheben. Doch auch die Erschließung neuer Aktionsfelder neben den klassischen Bezugspunkten der Anti-Atom-Bewegung soll hier angesprochen werden. Die Androhung einer Beteiligung des wendländischen Anti-Atom-Widerstandes an der Mobilisierung gegen die EXPO 2000 in Hannover hat ja bereits für einigen Wirbel gesorgt.

Zur Wiedergewinnung einer emanzipatorischen Bewegungsperspektive gehört unseres Erachtens unbedingt auch der Blick über den eigenen Tellerrand und die Vernetzung mit anderen fortschrittlichen Widerstandsansätzen und Bewegungen. Das Mobilisierungspotenzial der Anti-Atom-Bewegung könnte so zur Stärkung des gesamten außerparlamentarischen Widerstandes in der Bundesrepublik beitragen.

Auch dieser Block wird durch kurze Plenumsbeiträge eröffnet, während die Diskussion wieder aufgeteilt in entsprechende Gruppen stattfindet. Am Samstagabend werden dann in einem ersten Zwischenplenum durch

die jeweiligen Moderationen wichtige Ergebnisse aus den Diskussionsgruppen zusammengetragen. Konkrete Positionen und Vorschläge sollen dabei zugespitzt und zur Entscheidung für das Abschlussplenum am Sonntag vorbereitet werden.

Der Sonntagvormittag dient dann der Verabschiedung von Positionen, Resolutionen und konkreten Aktionsvorschlägen. Über den Inhalt einer Pressemitteilung wollen wir uns dabei allerdings nicht mehr streiten. Dies soll einer kleinen autorisierten Pressegruppe vorbehalten bleiben. Nachdem die Köpfe am Wochenende hoffentlich geraucht haben, wollen wir die Konferenz mit einer lustigen kleinen Überraschungsaktion beenden. Schließlich befindet sich das Autonome Zentrum in Mülheim als Konferenzort ja sozusagen "Mitten im Herzen der Bestie".

Auf Kritik, Anregungen und Fragen zum Konferenz-Konzept sind wir sehr gespannt. Die Debatte ist hiermit eröffnet.

Tobi

(Anti-Atom-Plenum Ruhrgebiet)

Inhaltliche Beiträge zur Konferenz werden in einem Vorbereitungsreader als Sondernummer der anti-atom-aktuell veröffentlicht (Redaktionsschluss 27. Februar). Der Reader soll auch Stellungnahmen und Artikel zu Themen umfassen, die auf der Konferenz keinen Platz haben. Zur Planung der Konferenz würde uns eine rechtzeitige verbindliche Anmeldung sehr weiterhelfen. Alle Angemeldeten erhalten auf jeden Fall ein Exemplar des Konferenzreaders zur inhaltlichen Vorbereitung.

Kontakt und Anmeldung: Bundeskonferenz c/o Autonomes Zentrum, Auerstr. 51, 45468 Mülheim, Tel. 0208/ 444 56 33, E-Mail: atze.ajz@gmx.net, Spendenkonto: Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00, Konto-Nr.: 460 21 45, Stichwort: Buko 2000

9. Soziale Reform und kapitalistische Modernisierung. Das 35-Stunden-Gesetz bleibt umkämpft

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:12

Frankreich: Das 35-Stunden-Gesetz bleibt umkämpft

Wenn alle sich freuen - obwohl es von der Logik her mindestens einen Verlierer geben muss - dann ist in der Regel etwas faul. Nicht alle, aber doch fast alle wichtigen Akteure (mit Ausnahme des Gewerkschaftsbundes CGT) freuten sich am Abend des 13. Januar, nachdem das französische Verfassungsgericht sein Urteil zum "Aubry-Gesetz" bekannt gegeben hatte. Dieser Gesetzestext, benannt nach der amtierenden Arbeitsministerin, der Mitte Dezember 1999 vom Parlament angenommen worden war, organisiert den Übergang zur 35-Stunden-Woche als gesetzlicher Regelarbeitszeit.

Mit dem Richterspruch trat die verkürzte Wochenarbeitszeit nunmehr am 1. Februar in Kraft, zumindest in größeren und mittleren Unternehmen (ab 20 Lohnabhängigen). Die Beschäftigten der kleineren Betriebe müssen noch bis zum Jahresanfang 2002 warten. Doch die Auflagen der Verfassungsrichter könnten der Reform neue Steine in den Weg legen.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche gehört zu den Kernstücken des Reform- und Modernisierungsprogramms für die kapitalistische Ökonomie, mit dem die Jospin-Regierung zur Jahresmitte 1997 angetreten ist. Diese ursprünglich "rein soziale" Reform war allerdings mittlerweile selbst vom modernisierungswilligen Flügel des Kapitals für seine Zwecke übernommen worden: Die (mäßige) Verkürzung der Arbeitszeit sollte die einheitliche Arbeitswoche zu Gunsten "flexiblerer" Organisationsformen aufbrechen und längere Maschinenlaufzeiten bzw. Öffnungszeiten ermöglichen. Die Lebensrhythmen der Beschäftigten würden auf diese Weise zunehmend an die Bedürfnisse von Produktion und Dienstleistung angepasst werden. Unter dem Strich sollte so die Arbeitszeit-Reform für das Kapital zumindest kostenneutral sein und seinen Anteil am gesellschaftlichen Vermögen mindestens stabilisieren.

Als am 10. Oktober 1997 der neue sozialistische Premierminister Lionel Jospin Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zum "Sozialgipfel" an seinem Amtssitz bestellte, strich er in seiner Rede heraus, dass die Beschäftigten für die - damals noch in Planung befindliche - 35-Stunden-Reform "Gegenleistungen" zu bringen hätten, und zwar namentlich in Form einer "Modernisierung der Organisation der Arbeitszeiten". Das hinderte den konservativen Flügel der Kapitalverbände nicht daran, in der "Aubry-Reform" ein rotes Tuch zu erblicken - in seinen Augen hatte die Politik den Wirtschaftsführern überhaupt nicht in "ihre Angelegenheiten" hineinzureden. Der zentrale Unternehmerverband MEDEF, der zwischen einer pragmatischen Haltung und einer Frontal-Opposition schwankt, brachte am 4. Oktober 1999 immerhin 25.000 aufgebrachte Unternehmer und Mittelständler zu einer Protestversammlung in den Pariser Messehallen zusammen.

Das "erste Aubry-Gesetz" - das im Juni 1998 vom Parlament verabschiedet wurde - beschränkt sich darauf, jenen Betrieben staatliche Subventionen als "Anreiz" zuzusagen, in denen entsprechende Tarifverträge zur 35-Stunden-Woche abgeschlossen würden (mit mindestens sechs Prozent geschaffenen oder vor Stellenabbau "geretteten" Arbeitsplätzen). Erst das "zweite Aubry-Gesetz" vom Dezember 1999 legt nunmehr wirklich verbindliche Richtlinien fest, die es den Unternehmen (ab 20 Mitarbeitern) schwer machen, nach dem 1. Februar einfach bei der bisher geltenden 39-Stunden-Woche zu bleiben. Zugleich verspricht es erhebliche Nachlässe an Sozialabgaben für die unteren und mittleren Lohngruppen; sie stehen jenen Betrieben zu, die 35-Stunden-Abkommen mit den Gewerkschaften abgeschlossen haben.

Jospin auf den Spuren von Juppé

Um den Verhandlungs- und damit Konsensweg zwischen den "Sozialpartnern" zu öffnen, sieht das "zweite Aubry-Gesetz" eine Übergangsfrist von knapp einem Jahr (vom 1. Februar bis zum 31. Dezember 2000) vor. Während dieser sollte ursprünglich - nach dem Willen des Gesetzgebers - der Überstundenzuschlag, der von der 36. bis zur 39. Wochenstunde nunmehr zu zahlen ist, von gewöhnlich 25 auf nur 10 Prozent abgesenkt werden. Damit sollte der finanzielle Druck auf jene Betriebe, die noch keine Abkommen abgeschlossen haben, für das laufende Jahr gemindert werden. Diese Bestimmung aber hat das Verfassungsgericht nunmehr

annulliert. Auf diese Weise entfällt aber - nach Ansicht der meisten Beobachter - ein Anreiz, der die Arbeitgeber zur Eile bei der Einführung der Reform hätte antreiben sollen.

Eine zweite Zensur durch die Verfassungsrichter stellt ebenfalls einen politischen Sieg für jenen Teil der Kapitalverbände dar, die in den letzten Monaten gegen die Aubry-Reform zu Felde gezogen waren. Das "zweite Gesetz" gewährte jenen Branchen, deren Abkommen ungünstigere Bestimmungen (aus Sicht der Beschäftigten) enthalten als der Gesetzestext selbst, ein Jahr Zeit zur Neuverhandlung ihrer Abkommen. Dagegen beschlossen die Verfassungsrichter: Im Namen der Vertragsfreiheit bleiben alle Abkommen gültig, auch wenn sie in mancher Hinsicht schlechter als das Gesetz ausfallen. Bisher war es ein Grundprinzip des französischen Arbeitsrechts gewesen, dass Abkommen zwischen den "Sozialpartnern" nicht in (für die Lohabhängigen) negativer Weise vom Inhalt des staatlichen Arbeitgesetzbuches abweichen dürfe, welches das "Minimum" darstelle.

Diese Weichenstellungen der Verfassungsrichter haben den Arbeitgeberverband MEDEF in seiner Haltung bestärkt. Seit Monaten zieht er gegen die "staatliche Einmischung" mit dem Argument zu Felde, dass einzig im Konsens zwischen der Kapitalseite und (einigen der parallel zueinander existierenden) Gewerkschaften die Arbeits- und Sozialbeziehungen geregelt werden dürften. "Politische Einmischung", etwa durch Parlament und Gesetzgeber, sei unzulässig. Seit zwei Monaten mobilisiert der MEDEF nunmehr für eine Verfassungsänderung, die eine Art "Tarifautonomie" nach deutschem Vorbild einführen soll.

Abgebaut werden soll damit das bisher in Frankreich starke Bedürfnis nach staatlicher und politischer Legitimation sozio-ökonomischer Weichenstellungen - welche in wiederholten Abständen Millionen Franzosen gegen entsprechende Entscheidungen auf die Straße bringen. Die Verbände, und namentlich die Gewerkschaften, sollen so selbst in ihrem jeweiligen "Lager" die ausgehandelten Kompromisse durchsetzen. Hiervon verspricht man sich größere innenpolitische Stabilität, nach dem Vorbild des (west)deutschen "Modells" der letzten Jahrzehnte. Der bürgerliche Präsident Jacques Chirac hat in seiner Neujahrsansprache eine entsprechende Verfassungsänderung ausdrücklich befürwortet und der MEDEF hat auf seiner Generalversammlung am 18. Januar eine Ausweitung seiner Offensive beschlossen.

Ursprünglich sollten die versammelten Kapitalvertreter an diesem Tage entscheiden, ob sie ihre Drohung wahr machen und - aus Protest gegen die 35-Stunden-Reform - aus den paritätisch verwalteten Sozialversicherungs-Kassen (der Kranken-, Renten- und Arbeitslosen-Versicherung) aussteigen. Doch die zwei Minimal-Forderungen, welche der MEDEF zuvor gestellt hatte, waren zu diesem Zeitpunkt bereits erfüllt: Zum ersten dürften die Sozialversicherungs-Kassen nicht zur Finanzierung der 35-Stunden-Reform herangezogen werden; längerfristig könnten sich die nunmehr ausbleibenden Sozialbeiträge zum Problem auswachsen. Zum zweiten hatte der MEDEF die "Respektierung" der (im Rahmen der Aubry-Reform) abgeschlossenen Abkommen ohne Ausnahme gefordert - die hat ihm nun das Verfassungsgericht garantiert.

Nach diesen Erfolgen hat der Kapitalverband seine Drohungen ausgeweitet. Er will sich nun zum 31. Dezember 2000 aus den genannten Sozialkassen zurückziehen, falls die Gewerkschaften sich nicht bis dahin auf die von ihm gewünschte "Neugestaltung der sozialen Beziehungen" einlassen. Dazu gehört auch die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie der "Sozialpartner", welche die Sozialkassen paritätisch verwalten. Aus Sicht des MEDEF müssen die Gelder des Sozialversicherungs-Systems künftig auf möglichst sparsame, rentable und "die Beschäftigung fördernde Weise" eingesetzt werden. Man kann sich ausmalen, wie demnach die Leistungen an die Erwerbslosen aussehen würden.

Die Gewerkschaften, die am 3. Februar zum ersten Mal mit dem MEDEF zusammentrafen, um über diese Punkte zu debattieren, hatten vorab erklärt, sie würden sich auf keine "Erpressung" einlassen. Zugleich zeigen sie sich, gemäß der zuerst durch die sozialliberale Führung der CFDT vorgegebenen Linie, zu Gesprächen bereit, auch der "post-kommunistische" Gewerkschaftsbund CGT.

Die Durchführung der "Aubry-Reform" droht in der näheren Zukunft ins Stocken zu geraten. Zum einen, weil die Entscheidung des Verfassungsgerichts den MEDEF in seinen Positionen gestärkt hat. Zum anderen, weil der am ehesten modernisierungswillige Teil des französischen Kapitals bereits "seine" Abkommen mit den Gewerkschaften unter Dach und Fach hat - 20 Prozent der Betriebe haben bisher ein solches abgeschlossen, 80 Prozent noch nicht.

Tatsächlich gerät die Reform derzeit von zwei Seiten her unter Druck. In Regierungskreisen und bei Beobachtern war zunächst wohl erwartet worden, die Reform werde zu einem Deal zwischen modernisierungswilligen Kapitalkreisen und (zumindest einem Teil der) Gewerkschaften führen und letztere in dezentralisierte Verhandlungen einbinden, so dass sie jedenfalls von der Straße wegbleiben würden. Danach sah es anfänglich auch aus, die Zahl sozialer Konflikte blieb gering und die Gewerkschaften ließen sich in ihrer Mehrheit auf Verhandlungen und häufig auf Kompromisse ein. Das blieb so, bis die konkreten Auswirkungen der Aubry-Reform die einzelnen Betriebe erreichten und die Beschäftigten oftmals in der Praxis merkten, dass ihre Fortschritts-Erwartungen nicht erfüllt wurden (was sich freilich nicht pauschal auf alle Bereiche übertragen lässt). Oftmals entzündeten sich die sozialen Widerstände aber auch bereits in der Verhandlungsphase, da die Vorschläge der Direktion zumindest einem Teil der Belegschaft als Zumutungen erschienen.

Modernisierer gegen Ideologen

Die Arbeitgeber einer ganzen Branche, die LKW-Unternehmer, setzten am 10. und 11. Januar durch, dass das Aubry-Gesetz auf sie nur in abgemilderter Form angewandt wird. Demnach sollen die Betriebe der LKW-Branche künftig in den Genuss der gesetzlich vorgesehenen Finanzhilfen kommen, auch wenn sie ihre Beschäftigten bis zu 48 Wochenstunden arbeiten lassen. Möglich wird das durch die Festlegung von "Äquivalenzen" in einem Abkommen (48 Stunden "entsprechen" demnach 35 im Sinne des Gesetzes), die nach dem im Dezember verabschiedeten Gesetzestext weiterhin grundsätzlich zulässig sind.

Das Dekret von Transportminister Jean-Claude Gayssot (PCF), das dieser nach zwei Tagen Blockade durch die LKW-Unternehmer unterschrieb, erlaubt nunmehr Höchst-Arbeitszeiten von 220 Stunden im Monat (und 56 pro Woche) für internationale Fernfahrer und von 208 Stunden im Monat (und 48 pro Woche) für die übrigen LKW-Fahrer. Im Gegenzug soll den Beschäftigten nach der 36. statt bisher nach der 39. Wochenstunde ein 25-prozentiger Überstundenzuschlag bezahlt werden. Nach der 43. (statt bisher der 48.) Wochenstunde soll der Zuschlag 50 Prozent betragen. Dennoch fürchten die ohnehin schlecht entlohnten LKW-Fahrer nunmehr den Verlust eines spürbaren Teils ihres Lohnes - bisher arbeiteten die internationalen Fernfahrer oftmals 250 bis 300 Stunden im Monat, die "normalen" bis zu 230 Stunden. Die Gewerkschaften fordern daher, zunächst einmal die extrem geringen Löhne in der LKW-Branche anzuheben, damit die Beschäftigten überhaupt an Arbeitszeit-Verkürzung denken können.

Empört über die Vereinbarung zwischen dem Transportminister und den Arbeitgeberverbänden von Mitte Januar, riefen die Gewerkschaften der LKW-Arbeiter ihrerseits die Beschäftigten zum Streik auf, die in Frankreich und an dessen Außengrenzen zwischen 55 und 60 Straßensperren errichteten. Die Mobilisierung war damit zwar etwas stärker als jene der Fuhrunternehmer drei Wochen zuvor. Sie blieb aber zugleich deutlich hinter jener während der großen LKW-Fahrerstreiks vom Jahresende 1996 und vom Jahresende 1997 zurück.

Mitverantwortlich für die relative Schwäche der Mobilisierung ist zweifellos eine große Zwiespältigkeit: Soll man Arbeitszeitverkürzung fordern, wie die Gewerkschafter meinen? Oder soll man - wie andere Streikteilnehmer finden - die Forderungen auf die Erhöhung der geringen Löhne konzentrieren? Nach Abbruch des Streiks argumentierten Gewerkschaftsvertreter, angesichts der realen Kräfteverhältnisse und der Zwiespältigkeit der Beschäftigten selbst in dieser Frage sei nicht mehr möglich gewesen als die Eröffnung neuer Lohnverhandlungen herbeizuzwingen. Deren Ergebnisse in den kommenden Wochen gelte es nunmehr abzuwarten, um von Erfolg oder Misserfolg sprechen zu können.

Aber nicht nur die LKW-Fahrer mobilisierten in jüngerer Zeit im Zusammenhang mit der Einführung der Aubry-Reform. Vielmehr ist seit Oktober 1999 ein deutliches Anwachsen der sozialen "conflictualité" im Zusammenhang mit der 35-Stunden-Woche zu beobachten. Bei den Automobil-Fabrikanten Renault und Peugeot kam es schon im Sommer 1999 zu Arbeitsniederlegungen und die Renault-Sektion der Gewerkschaft CFDT wurde von heftigen inneren Konflikten zerrissen. Sieben von zehn Betriebs-Sektionen der CFDT lehnten das Abkommen ab, das durch die zentrale Leitung der CFDT-Sektion bei Renault unterzeichnet worden war. Dieses sieht etwa die Einführung der Samstags-Arbeit an 23 Samstagen im Jahr pro Beschäftigtem vor - jedem zweiten Wochenende (nach Abzug der Urlaubswochen). Der öffentliche Sender "Radio France Info" konstatierte am Beispiel der nordfranzösischen Region Picardie, deren private Industriebetriebe (vor allem die Zulieferer der Automobil-Industrie) würden derzeit - im Rahmen der Auseinandersetzung um die Modalitäten

der 35-Stunden-Reform - von den heftigsten sozialen Konflikten seit anderthalb bis zwei Jahrzehnten erschüttert.

Seit dem Herbst 1999 jedoch spielt sich die Mehrzahl der Konflikte in den öffentlichen Unternehmen ab, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad deutlich höher ist und wo es erheblich leichter ist, einen Streik zu organisieren. Im November 1999 etwa kam es zu Arbeitsniederlegungen bei allen Sendern des öffentlichen Fernsehens, im öffentlichen Radio oder bei der Pariser Métro-Reinigung. In der Regel konnten zusätzliche Einstellungen durchgesetzt werden; so sind zirka 1.000 Neueinstellungen in den öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehstationen im Rahmen der 35-Stunden-Reform erreicht worden. Im Dezember folgten erste Ausstände bei France Télécom und bei der Post, wo die Widerstände sich in den Januarwochen verstärkt haben.

In diesen öffentlichen Betrieben beruft der französische Staat - als (Haupt-)Arbeitgeber - sich darauf, das Konkurrenzrecht der EU verbiete ihm, die Einführung der 35-Stunden-Woche mit zusätzlichen Mitteln zu begleiten - da ihm sonst eine Sanktion durch die Brüsseler EU-Kommission wegen unzulässiger Subventionen an öffentliche Unternehmen drohe. Bei France Télécom (neuerdings ganz modern "Tele.com") bedeutet dies, dass 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden sollen - während die Verkürzung der Arbeitszeit der Beschäftigten auf 35 Stunden eigentlich 7.500 neu zu schaffenden Arbeitsplätzen entsprechen würde. Die linken Mehrheits-Gewerkschaften CGT und SUD, aber auch die sozialdemokratische CFDT bekämpfen daher das in Aussicht stehende Abkommen, das durch rechte Minderheits-Gewerkschaften unterstützt wird.

Bei der Post sollen durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht einmal zusätzliche Stellen entstehen. Das Rahmen-Abkommen von 1999, das nunmehr auf dezentraler Ebene in konkrete Abkommen umgesetzt werden soll, sieht insgesamt 20.000 Neueinstellungen bei 20.000 (vor allem altersbedingten) Abgängen in den nächsten drei Jahren vor. Von den neu Eingestellten sollen nur 6.000 den Beamtenstatus erhalten, gegenüber 14.000 vertraglich und mehr oder minder prekär Beschäftigten.

Allein im Januar gab es bei der Post insgesamt 195 (meist lokal oder regional begrenzte) Streikbewegungen. Die auf dezentraler Ebene abzuschließenden Abkommen, die eigentlich bis zum 1. Februar unter Dach und Fach sein sollten, kommen nicht voran, und nur 10 Prozent der Postler sind heute real zur 35-Stunden-Woche übergangen. Die Post-Direktion versucht unterdessen, eine ihr genehme Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen, indem sie Aufsichtsbeamte mit Stoppuhr die Arbeitszeit eines jeden Briefträgers neu vermessen lässt. Im ostfranzösischen Besançon, einem der Zentren der sozialen Widerstände bei der Post, sind die Beschäftigten deswegen Ende Januar vors örtliche Polizeikommissariat gezogen - um Anzeige wegen "Diebstahls unserer Zeit" zu erstatten.

Von Besançon ausgehend, breitet sich unterdessen eine neue Aktionsform in Windeseile unter den Postlern aus: die morgendliche "Selbst-Reduzierung der Arbeitszeit" um 20 Minuten. Um die Kunden möglichst wenig zu beeinträchtigen, lassen die Postler nur die Reklame liegen (im Jahr 1999 waren 50 Prozent des Brief-Aufkommens der französischen Post durch kommerzielle Werbung verschlungen), um die Privat-Post an ihre Empfänger zu bringen. Zwar verlieren die Beschäftigten dadurch die Bezahlung ihres gesamten Arbeitstags, da nach geltendem Gesetz ein Arbeitstag als "unteilbare Einheit" gilt. Doch die Sympathie des Publikums ist ihnen zugleich gewiss. Von Besançon aus gewinnt die Aktionsform derzeit immer neue Postämter.

Gestreikt wurde schließlich am 1. Februar auch in den öffentlichen Nahverkehrs-Betrieben, etwa bei der Pariser Métro, freilich mit durchwachsenem Erfolg; der Verkehr kam auf manchen Métro-Linien völlig zum Erliegen, auf anderen blieb er fast unbeeinträchtigt. Auch hier geht es um die Modalitäten der Einführung der 35-Stunden-Woche. Schließlich mobilisierten am 3. Februar die Beschäftigten der Krankenhäuser rund 10.000 DemonstrantInnen auf den Pariser Straßen; weitere Demonstrationen sind angekündigt. Hier geht es zwar auch um die 35-Stunden-Reform, aber nicht ausschließlich. Bereits seit November sind mehrere große Krankenhäuser im Ausstand, um gegen die Sparpolitik und den "schreienden" Mangel an Mitteln zu protestieren. Der wiederum ist auf die rigorose Begrenzung der Gesundheits-Ausgaben zurückzuführen. Die staatliche Oberaufsicht über die Ausgaben im Gesundheitswesen wurde durch die konservativ-liberale Regierung Juppé Ende 1995 eingeführt - und durch die Links-Regierung unter Jospin seit 1997 bruchlos fortgesetzt.

Bernhard Schmid, Paris

10. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:05

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Meldungen aus der täglich umkämpften Welt der Lohnarbeit. Die meisten dieser Nachrichten stammen aus dem LabournetGermany (www.labournet.de). Mag Wompel und David Hollis an dieser Stelle (mal wieder) ein dickes Danke schön.

Docker-Aufstand in Charleston

Charleston, South Carolina, 20. Januar 2000: Ein massives Aufgebot der Aufstandsbekämpfungspolizei geht mit Hunden, Schlagstöcken und Tränengasgranaten gegen 600 Hafenarbeiter vor, die sich am frühen Morgen vor dem Gebäude der Hafenverwaltung eine heftige Straßenschlacht mit der Polizei liefern. Schwerbewaffnete Polizeieinheiten aus dem gesamten Bundesstaat waren zusammengezogen worden. Die Hafenverwaltung hatte die Zugänge zu den Docks mit gepanzerten Fahrzeugen sichern lassen. Einige Abschnitte waren komplett gesperrt worden.

Seit Anfang Dezember kämpft die ILA (International Longshoremen's Association) gegen die dänische Nordana-Linie, die unorganisierte Docker der Firma Winyah Stevedoring zum Be- und Entladen angeheuert hatte. Am 2. Januar hatten ca. 75 Gewerkschafter den Zugang zum Liegeplatz blockiert. Dabei wurde sowohl Frachtgut als auch Ausrüstungsgegenstände zerstört. Die Straßenschlacht am 20. Januar ereignete sich, als die Abfertigung eines weiteren Nordana-Schiffes verhindert werden sollte. Auf Grund der Kämpfe vom 20.1. sind mittlerweile acht Hafenarbeiter wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch und Landfriedensbruch (rioting) angeklagt. Ihnen drohen bis zu fünf Jahren Haft.

(labournetUK)

VW-Streik I

Knapp 20.000 Beschäftigte des VW-Stammwerks in Wolfsburg haben am 3. Februar für ca. eine Stunde die Arbeit niedergelegt und an einer Protestkundgebung teilgenommen. Anlass war die Weigerung des Unternehmens, die auslaufenden Verträge von ca. 1.800 befristet Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnisse umzuwandeln. Der Betriebsrat hat des öfteren betont, dass die 1.800 Befristeten dringend und vor allem dauerhaft gebraucht würden, während die Geschäftsleitung eine Ausweitung der Beschäftigtenzahlen unbedingt vermeiden will.

(LabournetGermany, FAZ)

VW-Streik II

Am 4.2.2000 hat die Leitung des VW-Werks in Uitenhage, Südafrika, 1.300 streikende Arbeiter entlassen, die sich geweigert hatten, einem Ultimatum zur Arbeitswiederaufnahme Folge zu leisten. Hintergrund ist ein wilder Streik, der am 21. Januar ausgebrochen ist. Zunächst 340, später 2.000 ArbeiterInnen fordern die volle Auszahlung der Pensionsfonds und eine Gewinnbeteiligung angesichts der hohen Inflation in Südafrika. Vor allem aber kämpfen sie für die bedingungslose Wiedereinstellung von 13 unbequemen und kämpferischen Shop-Stewards, die die Firmenleitung in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft NUMSA seit Juni 1999 loswerden will. Nachdem Werksleitung und Gewerkschaft diesen Streik für illegal erklärt hatten, hat VW am 24.1. das Werk Uitenhage für eine Woche geschlossen, die ArbeiterInnen ausgesperrt und die 340 "Erststreikenden" fristlos entlassen.

Inzwischen hat VW über 3.000 neue Bewerbungsunterlagen in der Region verteilen lassen. Am 8. Februar jedoch war der Streik immer noch nicht gebrochen, die Golf-, Polo- und Combi-Produktion war immer noch lahm gelegt. Die Firmenleitung versucht, dem Streik mit Fremdvergabe und Beschäftigung von Verwaltungspersonal an den Bändern beizukommen. Die Exportproduktion des A4 wird mit zwei Mal 12-Stunden-Schichten und erzwungenen Überstunden aufrechterhalten - eine illegale Praxis, der die Gewerkschaft jedoch nicht widerspricht.

Solidaritätsadressen an wivl@sn.apc.org oder per Fax: 0027- 41 9228691

(LabournetGermany; FAZ)

Vernetzt und normal

"Zeit ist Geld. Zurück zur Normalität" lautet das Motto einer Kampagne, die Beschäftigte bei Rank Xerox und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen initiiert haben. Ziel ist ein Tarifvertrag bei Rank Xerox. Außerdem soll der Abbau von Sozialleitsungen, von Betriebsstellenschließungen und von Entlassungen verhindert werden. Zur Unterstützung gibt es jetzt eine Homepage. Infos unter www.xexit.de

Ebenfalls eine neue Homepage gibt es zu den Arbeitsbedingungen bei McDonald's, zur Geschäftspolitik dieses Marktführers in der "Systemgastronomie" sowie zu Arbeitskämpfen in diesem Bereich. www.mcunion.de

(LabournetGermany)

Vernetzt und global

Ebenfalls eine interessante Homepage zum Bereich ungesicherter Beschäftigung ist die Website der "Sweatshop Campaign", www.labornet.org/sweatshop.html. Diese Kampage wird von verschiedensten, vor allem us-amerikanischen gewerkschaftlichen Gruppierungen, Menschenrechtsorganisationen und Initiativen aus der Internationalismus-Arbeit getragen. Neben Informationen über Aktivitäten enthält die Internet-Seite eine Vielzahl von Hintergrundinformationen zu Arbeitskämpfen im gesamten Bereich der ungesicherten Niedrigstlohn-Arbeit (LabournetUS).

11. Ab 60 gehört Opa mir. Tarifpolitik wird zum Ausputzer der Rentenreform

Autor: Johannes Steffen · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:03

"5,5 Prozent mehr Lohn plus vorgezogenes Rentenalter", so lautet die IG Metall-Forderung für die diesjährige Tarifrunde. Mit der "Rente mit 60" wird die Alterssicherung so nicht mehr zu einer Frage der grundsätzlichen Reform der Rentenversicherung sondern zu einer Frage der Tarifpolitik.

Seit 1997 werden bei den Renten sämtliche Altersgrenzen vorzeitig und schneller als 1992 beschlossen angehoben:

- von 60 auf 65 Jahre für Erwerbslose und nach Altersteilzeit seit 1997 (Geburtsjahrgänge ab 1937) bis Dezember 2001 (Geburtsjahrgänge ab Dezember 1941),

- von 60 auf 65 Jahre für Frauen ab 2000 (Geburtsjahrgänge ab 1940) bis Dezember 2004 (Geburtsjahrgänge ab Dezember 1944),

- von 63 auf 65 Jahre für langjährig Versicherte (Geburtsjahrgänge ab 1937) bis Dezember 2001 (Geburtsjahrgänge ab Dezember 1939),

- von 60 auf 63 Jahre für Schwerbehinderte ab 2001 (Geburtsjahrgänge ab 1941) bis Dezember 2003 (Geburtsjahrgänge ab Dezember 1943).

Auch künftig können diese Rentenarten mit vollendetem 60. bzw. 63. Lebensjahr bezogen werden. Wer allerdings vor Erreichen der Altersgrenze in eine der genannten Altersrenten wechselt, erhält pro vorgezogenem Rentenbezugsmonat einen dauerhaften Abschlag von 0,3 Prozent; im Extremfall sind das 18 Prozent weniger an monatlicher Bruttorente.

Darüber hinaus blockiert ein weiteres Hindernis den Weg in den früheren Ruhestand: Wer heute unmittelbar aus einem Beschäftigungsverhältnis heraus mit 60 Jahren in Rente gehen will, muss entweder schwerbehindert, weiblich oder zuvor zwei Jahre in Altersteilzeit beschäftigt gewesen sein. Nur für diese Personengruppen ist nach geltendem Rentenrecht überhaupt eine Altersrente mit 60 Jahren möglich. Der weit überwiegende Teil der älteren Männer kann heute frühestens mit 63 Jahren die vorgezogene Altersrente für langjährig Versicherte in Anspruch nehmen.

Eins ist sicher: weniger Geld

Bei der Forderung nach der "vollen Rente mit 60" geht es daher vor allem um zwei Dinge: a) um den Ausgleich der drohenden Rentenabschläge und b) um die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzung, damit auch diejenigen, die weder schwerbehindert noch weiblich noch in Altersteilzeit beschäftigt sind, mit 60 Jahren eine vorgezogene Altersrente beziehen können.

Die Forderung nach "voller Rente mit 60" hat einzig und alleine das Ziel, die sog. versicherungstechnischen Abschläge finanziell auszugleichen. Nicht gemeint ist ein materieller Ausgleich für die fehlenden Jahre; denn wer mit 60 Jahren in Rente geht, dem fehlen immerhin drei bzw. fünf Versicherungsjahre.

Ein statistischer Durchschnittsverdiener in den alten Bundesländern mit 45 Rentenversicherungsjahren bekäme mit 65 eine Rente von 2.173,05 DM. Mit den jetzt geltenden Abschlägen würde ein Renteneintrittsalter von 60 Jahren für diese Person eine Rente von 1.583,91 DM bedeuten, also 589,14 DM weniger. Davon entfallen 241,45 DM auf die fehlenden fünf Versicherungsjahre und 347,69 DM auf die Abschläge. "Volle Rente mit 60" kompensiert nur letztere. Der Durchschnittsverdiener käme mit 60 so auf 1.931,60 DM, also immer noch 241,45 DM weniger. Egal, ob die Rentenabschläge voll durch höhere Beitragssätze für die Rentenversicherung oder teilweise auch durch private Zusatzzahlungen kompensiert werden: Gänzlich ohne Einkommensverlust wird es keine "volle Rente mit 60" geben.

Die Kompensation der Rentenabschläge könnte von den Tarif-, Betriebs- und/oder Arbeitsvertragsparteien schon hier und heute geregelt werden. Zur Lösung des zweiten Problems ist jedoch der Gesetzgeber gefordert; nur er kann die rechtlichen Möglichkeiten für einen erweiterten Rentenzugang mit 60 Jahren

schaffen. Genau an dieser Stelle aber hakte es in der Vergangenheit. Eine Herabsetzung der Altersgrenze bewirkt infolge des vermehrten Rentenzugangs Mehrausgaben sowie Mindereinnahmen der Rentenversicherungsträger und führt damit zu einer Erhöhung der Rentenbeiträge. Und dies ist politisch weitgehend tabuisiert: Im Bündnis für Arbeit waren sich alle Parteien in der Festlegung auf eine "weitere dauerhafte Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten" einig.

Der Bundesarbeitsminister will sich jetzt dafür einsetzen, dass für langjährig Versicherte die Altersgrenze von 63 Jahren befristet für fünf Jahre auf 60 Jahre herabgesetzt wird. Dies soll an folgende Voraussetzung geknüpft werden: Wer zwischen 60 und 62 Jahren Altersrente beziehen will, für den muss vor Rentenbeginn der maximal mögliche zusätzliche Beitrag an die Rentenversicherung gezahlt worden sein. Ohne diese volle zusätzliche Beitragszahlung könnten also auch künftig langjährig Versicherte erst mit vollendetem 63. Lebensjahr in vorgezogene und abschlagsgeminderte Altersrente wechseln.

Sollte Walter Riesters Einsatz erfolgreich sein, dann könnten die Tarifvertragsparteien - so die Überlegungen innerhalb der IG Metall - paritätisch finanzierte Fonds aus der Taufe heben, deren Aufgabe die Zahlung der zusätzlichen Beiträge zum Ausgleich der Rentenabschläge wäre. Die Rentenversicherungsträger hätten wegen der obligatorischen Kompensationszahlungen des Tariffonds keine ungedeckten Mehrausgaben zu fürchten: Den maximalen Vorfinanzierungskosten von rd. 61 Mrd. DM stünden Fondseinzahlungen von rd. 66 Mrd. DM gegenüber. Während Riester sich dafür stark machen will, die Einzahlungen in die Tariffonds steuerfrei zu stellen, wird dies von Finanzminister Eichel bisher abgelehnt. Der Arbeitsminister ist zufrieden mit dem gefundenen Kompromiss, da die gesetzlichen Lohnnebenkosten hierdurch nicht erhöht werden. Den schwarzen Peter haben jetzt die Tarifparteien. Riester: "Die Rente mit 60 ist Tarifprojekt, kein Regierungsprojekt. (...) Wen diese Regelung wie belastet, ist eine Frage für die Tarifparteien, nicht für die Regierung."

Der Begünstigtenkreis einer Tariffonds-Lösung, die innergewerkschaftliche Akzeptanz eines solchen Modells sowie schließlich dessen Arbeitsmarktwirkung hängen ganz wesentlich von der endgültigen tarifpolitischen Forderung und natürlich von ihrer Durchsetzung ab. Die berechtigten ArbeitnehmerInnen müssten zum Zeitpunkt der Neuregelung mindestens 55 Jahre alt sein (wegen deren Befristung auf fünf Jahre); davon abgesehen ließe sich der zu begünstigende Personenkreis nach folgenden Kriterien bestimmen:

Fragen über Fragen

Ein Anspruch auf Fondsleistungen könnte allen Beschäftigten zugestanden werden, die die Möglichkeit eines vorgezogenen Altersrentenbezugs wahrnehmen - also unabhängig von der Rentenart und unabhängig von der bis dahin zurückgelegten Wartezeit.

Die Fondsleistungen könnten sich aber auch auf diejenigen Beschäftigten beschränken, die irgendeine vorgezogene Altersrente in Anspruch nehmen, andererseits aber die Wartezeit von mindestens 35 Jahren erfüllen müssen.

Denkbar wäre drittens die Begrenzung des Begünstigtenkreises auf jene, die eine Wartezeit von mindestens 35 Jahren erfüllen und gleichzeitig die Rentenart für langjährig Versicherte in Anspruch nehmen; diese Lösung würde den tariflich begünstigten Personenkreis letztlich auf jene ArbeitnehmerInnen beschränken, die auch von der in Aussicht gestellten gesetzlichen Neuregelung begünstigt wären.

Frauen wären bei einer Begrenzung der tariflichen Leistungen auf langjährig Versicherte strukturell sicherlich benachteiligt; zu bedenken ist hierbei allerdings, dass die Wartezeiterfordernis von 35 Jahren nicht nur durch Pflichtbeitragszeiten, sondern auch mit sog. Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung erfüllt werden kann.

Kosten und Akzeptanz des Tariffonds-Modells werden schließlich auch davon beeinflusst, ob der volle versicherungstechnische Rentenabschlag oder nur der Abschlag für diejenigen, die vor vollendetem 63. Lebensjahr in Altersrente wechseln, auszugleichen ist. Von allen vorstellbaren Fallgestaltungen dürften für die innergewerkschaftliche Debatte nur jene tatsächlich relevant sein, die in jedem Einzelfall einen vollen Abschlagsausgleich vorsehen.

Die teuerste Lösung wäre die volle tarifliche Abschlagskompensation für alle Beschäftigten, die den gesetzlichen Vorgaben zufolge ab vollendetem 60. Lebensjahr in Rente wechseln könnten. Diese Variante

hätte die größte potenzielle Arbeitsmarktwirkung und entspricht auch den Vorstellungen der meisten Älteren von einer "vollen Rente ab 60".

Vieles deutet aber darauf hin, dass es am Ende auf folgende Lösung hinausläuft: Eine volle Kompensation der Rentenabschläge erhalten nur diejenigen Beschäftigten, die bis zum Rentenbeginn eine Wartezeit von mindestens 35 Jahren zurückgelegt haben.

Gerade diejenigen, die in den vergangenen Monate völlig zu Recht Gerechtigkeitslücken monierten und ihre Forderung nach der "Rente ab 60" mit deren Arbeitsmarktwirkung begründen, kämen damit in Erklärungsnotstand: Mit welcher Begründung soll etwa Frauen oder Altersteilzeitlern mit weniger als 35 Jahren Wartezeit, die schon nach heutigem Recht eine Altersrente mit 60 Jahren beziehen und einen Arbeitsplatz freimachen könnten, der tarifliche Abschlagsausgleich verwehrt werden, während sie doch gleichzeitig zur Finanzierung von Fondsleistungen an diejenigen herangezogen werden, die 35 und mehr Jahre der Rentenversicherung angehört haben und ihre allein deshalb in der Regel höhere Rente auch noch um bis zu drei Jahre früher beziehen könnten?

Unbeantwortet ist z.Z. auch die Frage, ob und wie Erwerbslose in die Tariffonds-Lösung eingebunden werden. Insgesamt ist berechtigte Skepsis gegenüber gewerkschaftlichen Strategien angebracht, die mit tarifpolitischen Mitteln staatlichen Sozialabbau zu kompensieren suchen; die Tarifpolitik ist mit der Rolle des sozialpolitischen Ausputzers völlig überfordert.

Tarifpolitische Sackgasse

Hinzu kommt, dass kaum ein anderer Aspekt bei der Debatte um die "Rente mit 60" so sehr überschätzt wird wie deren Arbeitsmarktwirksamkeit. Auch ohne Neuregelung würden während der in Frage stehenden fünfjährigen Laufzeit von dem auf insgesamt zwischen 1 und 1,2 Mio. geschätzten Potenzial rd. 600.000 Personen in Rente für langjährig Versicherte gehen. Zudem würde ein Teil der verbleibenden maximal rd. 600.000 Älteren über andere Rentenarten verrentet werden. Und da auch bei einer flächendeckenden Regelung längst nicht alle Berechtigten vom vorzeitigen Rentenbezug Gebrauch machen werden, beliefe sich der Kreis der über die fünf Jahre zusätzlich verrenteten Beschäftigten am Ende auf insgesamt zwischen 0,4 bis höchstens 0,5 Millionen Personen. Bei einer angenommenen Wiederbesetzungsquote von 0,5 könnten maximal rd. 250.000 Personen zusätzlich in Beschäftigung gebracht werden.

Nach Ablauf der gesetzlichen Sonderregelung schlüge die Entlastung am Arbeitsmarkt allerdings in ihr genaues Gegenteil um: Mindestens drei zusätzliche Jahrgänge langjährig Versicherter verharren dann länger in Beschäftigung. Auch die "Aufschieber-Quote" derjenigen, die wegen der Abschläge länger arbeiten, wird dann höher liegen als heute, weil die Altersgrenzen und damit die jeweils maßgebenden Abschlagshöhen ab Ende des Jahres 2004 durchweg ihr Maximum erreicht haben werden.

Die Finanzierung des Tariffonds soll über eine paritätisch aufzubringende Umlage der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Höhe von zusammen 1 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter erfolgen. Dafür wäre die IG Metall bereit, auf höhere Lohnprozente zu verzichten und eine "planbare" Tarifpolitik für die kommenden Jahre zuzusagen. Wie soll aber gewährleistet werden, dass die Fondsfinanzierung am Ende nicht auf eine Parität à la Pflegeversicherung hinausläuft: Auf dem Lohnzettel halbe-halbe, in Wirklichkeit aber alleine von den Arbeitnehmern getragen?

Schließlich bleibt noch die Frage, ob eine Tariffonds-Lösung ohne Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) überhaupt vorstellbar ist.

Unterm Strich schafft ein Fonds-Modell zur Abschlagskompensation mehr Probleme, als es löst. Letztlich ist kein Instrument besser geeignet, die mit der "Rente ab 60" verfolgten sozialpolitischen Ziele zu verwirklichen, als die gesetzliche Rentenversicherung. Manch einer außerhalb der Gewerkschaften denkt beim anvisierten Tariffonds-Modell heute auch schon an übermorgen: Nach Ablauf der fünfjährigen gesetzlichen Sonderregelung ließe sich der Tariffonds beibehalten und ausbauen zu einem alleine von den Arbeitnehmern finanzierten System privater Vorsorge. Wer in der Tarifpolitik einen solchen Fliegenfänger wie die fondsfinanzierte "Rente mit 60" aufhängt, darf sich nicht wundern, wenn er am Ende ideologisch dran kleben bleibt.

Johannes Steffen

Die ungekürzte Version dieses Beitrags ist erschienen in Sozialismus Nr. 11/1999

12. "Ein wichtiges Thema wird verheizt." Die Autokoordination zur Metalltarifrunde 2000

Autor: Autokoordination · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:04

Im folgenden dokumentieren wir in Auszügen eine Stellungnahme der Autokoordination (1), die diese am 6. November 1999 verabschiedet hatte. Der gesamte Text kann im Internet unter www.labournet.de abgerufen werden.

Die "Rente mit 60" soll zentraler Bestandteil der nächsten Tarifrunde sein und tritt damit in Konkurrenz zu einer weiteren, allgemeinen Wochenarbeitszeitverkürzung. Begründet wird dies mit dem im Jahr 2001 auslaufenden Altersteilzeitvertrag, der hohe Rentenabschläge beinhaltet, und einer weiteren Heraufsetzung des Rentenzugangsalters, die noch unter der alten Regierung beschlossen worden war. Die Autokoordination sieht in der "Rente mit 60" zwar prinzipiell einen Ansatzpunkt - neben anderen dringend notwendigen Schritten -, Arbeitszeit zu verkürzen, ist aber der Meinung, dass in der geplanten Umsetzung ein völlig falscher Weg beschritten wird:

Finanziert werden soll das Modell in der Hauptsache von denjenigen, für die bei dieser Aktion absolut nichts herauskommt: den 30 bis 50-jährigen. Deren Alterssicherung bleibt während und nach Ablauf des Modellversuchs immer noch vollkommen ungeklärt. Das Modell bietet damit gerade keinen Ansatzpunkt und kein Beispiel für die in der Tat notwendige Rentenreform.

Kuckucksei Tariffonds

Wohl aus diesem Grund hat die IG Metall daher die Betonung auf die Beschäftigungseffekte dieses Modells gelegt. Sie versteht die "Rente mit 60" weder als Beitrag zur allgemeinen Arbeitszeitverkürzung noch zur Rentenreform, sondern als arbeitsmarktpolitisches Modell und fordert hier von den Beschäftigten generationsübergreifende Solidarität ein. (...) Gerade die Beschäftigungswirksamkeit des Modells ist jedoch hoch umstritten (siehe FR, 21.10.1999, Handelsblatt, 04.11. 1999). Eine Automatik der Neueinstellungen über ein vorgezogenes Renteneintrittsalter gibt es mit Sicherheit nicht, dies belegen die in vielen Unternehmen der Automobilbranche weiterhin laufenden Rationalisierungen und der damit verbundene Personalabbau. Auch die IG Metall selbst hat offenbar Zweifel an der intendierten Beschäftigungswirksamkeit. Sie hat daher eine finanzielle Entlastung für Unternehmen vorgeschlagen, die die durch den vorgezogenen Ruhestand freiwerdenden Stellen wieder besetzen: Mit dem Tariffonds soll Unternehmen ein Anteil von bis zu 100.000 DM zurückerstattet werden, wenn sie dafür einen Beschäftigten neu einstellen oder einen abzubauenden Arbeitsplatz aufrechterhalten. Dies hieße jedoch erstens implizit auch, dass die Beschäftigten mit dem zur hälftigen Finanzierung des Tariffonds geplanten Tarifabschlag von 0,5 Prozent zumindest zur Hälfte auch die bloße Aufrechterhaltung (nicht Neuschaffung!) von Arbeitsplätzen selbst finanzieren. Zweitens ist ein Ersatz-Einstellungseffekt nur gegeben, wenn es eine zwingende Regelung für die Arbeitgeber gibt. Hier hat die IG Metall selbst vor kurzem noch versucht, den Arbeitgebern den vorgezogenen Ruhestand schmackhaft zu machen. Sie weißt darauf hin, dass der Rentenausgleich für Unternehmen, die ohnehin vorhätten, Arbeitsplätze abzubauen, im Vergleich zum Sozialplan keine Mehrkosten bedeuten würde. In extremen Fällen empfiehlt die IG Metall den Unternehmern sogar, für jede Weiterbeschäftigung eines älteren Kollegen einfach einen jüngeren Kollegen zu kündigen, um in den Genuss der Rückerstattung aus dem Tariffonds im Falle eines beantragten Vorruhestandes zu kommen (vgl. Handelsblatt, 4.11.1999)! Das ist Zynismus pur und macht die "solidarische" Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt zur Farce.

Die geplante "Verjüngung der Belegschaften", die auf Grund des Personalabbaus der letzten Jahre ohnehin weit fortgeschritten ist und den Unternehmern in Bezug auf die gestiegene und immer noch steigende Leistungsintensivierung entgegenkommt, hat außerdem noch einen Haken: Gerade bei der Einstellung jüngerer KollegInnen ist unklar, zu welchen Konditionen dies erfolgen soll. Wer kontrolliert, wie lange die jüngeren KollegInnen ihren Arbeitsplatz behalten? Wer garantiert, dass es keine "Einstiegslöhne" geben wird, mit denen ja immer wieder als Instrument gegen Arbeitslosigkeit und für Beschäftigungseffekte experimentiert wird? Außerdem sparen die Unternehmen bei den Lohnkosten, weil der soziale Status (Kündigungsschutz, betriebliche Leistungen, Lohnhöhe, Aufstiegsregelungen etc.) bei jüngeren KollegInnen und kurzfristigen

Beschäftigungsverhältnissen wesentlich schlechter ist. Solange hier keine bindenden Regelungen existieren, ist dem Missbrauch des Tariffonds und der "Verjüngungskur" Tür und Tor geöffnet.

(...) Wenn es aber nicht zu der erwarteten massiven Beschäftigungswirksamkeit kommt, wird - wie bei der 35-Stunden-Woche - ein wichtiges Thema für fragwürdige Effekte "verheizt". Die Frustrationen unter den Beschäftigten angesichts der verschleppten und damit beschäftigungspolitisch ineffektiven Einführung der 35-Stunden-Woche, der gestiegenen Arbeitsintensivierung und -flexibilisierung, die ja augenblicklich gerade wieder dazu dienen, das Thema einer weiteren Wochenarbeitszeitverkürzung hintenan zu stellen, müssten hier eigentlich Warnung genug sein.

Frust vorprogrammiert

(...) Wieder einmal ist über das Thema der Tarifrunde ohne Forderungsdiskussionen an der Basis entschieden worden. (...) Den KollegInnen wird "eine Kappe aufgesetzt und eine Trillerpfeife in den Mund gesteckt" für eine Forderung, an deren Zustandekommen sie nicht beteiligt waren und bei der wesentliche Voraussetzungen für ihren Erfolg vollkommen ungeklärt sind. Selbst wenn es unter den Jüngeren einige Bereitschaft geben sollte, sich für dieses Modell zu interessieren, ist ein solcher Umgang mit denen, die ja letztlich für die Durchsetzungsfähigkeit entscheidend sind, demotivierend und unwürdig.

Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Mitgliedermotivation ist die "Amerikanisierung" der Tarifrunde, d.h. die Tendenz zu langen Laufzeiten wie in den jüngsten Langfrist-Abschlüssen in den USA, zu kritisieren. Damit sind nicht nur die Perspektiven auf Lohnerhöhungen für die nächsten fünf Jahre explizit in Frage gestellt worden (Pressemitteilung der IG Metall vom 17.11.1999) - von der schleichenden Degression durch die Anrechnung der 0,5-Prozent, fehlenden Ausgleichsmöglichkeiten für eventuell steigende Lebenshaltungskosten, Inflation etc. zu schweigen. Auch die Bindung der Mitglieder an die Gewerkschaft wird mit derartig langen Laufzeiten auf die Probe gestellt: Fünf Jahre ohne Tarifrunde werden zu einem erheblichen Mitgliederverlust führen, der dann durch teure "Werbekampagnen" mit fraglichen Erfolgsaussichten wieder wett gemacht werden muss.

Die Rente mit 60 über einen Tariffond zu finanzieren, verstößt außerdem gegen das Prinzip und die Notwendigkeit eines solidarischen Umbaus der kriselnden sozialen Sicherungssysteme. Der Tariffonds wird von der Autokoordination als ein Modellversuch für den Einstieg in die allgemeine Privatisierung der Altersvorsorge in einem doppelten Sinne angesehen: Zum einen wird keine gesellschaftspolitische Lösung vorbereitet, die beispielsweise Menschen, die aus dem Arbeitsprozess schon "herausgefallen" sind, berücksichtigt, sondern ausschließlich Politik für ein kleines Segment noch Beschäftigter gemacht. Zum anderen ist unklar, wie sich die Verwaltung der Tariffonds unter dem Druck der Finanzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten entwickelt. Sollen Tariffonds den gleichen Risiken wie andere Spekulations- und Anlageobjekte unterliegen?

Wenn es um die Aufrechterhaltung des Rentensystems geht, ist schließlich daran zu erinnern, dass ... die Finanzierung auch mit einer Anhebung der Rentenversicherung um 0,6 Prozent gewährleistet wäre. Nach unserer Einschätzung sind KollegInnen in den Betrieben dazu eher bereit, als zu "unsolidarischen" und windigen Experimenten wie der "Beschäftigungsbrücke". Es ist außerdem nicht nachvollziehbar, warum die Unternehmer selbst in der momentanen Gewinnsituation weiter begünstigt werden. (...)

Wir plädieren daher dafür, die Prinzipien der bestehenden Sozialversicherungssysteme zu verteidigen, auch wenn die Massenarbeitslosigkeit deren Grundlagen unterhöhlt. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muss aber mit anderen Mitteln geführt werden. In erster Linie gehört dazu u.E. die Abschaffung der Leih- und befristeten Arbeitsverhältnisse, die Bekämpfung aller Tendenzen zur Schaffung und Verfestigung eines Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Die wirtschaftliche Gleichstellung unserer Kolleginnen und Kollegen in den "Neuen Ländern" gehört ebenfalls dazu. Wir vermissen von all denen, die in den "Neuen Ländern" billig Arbeitsplätze geschaffen haben (VW, DaimlerChrysler, Opel) eine Ausgleichszahlung in die Kassen der Sozialversicherungen.

Mit der letzten Lohnrunde, die unter dem Slogan "Schluss mit der Bescheidenheit" lief, sollte für die Kollegen eine Scheibe von diesen Reichtum abgeschnitten werden. Dieser Ansatz muss u.E. in den nächsten Tarifrunden endlich konsequent und ernsthaft verfolgt und um folgende Punkte erweitert werden, die wir auch in den Betrieben diskutieren müssen:

Ein Bestandteil der nächsten Metalltarifrunde müsste eine Festgeldforderung mit einem Volumen von 7-8 Prozent sein. (...)

Außerdem ist eine Entdichtung der hohen Arbeitsintensität unverzichtbar. Gerade hier sind in den letzten Jahren starke Rückschritte durch z.B. Standortvereinbarungen hingenommen worden (Abbau von Erholungspausen, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Befristungen etc.). Jetzt, da sich fast überall der wirtschaftliche Erfolg eingestellt hat, wird es Zeit, hier wieder Boden gut zu machen.

Mehr Lohn, mehr Luft

Ein weiteres Ziel gewerkschaftlicher Arbeit muss es sein, die enorme Flexibilisierung zu Lasten der Beschäftigten in den Betrieben einzudämmen. Die Flexibilisierung, die bei der Arbeitszeit schon recht weit ausgereizt ist, soll nun auch auf den Lohnbereich übertragen werden. Hier muss gewerkschaftlich gegen individualisierende, verhaltens- und einstellungsabhängige Bonus- und Leistungsbeurteilungssysteme und von den Beschäftigten gar nicht zu beeinflussende Bezahlung nach der Gewinnsituation des Unternehmens vorgegangen werden. Unser Lohn darf nicht zu einer variablen Masse werden! ... außerdem beinhalten solche Lohnsysteme Ansatzpunkte, die die Struktur des kollektiven Schutzes vor Konkurrenz als Grundprinzip unserer bisherigen Tariflöhne aushebeln können: In unserem bisherigen Lohnaufbau sind große Teile des Lohnes in Tarifstrukturen eingebunden. Auf diese bauen Tariferhöhungen auf, wodurch sich eine gewisse Gleichmäßigkeit zwischen den Kollegen und Verlässlichkeit auch im Zeitablauf betrachtet ergibt. Erfolgsbeteiligungen und individualisierende Beurteilungs- und Prämiensysteme bieten diesen Schutz nicht!

Autokoordination,

im November 1999

Anmerkung:

1) Die Autokoordination ist ein regelmäßig tagender Koordinierungskreis kritischer GewerkschafterInnen, Vertrauensleute und Betriebsräte aus der Automobilindustrie.

13. "Aquisiteur für Speisen und Getränke". Berlin - Dienstleistungsmetropole und Drehscheibe für den Osthandel?

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:15

Seit Jahren wird der Umbau des ehemaligen Industriestandortes Berlin zur Dienstleistungsmetropole beschworen. In der Tat ist der Dienstleistungssektor der einzige Bereich, in dem Berlin einen Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen hat. Banken und Versicherungen mitgezählt, wuchs hier die Beschäftigungsquote im Zeitraum von 1989 bis 1998 von 19 auf 32,7 Prozent der arbeitenden Bevölkerung Berlins (ohne Staatsbedienstete) an. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) des Dienstleistungssektors stieg sogar noch deutlicher: von 35,31 Milliarden DM (1991) auf 60,37 Milliarden DM (1998). Ein Großteil des Zuwachses des Berliner BIP ist also dem Dienstleistungssektor geschuldet.

Die scheinbare Steigerung um etwa 30 Prozent schmilzt jedoch auf weniger als 2,5 Prozent zusammen, wenn man die Preise von 1991 zu Grunde legt. Der bundesweite Vergleich bringt den imposant erscheinenden Anstieg des Berliner BIP jedoch endgültig wieder auf den Boden der Realität zurück: Die Beschäftigungssteigerung im Dienstleistungssektor erlauben Berlin vielleicht langfristig den Anschluss an den Durchschnitt der neun deutschen Metropolenregionen, andererseits ist Berlin aber auch die Hauptstadt der Insolvenzerklärungen, die von 583 im Jahre 1992 auf 1.916 im Jahr 1998 angewachsen sind (30 Prozent davon im Dienstleistungssektor). Auf 1.000 Unternehmen kommen demnach jährlich 18 Insolvenzerklärungen - der Bundesdurchschnitt liegt bei etwa neun Konkursanmeldungen.

Dies ist nicht der einzige Negativrekord der neudeutschen Kapitale. Mit einer Bruttowertschöpfung von 40.000 DM pro Jahr und Kopf (Bundesdurchschnitt: 39.000 DM) belegt Berlin auch betreffs der Wirtschafts- und Steuerkraft den letzten Platz unter den bundesdeutschen Metropolenregionen. Die interne Aufschlüsselung der Bruttowertschöpfung macht die schwache Position des hauptstädtischen Dienstleistungssektors noch deutlicher: Das Verhältnis der Anteile der Industrie und des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung pro Kopf entspricht in Berlin 12.900 DM zu 14.400, während es in der Makroregion München/Nürnberg 22.300 DM zu 39.000 DM und in Hamburg 14.700 DM zu 32.700 DM beträgt.

Offiziell konzentriert sich die Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor vornehmlich auf Finanzdienstleistungen, Freiberufler und soziale Dienste, letzteres vor allem im Osten, wo das fehlende Netz für soziale Dienstleistungen in erster Linie durch sogenannte ABM-Kräfte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) und private Träger ersetzt wird. Als "boomende" Bereiche gelten darüber hinaus Messen und Kongresse, Tourismus, Medien und Kommunikation. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass viele Beschäftigungsverhältnisse im Berliner Dienstleistungssektor niedrig qualifiziert und schlecht entlohnt sind. So sind 30,6 Prozent der nach offiziellen Angaben 1998 in Berlin existierenden 69.000 630- bzw. 530-DM-Jobs (1997 waren es noch 61.900) im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen (ohne staatliche Dienste), etwa 27 Prozent im Handel sowie Hotel- und Gaststättengewerbe und knapp 20 Prozent im Bereich der Hausverwaltungen, Verleih und Dienstleistungen an Unternehmen.

Diese sogenannte geringfügige Beschäftigung ist vor allem eine Bastion der prekarisierten Beschäftigung von Frauen: sie machten 67,5 Prozent der 1998 "geringfügig Beschäftigten" in Berlin aus. Die Mehrheit von ihnen - 61,4 Prozent aller geringfügig Beschäftigten - gehen keiner weiteren entlohnten Tätigkeit nach. Parallell zur Beschäftigungszunahme im Dienstleistungssektor ist eine Rückkehr der "weiblichen Beschäftigungen", sowohl im niedrig qualifizierten Bereich (z.B. Putzkräfte), als auch in höher qualifizierten Berufen (in denen Frauen meist in der sozialen Fürsorge oder Beratung tätig sind) festzustellen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die wachsende "Überführung des Sozialen in unternehmerische Strukturen."

Viele der "neuen Dienstleistungen" entstehen durch die Ausgliederung bestimmter Arbeiten aus den Kernunternehmen (Outsourcing), doch auch der zunehmende Arbeitsdruck unter Angehörigen der Mittelschichten fördert den Bedarf nach privaten Dienstleistungen, denn er verlangt häufig die "Externalisierung" bestimmter Arbeiten aus dem Privatleben. Potenziert wird diese Entwicklung durch die ständige Zunahme von Single-Haushalten. Vor allem im Bereich der Hausreinigung sind es meistens

Migrantinnen, die schlecht bezahlt und ohne soziale Absicherungen Putzarbeiten in privaten Haushalten verrichten. In vielen Fällen sind diese Reinigungskräfte sogar "selbstständig", ähnlich wie einige Vertreter des Berufes, der früher Kellner hieß: diese sind in einigen Grosslokalen bereits zu formal selbstständigen "Akquisiteuren für Speisen und Getränke" avanciert, die das Bier an der Theke kaufen und es am Tisch dem Gast wieder verkaufen.

Im Stadtbild erscheinen aber vielmehr "neue Dienstleistungen", die bisher in der Bundesrepublik nicht existent waren, wie Renate Wollbach von ZAPO (Zentrale integrierte Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa) berichtet: "Es gibt sehr viele Leute, vorwiegend Ukrainer und Polen, die die Scheiben der Autos putzen, die an den Kreuzungen stehen bleiben. Und vor zehn Jahren hast du auch noch nicht so viele Leute gesehen, die in der U-Bahn Musik machen oder eine Obdachlosenzeitung verkaufen. Es ist eine zunehmende Verarmung zu sehen, da es immer weniger normale Jobs gibt. So arbeiten selbst in den Supermärkten mittlerweile die meisten mit 630-DM-Verträgen. Das, was wir aus den USA oder aus Lateinamerika kennen, nämlich dass die Leute mehrere Jobs haben, um zu überleben, ist auch bei uns Realität geworden".

Politiker werben seit Jahren mit der vermeintlich besonderen Attraktivität des Standortes Berlin. Dabei wird insbesondere "die günstige geographische Lage der Stadt" hervorgehoben, "die Berlin zur prädestinierten Drehscheibe für den Osthandel" mache. Welche Realität verbirgt sich hinter dem rhetorischen Vorhang? Einen wichtigen Hinweis für die wirtschaftliche Attraktivität einer Stadt oder einer produktiven Region gibt die Höhe der Direktinvestitionen aus dem Ausland. Als Indikator für die Funktionsfähigkeit einer Stadt innerhalb der globalen Ökonomie gelten wiederum die Angaben über Direktinvestitionen ins Ausland.

Dabei steht Berlin zunächst einmal gar nicht so schlecht da: Die Direktinvestitionen aus dem Ausland nahmen zwischen 1992 und 1996 um 80 Prozent zu und belaufen sich mittlerweile auf ein Jahresvolumen von fast elf Milliarden DM. Etwa 70 Prozent dieser Investitionen fließen in den Dienstleistungssektor. Doch der erste Blick ist trügerisch, da viele der Investitionen für den Hauptstadtumzug bestimmt und damit begrenzt sind. Tatsächlich sind die Direktinvestitionen aus dem Ausland, nach einem rasanten Anwachsen zu Beginn der 90er Jahre, bei den genannten elf Milliarden DM stehen geblieben und seit 1996 sogar wieder leicht im Sinken begriffen. Da sich auch die Direktinvestitionen ins Ausland in der Zeitspanne von 1992 bis 1996 verdoppelt haben (von 4,9 auf 9,7 Milliarden DM), wird die schlechte Situation Berlins erst im Vergleich mit dem wesentlich kleineren Hamburg deutlich. Dort fiel zwar die Zunahme im Laufe der 90er nicht so deutlich aus wie in Berlin, doch ist das Volumen der Investitionen ungemein größer und weist keine Negativtrends auf: Die Direktinvestitionen aus dem Ausland in Hamburg wuchsen von 1992 bis 1996 von 23 auf 25,2 Milliarden, und die Direktinvestitionen ins Ausland auf die gleiche Summe an.

Ebenso wenig ist die Entwicklung des Berliner Außenhandels zukunftsweisend. 1998 betrug der Gesamtwert der Warenausfuhren ins Ausland 13,800 Milliarden DM, während sich die Importe auf einen Gesamtwert von 9,747 Milliarden DM beliefen. Im Laufe der ersten Jahreshälfte von 1999 betrugen die Berliner Exporte noch 6,6 Milliarden DM, das bedeutet eine Abnahme um 8,6 Prozent (622 Mill. DM) im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 1998.

Wichtigste Handelspartner Berlins sind die EU-Staaten. 45 Prozent aller Exporte gehen dorthin. Allerdings ist eine deutliche Zunahme des Außenhandels Berlins mit den EU-Beitrittskandidaten in Osteuropa zu verzeichnen. Ihr Anteil am Gesamtexportvolumen Berlins beträgt zehn Prozent, gegenüber acht Prozent im bundesweiten Durchschnitt. Exportiert wird vornehmlich nach Polen, in die Tschechische Republik und Ungarn. Zwischen 1992 bis 1997 stiegen die Exporte in den ehemaligen Ostblock um etwa 20 Prozent jährlich. 1998 betrug der Anstieg allerdings nur noch 15 Prozent, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Ausfuhren in die Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR (GUS) - nach Polen wichtigster Handelspartner Berlins im Osten - auf Grund der dortigen Krise um 21,6 Prozent abnahmen. Der Bundesdurchschnitt liegt zwar nur bei zehn Prozent, aber in der ersten Hälfte 1999 sanken die Exporte aus Berlin in die EU-Länder, im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres, um über fünf Prozent, während die in den Osten sogar einen regelrechten Zusammenbruch erlebten (GUS -61,9 Prozent; Polen -13,7 Prozent; Tschechische Republik -23 Prozent).

Berlin bewegt sich wirtschaftlich auf einem schmale Grad, die Stadt als zentralen Handelsknoten gen Osten zu bezeichnen, ist Augenwischerei und es bleibt die Entwicklung der nächsten Jahre abzuwarten.

Dario Azzellini

In der nächsten Ausgabe:

Leben in Berlins armen Stadtteilen.

Im Rahmen des vom Mailänder Institut A.A.STER in sieben europäischen Städten durchgeführten Forschungsprojektes "Moriana" über neue Arbeitsformen und -verhältnisse in Zeiten des Umbruchs zeichnet Dario N. Azzellini für Berlin verantwortlich.

14. Besser exportieren? Ein Bündnis möchte die Hermes-Bürgschaften reformieren

Autor: as · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:32

Die staatlichen Exportversicherungen fördern nicht nur unökologische Großprojekte in Trikontstaaten. Sie sind auch zu einem großen Teil verantwortlich für die Schuldenlast des Trikont. Ein breites Bündnis von etwa 120 Organisationen möchte die Hermes-Bürgschaften reformieren: Die deutschen Exporte sollen sozialer und ökologischer werden.

Hermes, kühner Bote des Zeus, wurde oft als Helfer in der Not gerufen. Nach der griechischen Mythologie ist der Gott der Schlaflosen, der Kaufleute, der Diebe. Heutzutage leiht er Kurierdiensten und Versicherungen seinen Namen - zum Beispiel den Hermes-Bürgschaften des Bundeswirtschaftsministeriums. Diese Bürgschaften sind staatliche Versicherungen für deutsche Exporte der Privatwirtschaft - vor allem für risikoreiche Geschäfte mit Firmen in sogenannten Schwellenländern. Sollte der private Geschäftspartner keine Devisen mehr für die aus Deutschland georderte Ware aufbringen können, so gehen die Schulden auf den jeweiligen Staat über und Deutschland wird zum Gläubiger. Der Vertrag zwischen zwei privaten Wirtschaftsunternehmen wandelt sich in ein Schuldenverhältnis zwischen zwei Regierungen. Ein Drittel der Schulden des Trikont bei der Bundesrepublik - etwa 20 von 60 Milliarden Mark - gehen auf das Konto von Hermes-Bürgschaften.

So subventionieren die Trikontstaaten indirekt mit ihren Zinszahlungen und Kredittilgungen 400.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Diese Zahl jedenfalls führt Bundeswirtschaftminister Müller gerne an, wenn er den Erfolg der Bürgschaften lobt und dabei versucht, seine KritikerInnen mit der Standortkeule zu schlagen.

Während Minister Müller im Dezember letzten Jahres den 50. Geburtstag der Hermes-Bürgschaften feierte, sah die Kampagne, die sich für eine Reform der Hermes-Bürgschaften einsetzt, keinen Grund zum Jubeln. Die dort zusammengeschlossenen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen (1) kritisieren schon seit einigen Jahren die staatliche Absicherung von umweltschädlichen Großprojekten und Waffengeschäften.

Komplizenschaft von Staat und Wirtschaft

Fregatten und Militärlastwagen für die Türkei, U-Boote nach Indonesien, das Atomkraftwerk Mochovce in der Slowakei und Angra dos Reis in Brasilien, Großstaudämme in Chile, Indien und China - die Liste der umstrittenen deutschen Qualitätsware ist lang. Eine Reform der Hermes-Bürgschaften ist dringend notwendig, doch die an den Genehmigungen beteiligten rot-grünen MinisterInnen haben wenig Bereitschaft signalisiert, die geforderten Veränderungen vorzunehmen. Die rund 120 Organisationen, die die 1997 ins Leben gerufene Kampagne für eine Reform der Hermes-Bürgschaften unterstützen, fordern strengere Umwelt- und Sozialstandards. Atomkraftwerke und Rüstungsexporte wollen sie von einer staatlichen Unterstützung ganz ausschließen - ebenso Großstaudämme, bei denen Menschen von ihrem Land vertrieben werden. Die Kampagne will auch mehr Transparenz bei der Vergabe der Bürgschaften. Angeblich aus Gründen der Wettbewerbsfreiheit und des Datenschutzes werden keine Namen der Firmen genannt, die eine Bürgschaft beantragen. Die Entscheidungen werden im stillen Kämmerlein gefällt. Nur durch Zufall ist die Beteiligung deutscher Firmen an dem geplanten Ilisu-Staudamm in der Türkei (siehe Kasten) bekannt geworden.

Müllers Behörde wickelt das Versicherungsgeschäft nicht selbst ab, sondern hat damit private Firmen beauftragt: Federführend ist die Hermes Kreditversicherungs-AG in Hamburg, eine Tochter der Allianz AG. Zwar bürgt Hermes nur für einen vergleichsweise kleinen Teil der deutschen Exporte (2), dennoch ist die Komplizenschaft von Staat und Privatwirtschaft in ihrem Sinne besonders erfolgreich: Die Bürgschaften "haben in den letzten 50 Jahren entscheidend dazu beigetragen, die Stellung der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten zu sichern und auszubauen", heißt es in der Festschrift der Hermes Kreditversicherungs-AG.

Insbesondere die Türkei und seit Ende der 80er Jahre auch Osteuropa sind begehrte Ziele des deutschen, hermesverbürgten Exports. Ein anderer Markt, der ohne Bundesbürgschaft kaum hätte erschlossen werden können, war Algerien in den 70er Jahren. Auch für das Eindringen in den sowjetischen Markt in den 70er

Jahren spielten die staatlichen Bürgschaften eine wichtige Rolle (v.a. im Bereich Werkzeugmaschinen und LKW-Fabriken).

Angesichts der jüngsten Asienkrise und den Veränderungen der Weltkapitalmärkte sehen deutsche Wirtschaftsmanager auch neue Aufgabenbereiche für die Exportkreditversicherungen: "Heute geht es bei Hermes nicht mehr nur um die einfache Exportförderung und die Schaffung von Investitionsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen. Gerade die letzten beiden Jahre haben gezeigt, wie wichtig die Aufrechterhaltung von Handelsströmen auch in Krisenzeiten für die Stabilität der Weltfinanzierungssysteme ist", so schreibt Caspar von Hauenschild von der Bayrischen Hypo- und Vereinsbank AG in der Hermes-Festschrift.

Auch andere Staaten besitzen Möglichkeiten der staatlichen Exportförderung. Auf europäischer Ebene diskutieren die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EU) einen Vorschlag der EU-Kommission zur Harmonisierung der Exportkreditversicherungen. Innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem Zusammenschluss von 29 Industriestaaten, gibt es Bemühungen, die Leitlinien für die finanziellen Konditionen von Exportversicherungen und -krediten, wie die Höhe der Zinssätze oder die Laufzeiten, zu vereinheitlichen. Diskussionen über Vergabekriterien, die die Forderungen nach mehr Transparenz, entwicklungspolitische, ökologische Aspekte oder Menschenrechtsfragen berücksichtigen, gibt es kaum. Das Thema Rüstungsexport ist sogar ausdrücklich aus den Verhandlungen ausgenommen.

Nur von den USA gab es in den vergangenen Jahren einige Vorstöße, verbindliche Umweltstandards für Export-Bürgschaften einzuführen. Hintergrund ist, dass die US-amerikanischen Exportkreditversicherungen als einzige in der OECD zur Durchführung von "Umweltverträglichkeitsprüfungen" gesetzlich verpflichtet sind und deshalb einen Wettbewerbsnachteil befürchten.

In den Chefetagen deutscher Unternehmen, Banken und Versicherungen möchte man von neuen Standards nichts wissen. Nicht nur die Privatwirtschaft, auch die Bundesregierung - die alte ähnlich wie die neue - hat immer wieder die konkrete Aufforderung, Umweltstandards für Exportkreditversicherungen einzuführen, blockiert.

Die Kampagne dagegen möchte die Hermes-Bürgschaften reformieren und neue Standards einführen. Allerdings weist die Kampagne einige Tücken auf, die hier kurz abgesteckt werden sollen.

So sei eine Abschaffung der Hermes-Bürgschaften derzeit völlig unrealistisch und nicht alle Exporte, die mit Hilfe der Hermes-Bürgschaft zu Stande kommen, seien unsinnig und unökologisch, argumentiert die Kampagne.

Mehr Transparenz bei der Vergabe

Zwar besteht der Gewinn einer Reform darin, dass besonders schädliche Exporte gar nicht mehr zu Stande kommen würden. Für die betroffene Bevölkerung in den Empfängerländern wäre dies ein spürbarer Fortschritt, für den sie auch oft genug vor Ort kämpfen.

Doch die Kampagne unterstützt mit ihrer Argumentation indirekt das alte Märchen, dass Investitionen in hochverschuldeten Ländern automatisch der dortigen Bevölkerung zugute kämen. Waffengeschäfte und Atomkraftwerke sind igitt - Investitionen im Bereich Straßenbau, Textil- oder Nahrungsmittelindustrie aber oho! Keine Rede von Weltmarktklitschen im Trikont, von den weiter wachsenden Auslandsschulden des Südens und den Machtverhältnissen auf dem Weltmarkt.

Auch die Frage der internationalen Standards ist problematisch. Sie kann hier jedoch nur angerissen und das Konfliktfeld aufgezeigt werden. Wegen den international gesehen strengsten Umwelt- und Sozialstandards der US-Regierung und der Weltbank (2) stehen diese bei WEED, die die Kampagne anführt, hoch im Kurs. An diesen Standards könne sich auch die Bundesregierung orientieren, meint WEED. Die Organisation lobt auch die in den USA übliche Einbeziehung von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in die Vorfeldberatungen von Großprojekten. Sollten diese Zustände eines Tages auch in Deutschland durchgesetzt werden, könnte auf die Organisationen der Kampagne bald eine neue Aufgabe zukommen: Sie könnten die Ökoberater für die deutsche Exportindustrie spielen und sich die Interessen der Investoren zu ihren eigenen Problemen machen.

Derzeit entwickeln nur die Gremien des Nordens wie die OECD oder die Weltbank soziale und ökologische Standards. Die Anwendung dieser so genannten internationalen Standards führt schnell zu dem Vorwurf des Öko-Imperialismus, den Regierungen des Südens oft an die Länders des Nordens richten. Die Forderung, dass Länder des Südens selbst entscheiden können, welchen Entwicklungsweg sie einschlagen wollen, ist in entwicklungspolitischen Kreisen, die Ethnozentrismus kritisieren, eigentlich schon lange Leitgedanke ihrer Politik. Zwar sind die Interessen innerhalb der Trikontstaaten nie homogen; Süd-NGOs verlangen bestimmte ökologische Standards und bekämpfen die Pläne ihrer Regierung - zum Beispiel das Maheshwar-Staudamm-Projekt in Indien. Dieser Kampf sollte auch von Nord-NGOs unterstützt werden. Die Kampagne fordert jedoch darüber hinaus, dass NGOs eine feste Instanz bei Regierungsentscheidungen bilden sollen. Hier stößt die Forderung der Kampagne, NGOs in den Entscheidungsprozess für Exportgarantien miteinzubeziehen, an grundsätzliche Probleme, die sich um die demokratische Legitimierung der NGOs drehen. Wann würde sich beispielsweise eine NGO für eine offizielle Teilnahme an Regierungsentscheidungen qualifizieren und wer würde darüber entscheiden? Inwiefern bedeutet eine solche Entscheidung eine Einmischung des Nordens in die inneren Angelegenheiten eines Trikontstaates? Dieses komplizierte Spannungsverhältnis, bei dem es keine einfachen Antworten geben kann, bleibt bei der Kampagnen-Argumentation unterbelichtet. Wie sollen beispielsweise deutsche Beamte bei der Bearbeitung eines Hermes-Antrages die Berechtigung der Anliegen der Süd-NGOs und deren demokratische Legitimierung bewerten? Was ist, wenn sich diese NGOs gar kein Gehör gegenüber ausländischen Gruppen verschaffen können oder wenn - wie das Beispiel Ilisu-Staudamm zeigt - Proteste von der Regierung unterdrückt werden? Sollen die Nord- oder die Süd-NGOs in die Entscheidungen miteinbezogen werden?

Tragisch ist allerdings weniger, dass Fragen offen bleiben, sondern dass einige verkürzte Argumentationen in die Öffentlichkeit transportiert werden. Zwar ist es das Verdienst der Kampagne, das komplexe Thema Hermes-Bürgschaften wieder in die öffentliche Diskussion bringen zu wollen. Damit hat sie sich eine schwierige Aufgabe gesetzt, denn selbst politisch interessierte Menschen lassen sich mit diesem Thema kaum hinter dem Ofen hervorlocken. Die Forderungen der Kampagne sind allerdings wie so oft einer Realpolitik verpflichtet, die zwar konkrete Schritte aufzeigen kann, die aber gleichzeitig ihren eigenen Argumentationsspielraum beschneidet. Bei der Argumentation der Kampagne bleiben die prinzipiell unökologischen und unsozialen Strukturen von Welthandel, Direktinvestitionen und Produktion unangetastet. Und es entsteht der Eindruck, Armut in Trikontstaaten könne durch bessere Exporte verringert werden.

as

Anmerkungen:

1) Das Bündnis reicht von der Deutschen Stiftung für Weltbevölkerung, Brot für die Welt, Misereor, BUND über zahlreiche Dritte-Welt-Gruppen bis zu Urgewald, BUKO-Agrarkoordination und medico international. Federführend ist die Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V. (WEED).

2) Jährlich exportiert die BRD Waren im Wert von rund 700 Mrd. DM. Davon gehen über 100 Mrd. in Trikontstaaten. Exporte in Höhe von 35 Mrd. DM werden mit den Hermes-Bürgschaften staatlich gefördert. Damit ist das Volumen der Hermes-verbürgten Exporte in den Trikont etwa doppelt so groß wie die Entwicklungshilfe. (WEED-Kampagnenaufruf)

3) Dieser hohe Standard scheint die Weltbank jedoch nicht davon abzuhalten, auch weiterhin unökologische Projekte zu forcieren - beispielsweise das Erdölprojekt Tschad/Kamerun.

Der Ilisu-Staudamm in der Türkei

Laut WEED planen deutschen Firmen, elektromechanisches Gerät für den umstrittenen Staudamm, der den Fluss Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und dem Irak aufstauen soll, zu liefern. Dafür haben sie Bürgschaften beantragt, über deren Genehmigung demnächst der Interministerielle Ausschuss (IMA) entscheiden wird. Dort ist das Wirtschafts-, Finanz- und Außenministerium sowie das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vertreten. Auch wenn das BMZ bislang die Unterstützung des Ilisu-Staudammes ablehnt, so rechnet die Kampagne dennoch mit einer Genehmigung der Bürgschaft. Das Außenministerium wird voraussichtlich dem Antrag zustimmen. "Wir können nicht zu allem Nein sagen", so ein hoher Mitarbeiter von Joseph Fischer (Spiegel 51/1999).

Neben der ökologischen Verwüstung und der Vertreibung von Menschen aus ihren Dörfern ist der Staudamm für die türkische Regierung ein wichtiges machtpolitisches Instrument gegenüber den arabischen Nachbarstaaten und der kurdischen Bevölkerung. Der Ilisu-Staudamm ist ein Baustein des "Güney Anadolu Projesi" (GAP), das zahlreiche Staudämme an Euphrat und Tigris zur Bewässerung und Energiegewinnung umfasst. Die Türkei kann den Weiterfluss des Tigris nach Syrien und in den Irak für mehrere Monate unterbrechen und hat damit ein wichtiges Erpressungsmittel in der Hand: Während des Golfkrieges 1991 reduzierte die türkische Regierung den Wasserzufluss zum Irak, und wiederholt hatte sie Syrien mit dem Stauen des Wassers gedroht, da Syrien der PKK Zuflucht gewährt hat. as

15. Intellektuelle Architekten der neuen Weltordnung. Zur Debatte um Global Governance

Autor: Ulrich Brand · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:13

Derzeit ist viel von internationaler Architektur die Rede. Der deutsche Kanzler Schröder bekannte sich unlängst zu einer "internationalen Finanzarchitektur". In der Folge des NATO-Krieges gegen Jugoslawien machte eine notwendige "internationale Sicherheitsarchitektur" die Runde; sozialdemokratische Vordenker sprechen von einer "Global Governance-Architektur". Die aktuellen Strukturveränderungen des Kapitalismus generieren Krisen, die es auch den herrschenden politischen und ökonomischen Akteuren unheimlich werden lassen: Die Krise des Europäischen Währungssystems 1992, die Peso-Krise in Mexiko Ende 1994 oder die Asien- und Russlandkrisen der letzten Jahre sind dafür deutliche ökonomische Indikatoren. Aber auch Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Drogenhandel oder Migration sind Krisen, die bearbeitet werden müssen. Die Frage ist nur wie und durch wen.

Wie nun also mit der offensichtlichen Krisenhaftigkeit der neoliberalen Globalisierung umgehen? Während in den Metropolen den Prozess insgesamt theoretisch und praktisch in Frage zu stellende kritische und emanzipatorische Vorstellungen kaum existieren, formieren sich auf sozialdemokratischer Seite die Kritiker eines "ungezügelten globalen Kapitalismus". Diese erhalten sogar Unterstützung von Liberalen wie Georg Soros, der seit 1998 auch für eine stärkere politische Rahmensetzung plädiert. Das Stichwort lautet Re-Regulierung der Weltwirtschaft. Unter dem Label Global Governance sollen notwendige politische Veränderungen angezeigt werden, um Krisen zu begegnen.

Die UN-Commission on Global Governance popularisierte 1994 mit ihrem Bericht "Our Global Neighbourhood" (deutsch: Nachbarn in einer Welt, 1995) den Begriff. Governance "ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen und öffentliche wie private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse und unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden", wie es in der deutschen Fassung "Nachbarn in einer Welt" heißt. Im Kern geht es um effizientere und kooperative Politik angesichts der gegenwärtigen Strukturveränderungen des Kapitalismus. Allerdings ist der Begriff Global Governance keineswegs einheitlich definiert, sondern ist Gegenstand heftiger Definitionskämpfe.

Die beiden Protagonisten im deutschsprachigen Raum sind Franz Nuscheler und Dirk Messner vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), einem der wichtigsten sozialdemokratischen Ideenschmieden für internationale Politik. Ausgehend von der sich transformierenden Staatlichkeit und zunehmender globaler Interdependenzen geht es ihnen um den Aufbau einer "Global Governance-Architektur", um die Steuerungsfähigkeit des Staates zu stärken.

Die Stärke des Begriffs liegt in der Bezugnahme auf einige offensichtliche Entwicklungen. An prominenter Stelle ist die tief greifende Veränderung von Staatlichkeit zu nennen. Demzufolge ist nicht mehr der hierarchische und zentralistische Wohlfahrts- oder fordistische Sicherheitsstaat das Zentrum von Politik, sondern die Ausdifferenzierung von staatlichem Handeln auf verschiedene räumliche Ebenen; neben der nationalen, die lokale und die internationale. Zum anderen nehmen Politikmodelle zu, in denen staatliche Apparate zunehmend in Kooperation mit anderen Akteuren, vor allem privatwirtschaftlichen, agieren. Dies ist nicht grundsätzlich neu, erreicht aber heute eine neue Qualität. Der Begriff des "Verhandlungsstaates" (E.H. Ritter) versucht diesen Prozess zu fassen. Konsens ist in allen Beiträgen, dass der Nationalstaat (verstanden als Handlungsebene wie auch als Institutionensystem) nicht gänzlich an Bedeutung verliert, sondern trotz aller Veränderungen zentral bleibt. Im Gegensatz zur Debatte um eine internationale Zivilgesellschaft blicken die dominanten Konzepte von Global Governance stärker auf die Steuerungsfähigkeit des Nationalstaates bzw. auf die Veränderung von Staatlichkeit insgesamt.

Kritiken an den bislang dominierenden Vorstellungen von Global Governance werden derzeit aus verschiedenen Perspektiven formuliert. Auf der einen Seite halten neoliberale Marktapologeten natürlich gar

nichts von dieser neuen Form des - aus ihrer Sicht - staatlichen Dirigismus. Die vernehmlichste Kritik wird aus kapitalismuskritischer und feministischer Perspektive geäußert.

Feministische Positionen kritisieren die Blindheit der dominanten Beiträge zur Global Governance-Debatte gegenüber geschlechtsspezifischen Ungleichheitsverhältnissen und Problemen. In der Tat spielen weder im Bericht der Kommission noch in den INEF-Vorstellungen die patriarchalen Strukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften eine Rolle. Die feministischen Beiträge, die sich auf den Global Governance-Begriff beziehen, versuchen dennoch an ihn anzuschließen. Insbesondere die internationale Frauenbewegung wird in den feministischen Beiträgen als Akteurin identifiziert, die schon längst und erfolgreich - und ohne notwendig auf den Begriff zu rekurrieren - Formen von Global Governance praktiziere.

In der kapitalismuskritischen Debatte wird bislang vor allem Kritik an der Debatte selbst geäußert: Die Verkürzungen der dominanten Debatte bestehen erstens in einer völlig unzureichenden Problemanalyse. Sie gehe von bestehenden Problemen aus, ohne nach der - materialen wie symbolischen - Konstitution der Probleme zu fragen. Um wessen Probleme es sich handelt, sozusagen die Definitionsmacht darüber, spielt dann keine Rolle. Die Protagonisten gehen vom "Megatrend" der Globalisierung aus, der eben gewisse Probleme mit sich bringe, die der Bearbeitung bedürften. Zweitens wird die (sozialdemokratische) Annahme hinterfragt, dass es grundsätzlich zu vereinbarende Interessen gäbe, Konflikte also grundsätzlich zur Zufriedenheit aller Beteiligten lösbar seien. Dem entspricht drittens eine weitgehende Ausblendung von Macht- und Herrschaftsaspekten bzw. der herrschaftsförmigen Gesellschaftstransformation im Rahmen neoliberaler Globalisierung. Vielmehr dominieren viertens technokratische und steuerungsoptimistische Annahmen zum Umgang oder gar zur Lösung von "Weltproblemen". Die Wiedererlangung einer veränderten staatlichen Steuerungsfähigkeit ist der Fluchtpunkt der Politikvorstellungen. Fragen einer demokratischen Gestaltung der (welt-)gesellschaftlichen Verhältnisse treten demgegenüber in den Hintergrund.

Die Protagonisten der Global Governance-Debatte unterschlagen damit einen zentralen Aspekt der Veränderung des Staates und des internationalen Staatensystems oder knüpfen affirmativ an ihn an. Staaten heute sind nämlich zuvorderst "nationale Wettbewerbsstaaten" (J. Hirsch), deren zentrale Aufgabe die Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist. Dann ist aber fraglich, ob nationalstaatliche Akteure oder quasi-staatliche Akteure auf internationaler Ebene überhaupt gegen den Globalisierungsprozess bzw. seine negativen Konsequenzen in Anschlag gebracht werden können. Dort wo heute internationale (politische) Kooperation stattfindet, trägt sie eher zur Absicherung der neoliberalen Globalisierung bei (etwa in der WTO) und weicht keinesfalls die asymmetrischen Interessen und Machtverhältnisse auf. In den Beiträgen zur Global Governance-Debatte wird dieser Aspekt schlicht unterschlagen oder zu wenig ernst genommen. Das neoliberale Verhältnis von Politik und Ökonomie ist dann genauso wenig ein Problem wie der neoliberale Wettbewerbsimperativ. Eine solche Position ermöglicht dann auch, zu hochrangigen Politik- und Wirtschaftsberatern zu avancieren.

Sowohl die feministischen wie auch die kapitalismuskritischen Positionen kritisieren an den dominanten Vorstellungen, dass sie vor allem von Intellektuellen in den kapitalistischen Metropolen formuliert werden und einen affirmativen Bezug zu dem bestehenden Nord-Süd-Verhältnisse haben. Der wachsenden Ungleichheit zwischen den verschiedenen Weltregionen soll den Protagonisten zufolge mit Wirtschaftswachstum weltweit, Umverteilung und Hilfe begegnet werden. Zu einer Infragestellung des Nord-Süd-Verhältnisses kommt es nicht.

Zwei weitere politisch wie theoretisch kontroverse Aspekte lassen sich, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, für eine kritische Debatte herausdestillieren.

a) Es bleibt unklar, ob und wie progressive politische Positionen an den Global Governance-Begriff anknüpfen sollen. Wird selbst mit der kritischen Bezugnahme auf den Begriff nicht schon eine Problemperspektive eingenommen, nämlich die notwendiger internationaler Regulierungen, die eventuell an den Problemen vieler Menschen vorbeigehen? Wer hat denn "globale Probleme", wer definiert Krisen, wer Vorstellungen von Ordnung? Symptomatisch ist daher die Ausblendung von alternativen Akteuren und Grassroots-Initiativen aus dem Global Governance-Diskurs. Eine andere Position sieht durchaus globale Probleme, die einer umfassenden Regulierung bedürfen und wozu ein anders gefüllter Global Governance-Begriff durchaus tauge.

b) Damit eng verbunden ist die Abgrenzung zur herrschenden Debatte, die ja gesamtgesellschaftlich keineswegs herrschend ist. Die einen sehen in Nuscheler, Messner u.a. eher "Verbündete", um etwas gegen die neoliberale Politik zu setzen und Räume zu öffnen, weswegen die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Ansätze herausgearbeitet werden sollten. Andere fordern eine klare analytische Abgrenzung gegen die wachsweichen Konzepte der dominanten sozialdemokratischen Variante und erhoffen sich, über eine scharfe Kritik politische Spielräume gegen sozialdemokratische Vorstellungen zu erlangen (was natürlich nicht heißt, politische Bündnisse auszuschließen).

Die Debatte um Globale Governance hat gerade begonnen. Meine vorläufige Einschätzung ist, dass es wie in der Diskussion um "nachhaltige Entwicklung" oder "Zivilgesellschaft" zu Beginn eine breite und hitzige Debatte geben wird - mit allen Überspitzungen und Abgrenzungszwängen -, die sich dann mit zunehmender Konkretisierung "beruhigt". Übrig bleiben zwar keine Begriffsschärfung, aber inhaltliche Klärungen - und das ist nicht zu unterschätzen. Insofern handelt es sich um "Containerbegriffe", denn mit der Aneignung durch dominante Akteure und der Gerinnung hegemonialer Diskurse wird deutlich, was für den Container zugelassen ist und was nicht - grundlegend kritische Positionen meist nicht. Das lehrt die Diskussion um nachhaltige Entwicklung, denn der Begriff ist heute jeglichen kritischen Potenzials beraubt und ein Synonym dafür, dass die kapitalistische Restrukturierung die "ökologische Frage" kompatibel mit den herrschenden Verhältnissen effektiv bearbeitet: Mit nicht weiter hinterfragten dramatischen Situationsbeschreibungen (außer in Sonntagsreden), mit technologischer Effizienz (oder gar "Effizienzrevolutionen"), institutionellen Innovationen und einem weitgehend akzeptierten Nord-Süd-Verhältnis. Dem Global Governance-Begriff wird ähnliches passieren: Von einer UNO-Kommission in eine Fachöffentlichkeit getragen, von Intellektuellen in metropolitanen Ländern in "Masterpläne" gegossen und gleichzeitig zu einer Form schwacher Kritik geworden. Jetzt springen auch diejenigen auf, die wesentlich dafür verantwortlich sind, dass es überhaupt derartige Probleme zu bearbeiten gilt. Der Begriff diffundiert aber auch in andere Weltregionen, staatliche Akteure im Süden müssen aufspringen, um wahrgenommen zu werden und um Gelder zu erhalten. Begriffe und Konzepte werden globalisiert. Aber gerade deshalb sollte das Debattenfeld nicht verlassen werden.

Ulrich Brand

Bei dem Artikel handelt es sich um die gekürzte und leicht veränderte Fassung, die in der Schweizer Zeitschrift "Widerspruch" (Dezember 1999) erschien.

Literatur:

Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster (I.E.)

Brunnengräber, Achim/Stock,Christian (1999): Global Governance: Ein neues Jahrhundertprojekt? In: Prokla, Nr. 116, S. 445-468.

Commission on Global Governance/Kommission für Weltordnungspolitik (1995): Nachbarn in einer Welt. Bonn

Gruppe von Lissabon (1997): Grenzen des Wettbewerbs. Neuwied

Holland-Cunz, Barbara/Ruppert, Uta (Hg., 1999): Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungserfahrungen im internationalen Kontext. Opladen

Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini (Hg., 1998): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Perspektiven. Bonn

Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1996): Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Policy Paper 2 der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn

Messner, Dirk (Hg., 1998): Die Zukunft des Staates und der Politik. Bonn

Ruf, Anja (1996): Transformation statt Global Governance. Frauennetzwerke fordern das Konzept "Global Governance" heraus, In: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 23/24; Dezember, S. 38-42.

Wichterich, Christa (1998a): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Reinbek

16. Erklärung zu den Verhaftungen von Axel H., Harald G., Sabine E.

Autor: Berliner Bündnis für Freilassung · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:08

Erklärung zur Verhaftung von

Axel H., Harald G. und Sabine E.

Berliner Bündnis für Freilassung

Mittlerweile läuft die Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit für die drei Inhaftierten an, die am 19. Dezember in Berlin und Frankfurt a.M. wegen angeblicher RZ-Mitgliedschaft verhaftet wurden. Im folgenden dokumentieren wir einen Auszug aus einer ersten Erklärung des Berliner Bündnisses für Freilassung, das sich in der Stadt zusammengefunden hat, um eine Kampagne für die Freilassung von Axel H., Harald G. und Sabine E. auf die Beine zu stellen. Eine vollständige Fassung der Erklärung, ebenso wie weiter aktuelle Informationen sind unter www.freilassung.de zu finden.

Zur Verhaftung von Axel H., Harald G. und Sabine E., zur Abschiebung von Frank L. und Alisia L. und zur Erstürmung des MehringHofes

Am Sonntag, 19. Dezember 1999, stürmten um 6.00 Uhr schwer bewaffnete Spezialeinheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz die Privatwohnungen von Axel H. und Harald G. in Berlin. Anschließend wurden sie nach Karlsruhe gebracht, wo ihnen am 20.12.1999 Haftbefehle verkündet wurden. Im selben Zusammenhang erfolgte in Frankfurt a.M. die Verhaftung von Sabine E.

Zeitgleich wurde die Umgebung des MehringHofes in Berlin-Kreuzberg - der Arbeitsstelle von Axel und Harald - von ca. 1.000 PolizeibeamtInnen umstellt. BeamtInnen verschiedener Bundesländer und Bundesgrenzschutz samt Spezialeinheiten durchsuchten mit Schnüffelhunden den MehringHof nach einem Sprengstoff- und Waffendepot, das sich dort befinden sollte. Hohlräume wurden aufgestemmt, Türen aufgebrochen, bis spät in den Abend hinein wurden alle Räume durchsucht - gefunden wurde nichts.

Festgenommen wurden bei der Durchsuchung Frank L. und Alicia L., zwei Flüchtlinge, die sich gegen Ende einer Fete noch am Morgen im MehringHof aufgehalten haben. Sie wurden in Abschiebehaft genommen und sind mittlerweile nach Weißrussland und Bolivien abgeschoben.

Die Verhaftungen und Durchsuchungen werden von der Bundesanwaltschaft damit begründet, dass Tarek Mousli - der wenige Wochen vorher von der Bundesanwaltschaft (BAW) wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) verhaftet worden war - Axel H., Harald G. und Sabine E. mit Aussagen belastet habe.

Axel H. soll danach Mitglied der RZ sein und ein Sprengstoff- und Waffendepot im MehringHof "betreut" haben. Harald G. und Sabine E. sollen gleichfalls Mitglieder der RZ bzw. der Roten Zora sein und an einem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin im Februar 1987 beteiligt gewesen sein.

Tarek Mousli soll weiter behauptet haben, dass Harald G. und Sabine E. bei den Schüssen auf die Beine des damaligen Vorsitzenden Richters des Bundesverwaltungsgerichts Günter Korbmacher im Jahre 1987 beteiligt gewesen seien. Außerdem soll Sabine im Jahre 1986 einen Anschlag auf den einstigen Leiter der Berliner Ausländerbehörde Harald Hollenberg mitgewirkt haben - strafrechtlich sind letztere Vorwürfe nach Angaben der BAW verjährt.

Harald hat 1994 die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) mit begründet. Die FFM ist vor allem durch ihre kritische Recherche und durch ihre Publikationen zu den Auswirkungen der Festung Europa auf Flüchtlinge in den Grenzregionen sowie in den mittel- und osteuropäischen Ländern bekannt geworden. In den mittlerweile fünf Jahren FFM hatte Harald entscheidenden Anteil an der Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit. So hat er die Dokumentationsstelle "Menschenrechtsverletzungen an der Grenze" mit aufgebaut. Er hat den Versuch der staatlich erzwungenen Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen in die Ausgrenzung von

Flüchtungen und MigrantInnen anhand der Verurteilungen von TaxifahrerInnen an den östlichen Grenzen Deutschlands recherchiert und öffentlich gemacht. Zuletzt beteiligte er sich an der Beobachtung eines Prozesses in Cottbus. Dort stehen junge Nazis vor Gericht, die im Februar 1999 einen algerischen Flüchtling in Guben in den Tod gehetzt hatten. Die Verhaftung von Harald reißt nicht nur eine große Lücke in die ohnehin personell schwierige Situation der FFM, sondern auch in die flüchtlingsunterstützenden Netze wie den Flüchtlingsrat Brandenburg, dem Harald ebenfalls angehört. Eines seiner künftigen, von ihm bereits mit vorbereiteten Projekte ist die Mitarbeit am "Internationalen Menschenrechtsteam an der Grenze"; damit soll die kritische Beobachtung der polizeilichen Fahndungs- und Behandlungspraxis gegenüber Flüchtlingen an der östlichen Schengener Außengrenze zum regulären Aufgabenfeld international anerkannter Menschenrechtsgruppen werden.

Axel ist mit dem MehringHof seit seinem Bestehen eng verbunden. Bevor er die Stelle als Hausmeister antrat, war er Mitglied des Kneipenkollektivs Spectrum, das er seinerzeit mit gründete. Das legendäre "Specci" war eine der ersten kollektiv geführten Berliner Szenekneipen und zog 1980 mit den ersten Projekten in den MehringHof ein. Das Spectrum war ein Ort, wo regelmäßig Solidaritätskonzerte, -feten und politische Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen stattfanden, die die Linke in den 80er Jahren bewegten. Nach Auflösung des Kollektivs wurde der Gewinn in ein Schulbauprojekt in Nicaragua gesteckt und in eine Seifenmanufaktur für salvadorianische Flüchtlingsfrauen. Gegen Ende der 80er Jahre hatte Axel an der Errichtung eines kommunalen Radios im Süden Nicaraguas mitgewirkt. Bis zu seiner Verhaftung war er in dem Initiativkreis gegen den Schlussstrich aktiv, der sich in Berlin im Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal für die ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden gebildet hatte. Der Initiativkreis wendet sich dagegen, dass mit dem Holocaust-Mahnmal ein historischer Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen wird und es als Symbol einer abgeschlossenen Geschichte funktionalisiert wird. Axel, wie viele andere von uns, gehört jener Generation an, für deren Politisierung die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ausschlaggebend gewesen ist.

Bei der Erstürmung des MehringHofes nahmen die strafverfolgenden Behörden gezielt in Kauf, dass durch die Durchsuchung wieder einmal das politische und kulturelle Projekt MehringHof, das über 30 Gruppen, Initiativen und Gewerbebetriebe unter seinem Dach vereint und über 120 Menschen einen Arbeitsplatz bietet, zum Vorführ-Objekt verschiedener JournalistInnen und PolitikerInnen wurde. Die zwanzigjährige Geschichte des MehringHofes steht für eine unabhängige, unbequeme und vielfältige Kultur des Protestes und für ein Engagement für eine gerechte Gesellschaft. Neben gewerblichen Einrichtungen wie Verlagen, einer Druckerei, einem Fahrradladen und einem linken Buchladen finden hier unterschiedliche soziale, kulturelle und politische Initiativen Platz. In der letzten Zeit hat der gesamte MehringHof eine übergreifenden Initiative für "Flüchtlinge ohne Papiere" beschlossen. So entschieden sich anlässlich des 20-jährigen Jubiläums alle MieterInnen für die praktische Solidarität mit Flüchtlingen, MigrantInnen und Illegalisierten durch die Übernahme einer Patenschaft.

Zum Sonder-Beweismittel des Bundeskriminalamts und der Bundesanwaltschaft: "Kronzeuge" Tarek Mousli

Die Durchsuchung des MehringHofs und die Haftbefehle beruhen - nach Angaben der Ermittlungsbehörden - ausschließlich auf den Anschuldigungen des "Kronzeugen" Tarek Mousli. Der Vorwurf, dass im MehringHof Sprengstoff und Waffen gelagert wären, wurde bereits zu Beginn der Polizeiaktion zu einem Schlag ins Wasser: im MehringHof wurde nichts davon gefunden. Tarek Mousli hat sich offensichtlich als "Kronzeuge" den Ermittlungsbehörden angedient, belastet sich selbst und hofft nun darauf, durch Angaben, die andere belasten, ungeschoren davon zu kommen.

Diesen Rollenwandel im laufenden Ermittlungsverfahren versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) mit Hilfe der am 31.12.1999 ausgelaufenen Kronzeugenregelung durchzusetzen. Die Mehrheit der Richter- und Anwaltschaft bezeichnet den Rollenwandel vom potenziellen Angeklagten zum Zeugen der Anklage wie insgesamt die Kronzeugenregelung als Verstoß gegen ein fundamentales strafprozessuales Prinzip. Kronzeugen werden von den Ermittlungsbehörden bei so genanntem Ermittlungsnotstand aufgebaut, das heißt in Situationen, in denen es keine Beweismittel gibt. Die strafverfolgenden Behörden verhören den Kronzeugen während der Ermittlungen und Strafprozesse weiter und können sie, die sich auf das Versprechen des Straferlasses und des späteren Zeugenschutzprogramms eingelassen haben und sich in absoluter Abhängigkeit von ihren Verhörern befinden, je nach Opportunität auf neue Fährten setzen. Damit ist der

Manipulation der Ermittlungsverfahren und der Strafprozesse durch BKA, BAW und andere Behörden Tür und Tor geöffnet. Sie verschaffen sich damit ein von ihnen selbst kontrolliertes Instrument der Beweisproduktion.

In der Praxis hat dieses Sonder-Beweismittel mehrfach dazu geführt, dass die Kronzeugen in den Strafverfahren angesichts ihrer sinkenden Glaubwürdigkeit immer absurdere Beschuldigungen vorbrachten. Denn sie klammern sich in ihrer Angst, den Erwartungen der Justiz nicht entsprechen zu können, an das Versprechen, dass der Strafnachlass um so höher ausfallen wird, je gravierender die Taten sind, von denen Kronzeugen angeblich sprechen können.

Die Partei der Grünen, die im Vorwahlkampf zu den letzten Bundestagswahlen die ersatzlose Streichung nicht nur der Kronzeugenregelung, sondern auch des Paragrafen 129 a und aller anderen politischen Sondergesetze der 70er Jahre beantragte, schrieb am 11.12.1997 zur Kronzeugenregelung: "Sie provoziert zum einen Falschaussagen und eröffnet die Möglichkeit der Einflussnahme durch die Ermittlungsbehörden auf den Zeugen. Dies wird eindrücklich durch den Fall Nonne belegt, der im Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an Alfred Herrhausen steht. Nonne widerrief seine bereits zuvor gestandene Beteiligung an dem Anschlag und seine Angaben über den Tathergang und die Tatbeteiligten. Seine Falschaussagen seien unter Druck der Ermittlungsbehörden mit Geldzusagen veranlasst worden."

Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Axel H., Harald G. und Sabine E. und protestieren gegen die Abschiebung von Frank L. und Alicia L.!

In einer Zeit,

- in der jährlich Zehntausende von Menschen an den Außengrenzen Europas verhaftet, drangsaliert und zurückgeschoben werden,

- in der auf Grund der EU-Abschottungspolitik Tausende ums Leben kommen,

- in der die rechte und rechtsextreme Mobilisierung politisch wie kulturell einen für das Europa der Nachkriegszeit noch nie da gewesenen Aufschwung erfahren hat,

- in der sich die rassistische Stigmatisierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zugespitzt hat,

- in der Menschen anderer Hautfarbe die berechtigte Angst haben, jederzeit Opfer eines rassistischen Angriffs zu werden,

- in der alleine aus Deutschland jährlich über 30.000 Menschen per Flugzeug abgeschoben werden,

- in der antisemitische Überfälle, Anschläge auf jüdische Friedhöfe, die Schändung von Gedenkstätten erschreckend zunehmen,

- in der die Bundesregierung den ersten Angriffskrieg nach 1945 gegen Jugoslawien mit Auschwitz rechtfertigt,

- in der sich eine unwürdige und schäbige Verhandlungstaktik von Seiten der beteiligten Firmen über die Entschädigung für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hinzieht, brauchen wir vielfältige Politikformen, die diesen Entwicklungen gegensteuern und sie aufhalten.

17. Nach 64 Tagen Hungerstreik erfolgreich beendet. Staatsschutzjustiz lenkt gegenüber Gefangenem aus der DHKP-C ein (Interview)

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:10

Der in Hamburg inhaftierte Ilhan Yelkuvan hatte den Hungerstreik am 30.11.99, einen Tag vor seiner Verurteilung zu einer lebenslangen Haftstrafe, begonnen. Im Laufe des Dezember solidarisierten sich weitere Gefangene mit ihm, die überwiegend auch der Revolutionären Volksbefreiungspartei - Front (DHKP-C) angehörten. Am 5.12.99 schloss sich Ali Ekti in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hamburg-Fuhlsbüttel dem Hungerstreik an. Am 7.12.99 folgte Erdogan Cakir in der JVA Aachen und am 16.12.99 Inan Altun und Akin Aksoy in der JVA Frankfurt am Main. Am 19.12.99 beteiligte sich mit dem in Hamburg einsitzenden Nihat Durmus erstmals auch ein wegen Zugehörigkeit zur PKK Angeklagter an der Aktion.

Am 27.12.99 begann auch der in der JVA Tegel Einsitzende Ihsan Ersoy mit einem Hungerstreik. Mesut Demirel, dem zur Zeit in Hamburg der Prozess gemacht wird, hat sich wegen seines schlechten Gesundheitszustandes an einem befristeten Hungerstreik vom 8.12.-18.12.99 beteiligt. Die Aktion hatte durch die Beteiligung von Gefangenen in Frankreich, Belgien und der Türkei eine internationale Dimension erhalten.

Am 31. Januar ging Ilhan Yelkuan auf ein Angebot des 3. Strafsenats des Oberlandesgerichts Hamburg ein, dass ihm die Überstellung in den Normalvollzug in Aussicht stellt. Nach der Genesung von den Folgen des Hungerstreiks soll Yelkuan in die JVA Hamburg-Vierlanden verlegt werden, wo er mit türkisch sprechenden Mitgefangenen zum Einkauf, Hofgang und bei Gemeinschaftsveranstaltungen zusammen kommen könnte.

Über die Hintergründe des Hungerstreiks sprachen wir mit dem Bremer Rechtsanwalt Horst-Eberhardt Schultz, dem Verteidiger von Ilhan Yelkuvan.

Was waren die Ziele des Hungerstreiks?

Hintergrund dieses Hungerstreiks war die Behandlung meines Mandanten durch die Justiz während seines Verfahrens. Es handelte sich dabei um einen reinen Indizienprozess. Doch er war schon als Todesschütze vorverurteilt.

Unmittelbarer Anlass für die Aktion waren die Haftbedingungen. Diese unterschieden sich in den ersten 6 Monaten als Yelkuvan in die Zuständigkeit des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof (BGH) fiel, nicht von den Haftbedingungen anderer Gefangenen. Erst als Yelkuvan Anfang Januar 1999 aus dem Gefängnis Hamburg-Vierlanden verlegt wurde und in die Zuständigkeit des 4. Hamburger Strafsenats fiel, verschlechterten sich die Haftbedingungen rapide. Er wurde totalisoliert und durfte mit keinen anderen Gefangenen mehr zusammentreffen. Selbst die Teilnahme an Sportveranstaltungen wurde ihm verweigert. Interessant sind die wechselnden Begründungen der Justiz für diese Maßnahmen.

Zunächst wurde die Isolationshaft mit den §129a-Verfahren begründet. Als dieser Anklagepunkt fallen gelassen worden war, hieß es plötzlich, Yelkuvan müsse isoliert werden, weil er vor Gefangenen des gegnerischen Yagan-Flügels der DHKP-C geschützt werden müsse. Als es in dem Gefängnis keine Gefangenen des Yagan-Flügels mehr gab, wurde fortdauernde Isolation mit der Gefahr der Indoktrination anderer Gefangener und Agitation für die verbotene DHKP-C durch meinen Mandanten begründet. Das unmittelbare Ziel des Hungerstreiks war die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen.

Auf welcher Grundlage basierten die Sonderhaftbedingungen ihres Mandanten?

Die juristischen Maßnahmen basieren auf den in der Hochzeit der Terrorismusbekämpfung geschaffenen Sondergesetze. Damals wurden die gesamten gesetzlichen Instrumentarien von der Postzensur bis zur Isolationshaft geschaffen. Sie wurden zunächst gegen linken Widerstand in der BRD eingesetzt, später u.a. gegen die PKK und jetzt gegen DHKP-C-Mitglieder.

Sie haben in der Vergangenheit häufig wegen des Vorwurfs der PKK-Mitgliedschaft Angeklagte vertreten. Sehen Sie hier Parallelen zu den DHKP-C-Prozessen?

Ich sehe sehr wohl Parallelen zu den PKK-Verfahren. Wie die PKK soll nach dem Willen der Staatsschutzjustiz die DHKP-C mit den Mitteln des §129a kriminalisiert und zerschlagen werden. In der Öffentlichkeit wird es so dargestellt, als würde sie in Deutschland kriminelle Aktionen planen und durchführen. Wie bei der PKK wird auch bei der DHKP-C völlig ausgeblendet, dass es sich um eine linke revolutionäre Organisation handelt, die den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in der Türkei hat.

Interview: Peter Nowak

18. Leonard Peltiers heilsame Pfeile. Von indianischem Widerstand und dem Überleben in US-Knästen

Autor: as · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:40

Dies ist das dreiundzwanzigste Jahr meiner Gefangenschaft für ein Verbrechen, das ich nicht begangen habe", so beginnt Leonard Peltier, Aktivist des American Indian Movement (AIM) und politischer Gefangener der USA, seine Autobiografie. Sie ist ein persönliches Zeugnis, entstanden im Neonlicht der kalten Zellen verschiedener US-amerikanischer Gefängnisse; eine Mischung von Tagebucheinträgen, politischen Überlegungen und persönlichen Erinnerungen.

Peltier berichtet von dem indianischen Widerstand gegen den Ausverkauf ihrer Siedlungs- und Jagdgebiete an die US-amerikanische Regierung und an die Bergbaugesellschaften, die die reichen Uranvorkommen in den Reservaten ausbeuten. Er beschreibt, wie er als Indianer aufwuchs und wie er sich politisierte. Auch die Misshandlungen und Machenschaften der Regierung, des FBI und der weißen Bürgerwehr schildert er ausführlich. Am Rande korregiert er immer wieder mit schönen, eindringlichen Anekdoten hartnäckige Klischees. So klärt er die LeserInnen beispielsweise darüber auf, warum in den Vorgärten vieler indianischer Familien mehrere Autowracks stehen, weshalb diese Schrotthaufen eine Hilfe zum Überleben sind und darüber hinaus auch noch Poesie besitzen.

Wer von Peltiers Autobiografie allerdings eine tiefgehende Analyse des indianischen Widerstandes erwartet, wird enttäuscht werden. Auf die politischen Widersprüche und unterschiedlichen Interessen innerhalb des AIM geht Peltier nur mit Allgemeinplätzen ein und die Frage, wie sich die Zukunft der indianischen Gebiete in Nordamerika gestalten soll und was von den Regierungen der USA und Kanadas gefordert wird, streift er nur am Rande. Doch dies ist auch nicht Anliegen des Buches; vielmehr dokumentiert es Peltiers persönliches Er-Leben. Er will vor allem die LeserInnen berühren und sich in Erinnerung bringen. Zwischendurch finden sich einige Gedichte, die Peltier jedoch nicht als Gedichte verstanden wissen will. Für ihn sind es "bedeutungstragende und hoffentlich heilsame Pfeile, die ich von meinem Herzen zum Herzen der Leser sende. Ich hoffe, sie treffen ihr Ziel."

Seine Unschuld an der Tötung zweier FBI-Agenten im Oglala Camp 1975 hat Peltier schon so oft vor Gerichten und in öffentlichen Erklärungen beteuert, dass er sie in seinem Buch nicht wiederholen möchte. Wenn auch nicht so detailliert wie in dem dicken Wälzer von Peter Matthiessen (In the Spirit of Crazy Horse. The Story of Leonard Peltier and the FBI's War on the American Indian Movement), so kommt Peltier dennoch nicht umhin, auf die Ereignisse des 26. Juni 1975 einzugehen und von seiner Flucht, der Verhaftung in Kanada und die folgende Auslieferung an die USA - auf Grund erpresster Zeugenaussagen und gefälschter Beweise - zu berichten.

Die Vernichtung und Verfolgung von IndianerInnen mit dem Holocaust gleichzusetzen - wie Peltier es tut - ist allerdings fehl am Platze, und seine Vorstellung, die indianische Bewegung sei die Sprecherin der Natur, ist anmaßend. Auch die spirituellen Verweise und der Pathos, mit dem Peltier zuweilen schreibt, verwirrt europäische RationalistInnen. Doch Peltiers Autobiografie ist Ausdruck seines zähen geistigen Widerstands und seines Überlebens im Gefängnis. Sie ist ein ergreifendes Zeugnis von menschlicher Größe und Unbeugsamkeit, um den menschenunwürdigen Bedingungen zu trotzen.

Peltier ist 55 Jahre alt und seit seinem 31. Lebensjahr in US-Gefängnissen gefangen. Bei seiner planmäßigen Entlassung im Jahre 2041 wäre er 97. Die Zahl der Petitionen, die seine Freilassung fordern, ist endlos. Doch trotz überwältigendem Entlastungmaterial und obwohl der damalige Ankläger zugegeben hatte, dass die Strafverfolgungsbehörden nicht wissen, wer die beiden FBI-Agenten getötet habe, bestätigte das Gericht 1993 das Urteil der vorherigen Instanz. Auch die Kommission für Strafaussetzung lehnte es mehrere Male ab, Peltier auf Bewährung freizulassen. Er solle sich im Jahre 2008 wieder an sie wenden. Und die Gnadengesuche bei Präsident Bill Clinton bleiben seit Jahren unbearbeitet. Mittlerweile setzt sich auch amnesty international für die Freilassung Leonard Peltiers ein.

as

Leonard Peltier, US-Häftling Nr. 89637-132: Mein Leben ist mein Sonnentanz. Zweitausendeins, 1999, 299 S., 25 DM

19. Nazi-Umtriebe im Hamburger Umland. Elmshorner rüsten sich gegen faschistische Angriffe

Autor: Salomon Herzbaum · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:19

Nazi-Aufmärsche von Hohenweststedt bis Bergedorf, Anti-Antifa-Terror, Brandanschläge und zuletzt sogar scharfe Schüsse: Nach dem Verbot diverser faschistischer Parteien und Haftstrafen für ihre Kader Mitte der 90er schien der nazistische Mob in Norddeutschland erstmal ausgemerzt. Jetzt haben sich die Faschisten in ihrem Epizentrum Hamburg wieder formiert. Von hier aus organisieren die Hitler-Fanatiker und SS-Gestrigen ihren braunen Terror: mit Aufmärschen, Brandanschlägen und neuerdings mit Schüssen auf ganz normale Bürger in Elmshorn.

Elmshorn ist ein durchschnittliches Städtchen im Speckgürtel Hamburgs. Die Stadt an der Krückau ist stolz auf ihre Geschichte: Sie gehört zu den wenigen deutschen Gemeinden, die sich selbst von den Nazis befreit haben und nicht erst besiegt werden mussten. Ausgerechnet hier, wo Neonazis und Skinheads bisher kaum einen Schritt auf den Boden bekamen, fing der braune Spuk an. Als Ende April vergangenen Jahres der selbst ernannte Hamburger Sturm gegen ein Antifa-Konzert aufmarschieren wollte, organisierten die Elmshorner eine Gegendemonstration: Von der Bürgermeisterin über türkische Vereine und Arbeiterwohlfahrt bis hin zur IG Metall reichte das antifaschistische Bündnis, rund 500 ElmshornerInnen protestierten damals gegen Nazis in ihrer Stadt.

Seitdem ist das beschauliche Städtchen zu einem zentralen Ort der Auseinandersetzungen von Nazis mit dem Rest der Bevölkerung geworden. Jetzt finden die Elmshorner in ihrer Stadt immer häufiger Plakate mit der Aufschrift "Juden raus!", Türschlösser werden verklebt und Scheiben von Demonstrationsteilnehmern eingeschmissen. "Unser Büro liegt zwischen türkischen Vereinen und Gemüsehändlern. Wir passen gegenseitig auf, dass nicht wieder was passiert", sagt Uwe Zabel, Geschäftsführer der IG Metall Elmshorn. Der Gewerkschafter hat sich konsequent gegen den braunen Gesinnungsterror gewehrt und viele ElmshornerInnen in die antifaschistische Arbeit einbinden können: "Im Herbst haben wir dann in der Stadt ein Gegenplakat geklebt, auf dem viele Einzelpersonen, Initiativen und auch eine schwedische Firma mit Unternehmensleitung und Betriebsrat unterschrieben haben." In Schweden hat der Nazi-Terror in den letzten zwei Jahren fast 20 Menschenleben gekostet, vier schwedische Tageszeitungen haben daraufhin die führenden Nazi-Führer mit Namen und Bild steckbriefartig abgebildet.

"Wer keine Angst hat, der lügt."

Tote hat es in Elmshorn noch keine gegeben. Aber Uwe Zabel und das IG Metall-Büro sind zu den bevorzugten Zielen der Hamburger Nazi-Szene geworden. Er selbst wird inzwischen im Internet und auf einem Flugblatt als "ewiggestriger Antifaschist" namentlich genannt. Am 23. Dezember vergangenen Jahres wurden dann die Briefkästen der IG Metall zugeklebt und die Scheiben eingeschmissen. Wenige Tage später erwischte die Elmshorner Polizei sieben Anhänger des Hamburger Sturms beim Schmieren von Hakenkreuzen und Plakatieren von NPD-Plakaten. Und kurz darauf schossen bisher noch Unbekannte bei einer Elmshorner Bürgerin, die auch auf dem Plakat mit der Überschrift "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" unterschrieben hat, die Scheiben ein. "Wer keine Angst hat, der lügt", sagt Uwe Zabel. "Aber wir werden uns weiter wehren. Auch wenn man das Gefühl hat, dass es hier schon bald zugeht wie in Schweden."

Hinter den Terroraktionen in Elmshorn stecken Kader der norddeutschen Nazi-Szene, die sogenannten Freien Nationalisten und der Hamburger Sturm. In Zusammenspiel mit der NPD organisierten die Nachfolge-Gruppen von verbotenen Nazi-Zusammenschlüssen wie Nationale Liste (NL) oder Freiheitliche Arbeiter Partei (FAP) die diversen Aufmärsche in Bergedorf, Barmbek oder Lüneburg. Im Bergedorfer Stadtteil Lohbrügge war es den Strategen um Christian Worch und Thomas "Steiner" Wulff - beide seit Jahrzehnten als Naziführer bekannt und mehrmalig vorbestraft - gelungen, im Juli vergangenen Jahres den bislang größten Aufmarsch von Skins, Alt- und Neonazis zu organisieren: Mehrere hundert Hitler-Anhänger marschierten damals unter Polizeischutz gegen die Wehrmachtsausstellung.

Seitdem vergeht kaum ein Monat, in dem nicht demonstriert oder linke Projekte angegriffen werden. So hängten sich Hamburger Nazis an den CDU-Protest gegen den Bauwagenplatz in Barmbek und riefen am

27.11. zu einer Kundgebung gegen die Wagenbewohner auf. Veranstalter, wie so oft: Der Hamburger Landesverband der NPD gemeinsam mit den Freien Nationalisten und anderen Aktionsgruppen im Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland. National und sozial: Das sind die beiden Schlagwörter, unter denen sich die vielen losen Nazigruppen und die NPD vereinen.

Dabei bedienen sich die FaschistInnen von heute beileibe nicht nur des Demonstrationsrechtes. Anfang Oktober randalierten "Sieg Heil" rufende Nazi-Skinheads nachts auf einem Bauwagenplatz in Norderstedt, zerstörten Scheiben, Fahrräder und einen PKW und schlugen einen Bewohner mit Baseballschlägern zusammen. In der gleichen Nacht zerstörten Unbekannte Scheiben des Stadtteiltreffs Soziales Zentrum. Wenige Tage später wurde nachts ein Molotowcocktail auf ein Wohnprojekt im Schanzenviertel geworfen und brannte sich durch den Fensterrahmen. Nur durch Zufall konnte der schlafende Bewohner des Zimmers vorm Abfackeln bewahrt werden.

Unter den verstärkten Aktivitäten der Hamburger Nazi-Szene leiden besonders die Bergedorfer. Drei Aufmärsche mussten sie im vergangenen Jahr hinnehmen. Und auch in diesem Jahr marschierten NPDlerInnen und andere "nationale und soziale" GesinnungsgenossInnen wieder: Am 10. Januar mit 70 Glatzen und der Losung "Kampf den Antifa-Banden." Auch in Bergedorf ist schon ein Sprengsatz auf ein Stadtteilzentrum geworfen worden. Jetzt achten Stadtteilzentren auf Briefbomben in der Post und schützen ihre Veranstaltungen mit professionellen Türstehern.

Das Anti-Fa-Bündnis protestiert

Ideologisches Futter finden die AttentäterInnen in den aus Hamburg stammenden Gazetten Zentralorgan und Hamburger Sturm - beide eine Mischung aus strategischen Texten, stolzen Nachrichten über Aufmärsche und Interviews mit ihren Führern. Dabei setzen sie mit CD-Besprechungen auch auf eine LeserInnenschaft in der Skinhead-Szene, im Zentralorgan unter dem sinnigen Namen Blitzkrieg. Im November titelte das Blatt mit der Unterzeile "Wir wollen frei sein, wie die Väter waren" großformatig "Juden raus - aus Österreich": Anlass für Hamburger Staatsanwaltschaft und Polizei, Mitte Januar Postfächer und Wohnungen von Kadern zu durchsuchen, unter anderem die von Thomas Wulff. Dabei wurden fast 1.000 Exemplare der November-Ausgabe, Computer und CD-Roms beschlagnahmt.

In einem Interview "aus dem Untergrund" in der Mai-Ausgabe des Hamburger Sturm mit den national-revolutionären Zellen geben die Freien Nationalisten den Weg für den wahren Nazi vor: "Wir sind eine Gruppe von mehreren Personen, die in der NPD politisch tätig sind, aber mit dem NPD-Führungsstil unzufrieden sind. Unser Weg ist der aus dem Untergrund handelnde Aktivist. Also der der Freien Nationalisten, der National-Revolutionären Zellen." Diese Verbindung aus legaler Struktur in der NPD, die Demos anmeldet und bei Wahlen auftritt, und illegalen Strukturen erweist sich für die rechtsextreme Szene momentan als äußerst schlagkräftig.

Vorbilder der deutschen Untergrundkämpfer: die Combat 18 (die 18 steht für die Buchstaben des Alphabets: 1= A(dolf), 8= H(itler)), eine extrem gewalttätige Ansammlung von NaziterroristInnen in Großbritannien, von denen einige wegen Waffenbesitzes, Totschlags und Briefbomben im Gefängnis sitzen. Eine Linie, die auch im Interview im Hamburger Sturm Zuspruch findet: "Man darf einfach nicht vergessen, dass wir im Krieg sind mit diesem System, und da gehen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf." Seit diesem Interview in der Mai-Ausgabe des Hamburger Sturm knallt es immer wieder rund um Hamburg: bei Anschlägen auf Stadtteilzentren oder Gewerkschaftsbüros, mit Schüssen in Elmshorn.

Salomon Herzbaum

Nachdruck aus: Stadtmagazin HH19 Heft 02/2000

20. Historikerstreit am Hannah-Arendt-Institut

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:16

Eine Neubewertung des von Johann Georg Elser 1939 verübten Hitler-Attentats löste Ende letzten Jahres am Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) eine schwere Krise aus. Personalquerelen und politische Verdächtigungen waren die Folge. Die eigentliche Arbeit des HAIT - der Vergleich von Nazismus und der DDR - kam allerdings ungeschoren davon.

Am 8. November 1939 hielt Adolf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller wie jedes Jahr eine Rede zum Gedenken an seinen Putsch-Versuch im Jahr 1923. Über 2000 Menschen - zumeist Alte Kameraden und Nazi-Sympathisanten - waren anwesend, als plötzlich ein per Zeitzünder ausgelöster Sprengsatz explodierte: acht Menschen starben, über 60 wurden verletzt. Derjenige aber, dem das Attentat galt, war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr da: Hitler hatte das Lokal 13 Minuten früher als geplant verlassen. Der Anschlag schlug fehl.

Gelegt hatte die Bombe der Schreiner Georg Elser. Er wollte so den ausgebrochenen Weltkrieg beenden helfen. Elser wurde auf der Flucht gefasst, gefoltert, ins KZ gesperrt und schließlich im April 1945 in Dachau ermordet.

Zum 60. Jahrestag dieses gescheiterten Hitler-Attentats veröffentlichte die Frankfurter Rundschau am 8.11.99 die Antrittsvorlesung des am HAIT angestellten Privatdozenten Lothar Fritze. Dieser stellt in seinem Vortrag den Vorbildcharakter dieses Anschlags in Zweifel. Elser habe nicht nur unschuldige Menschen (wie zwei Kellnerinnen) verletzt. Vielmehr hätte er durch seine Flucht die Detonation nicht mehr verhindern können, als Hitler den Saal verließ. Die - aus Sicht Fritzes - "notwendige Voraussetzung", Elsers Tat zustimmen zu können, "nämlich dass der Attentäter bereit sein muss, sich notfalls selbst zu opfern", hätte der Hitler-Attentäter somit nicht erfüllt. Im Oberlehrerton postuliert Fritze die angebliche Pflicht Elsers, "nach einer Methode Ausschau zu halten, die treffgenauer und sicherer zum Erfolg führt. Es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass der Attentäter andere Techniken ernsthaft erwogen hat".

Das Bild Elser rundet Fritze dann mit einer dünkelhaften Abkanzlung der "geistigen Kenntnisse und des charakterlichen Zuschnitts" des Möbeltischlers ab: Bar jeder Quellenkritik zeichnet er letztlich aus Gestapo-Vernehmungsprotokollen das Bild eines "eigensinnigen" und "gedankenlosen" Hitler-Attentäters. Die "zweifelhafte Motivation seines Handelns und Dignität seiner Auffassungen" belegen für den Totalitarismusforscher das "moralische Versagen" Elsers.

Das Erscheinen von Fritzes Vortrag löste am HAIT einen heftigen Streit aus zwischen dem Institutsleiter, dem Sozialdemokraten Klaus-Dieter Henke, und seinem konservativen Stellvertreter Uwe Backes. Dabei stand nicht zu Debatte, ob, sondern nur wann Fritzes Beitrag veröffentlicht werden sollte. Angekündigt ist er nämlich für das kommende "Jahrbuch Extremismus & Demokratie", das von den beiden Politologen Eckard Jesse und eben jenem Uwe Backes herausgegeben und vom Bundesinnenministerium finanziert wird.

Während Henke das Erscheinen von Fritzes Vortrag zum 60. Jahrestag des Elser-Attentats unpassend erschien, meinte sein Vize Backes in den Ausführungen des Privatdozenten einen "fruchtbaren moral-philosophischen Beitrag, kantischen Zuschnitts" zu erblicken. (Zeit, 13.1.) Daraufhin kündigte der US-amerikanische Holocaust-Forscher Saul Friedländer an, er werde sich aus dem wissenschaftlichen Beirat des HAIT zurückziehen, sofern Backes nicht aus dem Institut entfernt würde. Dem schloss sich der HIAT-Chef Henke an. Dies löste ein Wutgeheul im konservativen Lager aus, das tief blicken lässt. Das Kuratoriumsmitglied Oberreuter wollte die "transatlantische Drohkulisse" Friedländers abwehren und beklagte die drohende "Zerstörung der Karriere des jungen Wissenschaftlers Uwe Backes". (NZZ, 8.1.) Das Mitglied des wissenschaftlichen Beirats Uwe Patzelt ging noch weiter. Er warf dem Institutsleiter Henke vor, dieser "verhalte sich wie Hitler" und betreibe mit seiner Absetzungsforderung gegenüber Backes eine "Politik der verbrannten Erde". (Formulierungen, die Patzelt nunmehr gerichtlich untersagt wurden, vgl. FAZ, 28.1.)

Aber Backes verfügt auch außerhalb des HAIT über einflussreiche Freunde: Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Frisch persönlich verbürgte sich gegenüber dem HAIT-Chef für Backes, den er aus dessen langjährigen Extremismusforschungen kennt: "Stellen Sie sich vor, welche Genugtuung eine

Entlassung Backes' auf einer gewissen Seite des politischen Spektrums auslösen würde." (SZ, 20.12.) Darüber hinaus eilten Backes nicht nur die Junge Freiheit (14.1), sondern auch zwei langjährige Weggefährten zu Hilfe: der bereits erwähnte Eckart Jesse sowie Rainer Zitelmann. (Welt, 8./10.1.) Man kennt sich gut: Seit 1990 leiten diese Drei nicht nur den Veldensteiner Kreis zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie. (1) 1990 gaben sie auch den Sammelband "Die Schatten der Vergangenheit" heraus. Darin heben sie die "guten Seiten" des Faschismus hervor. Sie loben z. B. dessen "progressive Sozialpolitik" und betonen, das eigentlich nur eine "Minderheit von rassisch Ausgegrenzten, politisch Oppositionellen und andere Randgruppen" verfolgt wurden. (2) Leute, wie Backes und Zitelmann, zählen zu den zentralen Figuren im Netzwerk der Neuen Rechten: Vom national-konservativen Lager aus dienen sie als Scharnier zwischen Konservativen und Rechtsextremisten.

Über die Auseinandersetzungen um Backes geriet allerdings die Frage in den Hintergrund, wie so ein Vortrag am HAIT überhaupt entstehen konnte. Das macht einen Blick auf die Arbeit des Instituts notwendig: Gegründet 1991 vom konservativen Kultusminister Sachsens, Rößler, behandelte man am HAIT primär spezifische Aspekte der DDR-Geschichte. Erst als 1997 der ehemalige Leiter der Forschungsabteilung der Gauck-Behörde, Henke, die Institutsleitung übernahm, wollte man sich dort etwas mehr mit der Faschismusforschung beschäftigen - gegen den Widerstand Rößlers. Dieser setzte dann auch im letzten Jahr handstreichartig durch, dass Henke ein Konservativer zur Seite gestellt wird, eben jener Uwe Backes.

Aus den Forschungsarbeiten und der Veröffentlichungsliste des HAIT geht eindeutig hervor, worüber und gegen wen im HAIT eigentlich geforscht wird: 36 Publikationen, die sich mit Themen des Realen Sozialismus beschäftigen stehen bis Ende 1999 lediglich sieben gegenüber, in denen Facetten des Faschismus untersucht werden. Auch Lothar Fritze - der in der DDR nicht publizieren konnte - veröffentlicht seit 1993 regelmäßig im HAIT (von "Gedanken zum Untergang der DDR", über "Menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus" bis zum "Weiterleben der DDR nach ihrem Ende").

Kein Wunder, dass Rößler noch im Herbst 1999 eine Satzungsänderung durchsetzte: So sollte verhindert werden, dass die PDS - die nach der sächsischen Landtagswahl mit weitem Abstand zweitstärkste Fraktion im Dresdner Parlament - ihren Sitz im Kuratorium des HAIT wahrnehmen könnte.

Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) Mecklenburg, J. (Hg): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 546

2) Zit. nach: Wippermann, W.: "Totalitarismustheorien", Darmstadt 1997, S. 101

21. Papier-Tiger. Neue rot-grüne Rüstungsexportrichtlinien

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:06

Ende 1998 vereinbarten SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Koalitionsvertrag eine Neufassung der Richtlinien bei Waffenverkäufen. Zukünftig sollte auch der "Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer" bei Rüstungsexporten berücksichtigt werden. Im Herbst 1999 legte die Bundesregierung einen ersten Entwurf vor, der selbst nach Ansicht von Parlamentariern der Regierungskoalition äußerst schwammig formuliert war. Nach der öffentlichen Diskussion um das Leopard-II-Geschäft mit der Türkei hat die Bundesregierung nun nachgelegt.

Im Oktober beschloss der Bundessicherheitsrat - als hätte es die Koalitionsvereinbarung nie gegeben - gegen das Votum der Entwicklungsministerin Wiecorek-Zeul und des Außenministers Fischer den Export eines Kampfpanzers Leopard-II in die Türkei; zunächst zur Erprobung, später soll dann über die Lieferung von 1.000 Panzern entschieden werden. Dass der Leopard-II ganz oben auf dem Wunschzettel der türkischen Militärs steht, wurde auch damit begründet, dass die Armee "gute Erfahrungen" mit den rund 400 Leopard-I-Panzern gemacht habe, die in den letzten Jahren im Zuge umfangreicher deutscher Waffenlieferungen an den NATO-Verbündeten geliefert wurden.

Die mit den Stimmen von Bundeskanzler Schröder, Wirtschaftsminister Müller und Kriegsminister Scharping gefällte Entscheidung stieß selbst innerhalb von Teilen der SPD und der Grünen auf Empörung. Die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung, so die Kritik, schließe den Export in ein Land aus, in dem das Militär in den letzten Jahren über 3.000 Dörfer zerstört habe, in dem über drei Millionen Menschen vertrieben wurden und in dem nachweislich staatliche Stellen für Folter und Morde verantwortlich seien. Einige grüne Kreisverbände verlangten gar im Fall einer Lieferung der 1.000 Kampfpanzer das Ende der Koalition.

Im Verlauf dieser Auseinandersetzung wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der u.a. der SPD-Parlamentarier Gernot Erler und die Grüne Claudia Roth sich mit den Vertretern verschiedener Ministerien trafen, um einen neuen Entwurf zu erarbeiten. Diesen Entwurf verabschiedete das Bundeskabinett am 19. Januar.

Was ist neu an diesen jetzt beschlossenen "Politischen Grundsätzen zum Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern"? Angekündigt wird die Vorlage eines jährlichen "Rüstungsexportberichts", in dem die Bundesregierung die Exportgenehmigungen auch "aufgeschlüsselt" darstellen will. Damit wird der alten Forderung vieler Anti-Rüstungsexport-Initiativen entsprochen, Transparenz in das "Geschäft mit dem Tod" zu bringen. Neu ist auch der unmittelbare Bezug zur Situation im möglichen Empfängerland: "Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den Entscheidungen über Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen. Genehmigungen für Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichend Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression im Sinne des EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle. In eine solche Prüfung der Menschenrechtsfrage werden Feststellungen der EU, des Europarates, der Vereinten Nationen (VN), der OSZE und anderer internationaler Gremien einbezogen. Berichte von internationalen Menschenrechtsorganisationen werden ebenfalls berücksichtigt."

Dagegen wird der Kriegswaffenexport in NATO und EU-Staaten, sowie einige "NATO-gleichgestellte Länder" nicht eingeschränkt: "Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in diese Länder hat sich an den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Bündnisses und der EU zu orientieren. Er ist grundsätzlich nicht zu beschränken, es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist."

Bei den Rüstungskooperationen soll zukünftig mehr darauf geachtet werden, dass die beschlossenen "rüstungsexportpolitischen Grundsätze so weit wie möglich verwirklicht" werden, und die Bundesregierung will

eine sorgfältige Abwägung "zwischen dem Kooperationsinteresse und dem Grundsatz einer restriktiven Rüstungsexportpolitik unter Berücksichtigung des Menschenrechtskriteriums" vornehmen.

Die verabschiedeten Richtlinien thematisieren, anders als bisherige Grundsätze, auch das Thema des Endverbleibs von Kriegswaffen: "Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden nur erteilt, wenn zuvor der Endverbleib dieser Güter im Empfängerland sicher gestellt ist. (...) Kriegswaffen und kriegsnahe sonstige Rüstungsgüter dürfen nur mit dem schriftlichen Einverständnis der Bundesregierung in dritte Länder reexportiert bzw. im Sinne des EU-Binnenmarktes verbracht werden".

Die sich bisher öffentlich zu den neuen Richtlinien äußernden SPD- und grünen Bundestagsabgeordneten zeigen sich fast durchweg sehr zufrieden oder doch zumindest erleichtert darüber, dass eine gemeinsame Grundlage entstanden ist, mit der beide Seiten leben können. Die Reaktionen von Vertretern der Friedensbewegung ist allerdings verhalten. So gibt es für Peter Strutynski, dem Initiator des Bundesausschusses Friedensratschlag, zwar einige Verbesserungen: Dennoch, so die Kritik, enthalten auch die neuen Richtlinien eine Reihe von Formulierungen und Prinzipien, die nicht die erhofften "klaren Bestimmungen zum Verbot von Rüstungsexporten" entsprächen. Zu kritisieren sei "das Festhalten am Prinzip, dass Rüstungsexporte in NATO-Länder, in EU-Staaten und in ‚NATO-gleichgestellte Länder` grundsätzlich nicht eingeschränkt werden sollen". In diesem Passus sieht auch Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) einen Knackpunkt: "Diese Formulierung", so Pflüger, "ist das offene Scheunentor für den Kriegswaffenexport in die NATO- und EU-Staaten sowie nach Australien, Japan, Neuseeland und die Schweiz." Das sei auch in Hinblick auf die Ausdehnung der NATO und der EU nach Osteuropa Grundlage für einen umfangreichen Export.

Vielversprechend sei hingegen, dass "ein Empfängerland, das entgegen einer abgegebenen Endverbleibserklärung den Weiterexport von Kriegswaffen oder kriegsnahen sonstigen Rüstungsgütern genehmigt (...) bis zur Beseitigung dieser Umstände grundsätzlich von einer Belieferung mit weiteren Kriegswaffen und kriegsnahen sonstigen Rüstungsgütern ausgeschlossen" werden soll. Spannend wird es freilich, ob die Türkei, Indonesien oder Kroatien bei Weiterexporten dann tatsächlich keine Kriegswaffen mehr bekommen. Anders formuliert: Beim Thema Weiterexport könnte es zu einer Neuauflage der "Schmierenkomödie" kommen, die wir seit Jahren z.B. beim Einsatz deutscher Waffen bei Dorfzerstörungen, Vertreibung, Folter und Mord in der Türkei erleben.

Das grundsätzliche Problem ist schlicht: Was ist politisch gewollt? So banal es klingen mag, so richtig ist es: Papier ist geduldig. Ob das Wort von "restriktiven Bestimmungen" und "Menschenrechtsklauseln", die nun berücksichtigt werden sollen, nur Theorie bleiben oder in der Praxis von Relevanz sind, das werden die zukünftigen Rüstungsexportentscheidungen zeigen. In den Worten des Friedensforschers Otfried Nassauer: "Auch zukünftig wird der Bundessicherheitsrat heikle Exportvorhaben entscheiden müssen. Zeigt sich dann, dass der Geist willig und das Papier geduldig war, das Fleisch aber weiter schwach ist? Sitzungen des Bundessicherheitsrates sind höchst geheim. Im Dunkeln lässt sich gut munkeln - und wie weit manche das Munkeln zu treiben belieben, das hat die verflossene Regierung Kohl auch am Beispiel ‚Rüstungsexporte und Parteispenden` nur allzu deutlich gemacht."

Eine Nagelprobe wird da natürlich schon sein, ob die Türkei, wenn sie darauf drängt, mit dem "Segen" der Berliner Regierung hochmoderne Kampfpanzer erhält. Hinter vorgehaltener Hand äußern grüne Parlamentarier die Hoffnung, dass die Türkei gar nicht in der Lage ist, 1.000 Leopard-II-Panzer zu kaufen. "Mehr als 250 können die sich doch gar nicht leisten", ist in Berlin zu hören. Was die Türkei sich finanziell leisten kann und was genehmigt oder eben nicht genehmigt wird, sollten an sich zwei verschiedene Fragen sein.

Ermutigender wäre es da schon, wenn die neuen Bestimmungen als so eindeutig betrachtet werden, dass Überlegungen nach Zahlungsunfähigkeit ohne Bedeutung, weil unerheblich sind. Oder würde der Export von 1.000 Kampfpanzern den neuen Richtlinien entgegenlaufen, aber ein Export von 250 wäre in Ordnung? Entsprechende Befürchtungen hatten bereits die Friedensaktivisten Jürgen Grässlin und Alexander Kauz vom Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg (RIB) zum möglicherweise bald anstehenden Panzerexport an die Türkei geäußert: "Ist ein Waffendeal gerade nicht opportun, findet er unter großem Selbstlob nicht sogleich statt. Nach einer Phase der Beruhigung der öffentlichen Diskussion wird das Geschäft dann in bewährter ‚Kinkel-Manier` durchgeführt". Wir dürfen gespannt sein.

Thomas Klein

22. "Hola Guey!" Besetzte Universität in Mexiko-Stadt geräumt - Proteste gehen weiter

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:28

Interview mit Alejandro Moreno, Redakteur der Zeitschrift La Guillotina aus Mexiko-Stadt, über die Streikbewegung und den "Widerstand einer verlorenen Generation"

Seit dem 20. April letzten Jahres wurde die größte Universität Lateinamerikas, die UNAM in Mexiko-Stadt, bestreikt. Die Studierenden fordern die Rücknahme der angekündigten Erhebung von Studiengebühren und wenden sich gegen die befürchtete Privatisierung der Universität. Mit der Räumung der UNAM durch über 2.000 Polizisten versuchte die Regierung unter Präsident Ernesto Zedillo die Studierendenbewegung zum Aufgeben zu zwingen. In den frühen Morgenstunden des 6. Februar stürmten die Sicherheitskräfte den Campus und verhafteten 632 Mitglieder des Obersten Streikrates (CGH), die dort die Nacht über getagt hatten. Das Uni-Gelände ist seitdem von Uniformierten besetzt.

Bereits am 1. Februar war eine der UNAM angeschlossene Oberschule brutal geräumt worden. Dabei waren über 300 Jugendliche inhaftiert und zahlreiche Streikende schwer verletzt worden. Trotz der Repressionswelle versammelten sich zwei Tage nach der Räumung 800 Delegierte des CGH auf dem Gelände der zweiten großen staatlichen Universität von Mexiko Stadt, der UAM-Xochimilco. Dort beschlossen sie die Fortsetzung des Streiks und Mobilisierungen für die Freilassung der Gefangenen. Nach Protesten, denen sich auch die sozialdemokratische PRD sowie viele Intellektuelle anschlossen, die sich zuvor vom CGH distanziert hatten, wurde mittlerweile ein Großteil der Gefangen freigelassen. 269 blieben aber in Haft, 85 von ihnen wird "Terrorismus" und "Aufstand" vorgeworfen, Delikte auf die langjährige Haftstrafen stehen. 150.000 Menschen demonstrierten am Mittwoch (9. Februar) in Mexiko-Stadt für die Freilassung der inhaftierten StudentInnen.

Das folgenden Interview wurde vor der polizeilichen Räumung geführt.

ak: In Eurer Zeitschrift bezeichnet Ihr die Streikenden als Angehörige der "Generación Guey". Was soll dieser Terminus bedeuten?

"Guey" ist ein Slangausdruck. Das Wort bedeutet in etwa "amigo" (Freund). "Hola guey", "¿como estas guey?", "adiós guey" - das Wort wird in freundlichem Tonfall benutzt. Aber auch beleidigend oder abwertend wie "pinche guey" (verdammter...) etc. Wir benutzen den Terminus, um eine Generation von Jugendlichen zu benennen, die durch die kommerzielle Kulturindustrie geprägt ist, die versucht, die progressiven Errungenschaften von 1968 zurückzudrehen, im Bereich der sexuellen Freiheiten, der politischen Freiheiten und des kritischen Denkens. Diese "68er" Errungenschaften charakterisierten in den 70er und 80er Jahren mit der Explosion des Punks die jugendlichen Generationen.

Während der 90er Jahre haben die Kulturinstitutionen bei der Kontrolle der Jugendlichen und der Prägung des kulturellen Klimas jedoch hingegen sehr gut funktioniert. Die "Generación Guey" ist eine Generation von Fernsehabhängigen, charakterisiert durch ihren Individualismus, ihre reduzierte Weltsicht und einen hohen Grad an Anonymität. Was wir allerdings zur Zeit bei der Streikbewegung beobachten, ist das Erwachen dieser Generation mit einem sehr wütenden, sehr rebellischen Geist.

Wie ist es möglich, dass eine offensichtlich recht unpolitische Jugendgeneration plötzlich eine Streikbewegung trägt, die alle Rekorde bricht? Was sind die sozialen Grundlagen einer Bewegung, die seit mehr als neun Monaten von einigen tausend Jugendlichen mit einer erstaunlichen Energie und Radikalität vorwärts getrieben wird?

In Mexiko haben nur dreizehn von hundert Jugendlichen Zugang zu höherer Bildung, eine Situation, die durch die Politik der neoliberalen Modernisierung herbeigeführt wurde. Diese Politik hat mit drastischen Maßnahmen versucht, die Anzahl der Studierenden zu reduzieren, die staatlichen Bildungseinrichtungen auf ein Mindestmaß einzuschränken und Privatisierungsprozesse einzuleiten. Und das obwohl in unserem Land die staatliche und kostenlose Bildung ein verfassungsmäßiges Recht ist!

Im Fall der staatlichen Universitäten wie der UNAM gehören die erwähnten dreizehn Prozent der Jugendlichen, die es auf die Universität schaffen, zu den verarmten Mittelschichten. Ein großer Teil dieser Mittelschicht erlebt

seit 1982 den dramatischen Zerfall ihres Lebenstandards und ihres sozialen Status'. Die Jugendlichen der 80er Jahre wurden deshalb als die "Kinder der Krise" bezeichnet. Aber die heutige Generation von Jugendlichen aus den ehemaligen Mittelschichten hat überhaupt keinen Wohlstand kennen gelernt, sondern musste erleben, wie ihre Familien mit großer Kraftanstrengung versuchten, gegen den Verarmungsprozess zu kämpfen. Es ist eine Generation, die aus einer Kultur des Widerstandes kommt. Viele der Eltern der Streikenden haben selbst Erfahrungen in den Kämpfen der Linken.

Die Jugendlichen heute müssen während des Studiums arbeiten, um sich über Wasser halten zu können. Es handelt sich also um eine Generation mit großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen, aber hohen Konsumansprüchen, die durch die kommerzielle Kulturindustrie, das Fernsehen etc. erzeugt werden. In diesem Kontext hat die angekündigte Erhöhung der Studiengebühren eine unglaubliche Wut entzündet. Denn es dreht sich nicht nur um die Gebühren, sondern schlicht um die Verweigerung der Zukunftschancen für diese Generation.

Der Streik hat eine Jugendkultur hervorgebracht, die wir in Europa so nicht kennen. Sie wirkt wie eine Fusion unterschiedlicher Elemente, die uns aus Jugendkulturen wie dem Punk, SKA und Hip-Hop bekannt sind. Aber es ist trotzdem etwas anderes.

An der Universität gab es nie eine so vielfältige Explosion kultureller und gegenkultureller Optionen - von Tribus Urbanos (1) - wie heute. Die Universität ist ein Mikrokosmos, in dem von konformistischen Jugendlichen bis zu Punks und Post-Punks alle Platz haben. Der Tribu, der hier am deutlichsten hervortritt, sind die eSKAatos - wegen der SKA-Musik, die sie hören. SKA ist in Mexiko ein direkter "Nachfahre" des Punk. Auf dem Campus gibt es jede Menge SKA-Bands. Der Inhalt ihrer Texte ist sehr kritisch und klar als links zu bezeichnen: es geht um Widerstand, die Kämpfe der Indígenas in Chiapas, die Verzweiflung dieser Generation, die Arbeitslosigkeit, die Gewalt auf den Straßen. Allerdings muss man sagen, dass innerhalb der Streikbewegung kein Tribu Urbano dominiert. Es ist vielmehr ein Mosaik kultureller Möglichkeiten. Die Mehrheit der Streikenden hat sich vor dem Streik keinem Tribu zugeordnet. Aber jetzt kämpfen sie um eine Identität.

In Europa ist SKA zwar auch politisch, aber vor allem spaßbetont. Bei den Streikenden der UNAM fällt aber ich ihre Entschlossenheit, ihre Verzweiflung und ihr Durchhaltevermögen bis zur völligen Erschöpfung auf. Wie erklärst Du das?

Das Neue an dieser Bewegung sind ihre horizontalen Organisationsformen, im Gegensatz zu früheren Studentenbewegungen, in denen immer klar lokalisierbare Führungsgruppen aufgetaucht sind. In dieser Bewegung jedoch ließen die Streikenden von Beginn an keine festen Repräsentanten zu, ein Element, das sie von den Zapatistas übernommen haben. Alle Streik-Kommissionen verfahren nach dem Rotationsprinzip. Auch auf den zentralen Versammlungen des Consejo General de Huelga (CGH) - des Obersten Streikrates -, an denen die Delegierten der 40 bestreikten Institute teilnehmen, wird die Versammlungsleitung rotierend bestimmt. Zudem wechselt ständig der Ort der CGH-Versammlungen.

Wir denken, dass diese sehr demokratische Struktur die Quelle der Kraft für die Bewegung darstellt. Allerdings hat diese Organisationsweise auch ihre Schwächen. Es ist eine soziale Bewegung, die langsamer funktioniert als andere. Alle Vorschläge, die im CGH diskutiert werden, müssen auf den Versammlungen in den Instituten besprochen und abgestimmt werden. Dann tragen die Delegationen der Institute die Beschlüsse wieder in den CGH. Dadurch ist etwas entstanden, was es früher nicht gab: vormals unpolitische Jugendlichen mussten einen politischen Lernprozess durchlaufen. Sie müssen jeden Schritt, den die Bewegung geht, diskutieren.

Kannst Du ein bisschen genauer erklären wie der CGH funktioniert?

Der CGH umfasst die Delegationen der bestreikten Institute und Schulen. Wenn die Delegationen in die Versammlung kommen erinnert das an den Film Warriors, in dem die Delegierten verschiedener Gangs aus New York zu einer Versammlung in einem Stadion einlaufen. Das gleiche geschieht beim CGH. Es kommen die Delegierten verschiedener Tribus, viele Post-Punks, Hip-Hopper, die Cholos mit ihren weiten Hosen und die eSKAtos.

Zwischen 1000 und 1500 Leute nehmen an den wöchentlichen CGH-Marathonsitzungen teil. Die Diskussion fängt abends an und dauert immer bis zum nächsten Vormittags, oft auch bis zum Nachmittag. Die längste ununterbrochene Versammlung dauerte 36 Stunden.

Der CGH wird von der Presse, aber auch vielen kritischen Intellektuellen als "ultra" bezeichnet. Die Kritik lautet, es handele sich um eine Organisation von Extremisten.

Die bisher existierenden politischen Studentenorganisationen wurden durch die Bewegung überholt. Diese Jugendlichen haben keine politische Utopie wie die Generation der 70er Jahre. Sie wissen, dass sie eine hartes Leben vor sich haben und stets im Widerstand gegen eine feindliche und gewalttätige Gesellschaft leben werden müssen. In den Tribus Urbanos finden sie soziale Formen, wie sie in einer kaputten Gesellschaft überleben können. Es handelt sich um eine sehr emotionale und leidenschaftliche Bewegung, die gegen jede Form von Autorität kämpft und sich einen sehr eigentümlichen Diskurs zu eigen gemacht hat: Sie nehmen aus dem Zusammenhang gerissene Zitate von Mao, Marx und Presidente Gonzálo vom peruanischen Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad), was eine wirklich barbarische Bewegung war, und mischen sie mit Zitaten von Subcomandante Marcos und John Lennon oder Jim Morrison.

Die Streikenden nehmen diese Zitate auf, ohne über eigene politische Konzepte zu verfügen. Es ist eher ein gegenkulturelles Pophänomen. Ihre Annäherung an diese Ikonen ähnelt dem Konzept von Andy Warhol, es geht ihnen hauptsächlich um Provokation. Und die richtet sich auch gegen die politisch-korrekten progressiven Intellektuellen, die sich in ihre Intimfeinde verwandelt haben.

Dieser Streik musste sich gegen alle und alles durchsetzten, er hat einigen der Studenten das Leben gekostet, viele sind im Knast gelandet. Junge Frauen sind nach Streikversammlungen von "Unbekannten" vergewaltigt worden. Andere Mitglieder des CGH sind von "Unbekannten" entführt und gefoltert worden. Die Jugendlichen sind in einem sehr gewalttätigen Kontext aufgewachsen. Sie sind sehr roh in ihren Umgangsformen, auch untereinander.

Ihre mangelnde politische Ausbildung, ihre mangelnden diskursiven Fähigkeiten, ihre kulturelle Beschränktheit drückt sich in ziemlich rauen Umgangsformen aus. Die linken Intellektuellen, die sich um die PRD bewegen und großes Interessen an politischer Stabilität haben, distanzieren sich von der Streikbewegung. Selbst prominente mexikanische Intellektuelle wie Carlos Monsivais, der immer einen kritischen Geist gefördert hat, positioniert sich gegen sie. Als er sah, wie sich die Jugendlichen seine Werkzeuge der Kritik, Humor und Satire, zu eigen gemacht haben, um die Heuchelei der staatlichen Institutionen und auch der PRD zu entlarven, ist er erschrocken. Wenige Intellektuelle versuchen, diese Bewegung zu verstehen.

Interview: Boris Kanzleiter

Anmerkung:

1) Tribus Urbanos hieße wörtlich übersetzt "urbane Stämme". Im Spanischen sind damit allerdings nicht clanartige Großfamilienstrukturen gemeint, sondern städtische Submilieus, unterschiedliche Jugendkulturen, die über eigene kulturelle Codes verfügen (Musik, Kleidung etc.) und sich dem kommerziellen kulturelle Mainstream entgegen stellen.

Informationen auf deutsch und spanisch über die aktuelle Situation an der UNAM und eine geplante Rundreise von VertreterInnen der Studierendenbewegung durch Deutschland finden sich auf der Internetseite: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/

23. Chronik einer verratenen Revolution - Ecuadors indianische Bewegung zwischen Medien, Militärs und Machtergreifung

Autor: Boris Siebert · Rubrik: Ecuador · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:36

Als Anfang Januar der Umtauschkurs für den US-Dollar wieder einmal explosionsartig in die Höhe schnellte und sich die Stimmen mehrten, die öffentlich einen sofortigen Rücktritt der Regierung Jamil Mahuads forderten, da schwenkte der umstrittene Staatschef am Abend des 9. Januars seine politische Titanic nach rechts und verkündete die Abschaffung der Landeswährung Sucre und die Einführung des US-Dollars als offizielles Zahlungsmittel. Nur drei Tage zuvor hatte das Präsidium der nationalen Zentralbank diese Maßnahme komplett ausgeschlossen.

Mahuad setzte den Dollar auf 25.000 Sucres fest - was den monatlichen Mindestlohn auf umgerechnet vier Dollar reduzieren würde - und gab, entgegen einer Entscheidung des Verfassungsgerichts, bekannt, dass die Anfang März 1999 in allen Banken eingefrorenen Ersparnisse der Bevölkerung nun doch nicht zurückgegeben werden können. Im Windschatten der Dollarisierung verabschiedete der Regierungschef zugleich ein Gesetzespaket, das die Privatisierung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen beschleunigen und die "Flexibilisierung des Arbeitsmarktes" einleiten soll.

In der folgenden Woche ließen Abgeordnete der Demokratischen Linken (ID) den Schachzug der Regierung auffliegen und machten öffentlich, dass der schlagartige Anstieg der Inflation (bis auf knapp 70 Prozent) nicht dem Zufall, sondern dem exzessiven Ankauf von US-Dollars durch die staatlichen und privaten Banken geschuldet war. "Allein Filanbanco kaufte Ende Dezember 148 Millionen Dollar mehr, als es das Gesetz erlaubt", erklärte der ID-Abgeordnete Carlos Gonzalez, "die Banken wussten spätestens seit August von der geplanten Dollarisierung. Sie haben die Wahlkampagne Mahuads finanziert und sind die Hauptnutznießer der Regierungspolitik". Recherchen der ID zufolge hat Mahuad seit seiner Amtsübernahme vor 18 Monaten den Banken mehr als eine Milliarde Dollar zukommen lassen.

GegnerInnen der Dollarisierungsmaßnahme befürchten vor allem eine "Afrikanisierung der Lebensbedingungen". Nach Angaben der Weltbank leben von 13 Millionen EcuadorianerInnen derzeit sieben Millionen unter der Armutsgrenze, davon 1,9 Millionen in extremer Armut, die Mehrheit von ihnen sind Indigenas. Ein drastischer Anstieg der Armut durch die Dollarisierung ist vorprogrammiert.

Der Protest auf der Straße gegen Mahuads Dollarisierungsprojekt begann zunächst an der Uni. Studentenorganisationen lieferten sich in der Hauptstadt Quito und der zweitgrößten Stadt Guayaquil wahre Schlachten mit der Polizei. Diese rechtfertigte die Stürmung des Campus und die Verhaftung von mehr als 150 StudentInnen am 12. Januar mit dem seit Anfang des Jahres geltenden Ausnahmezustand.

In der Nacht zum 16. Januar zerschmetterte ein vermummtes Überfallkommando der Polizei die Wohnungstür von Ciro Guzman, Präsident der Demokratischen Volksbewegung (MPD). Guzman sowie Jose Chavez, Präsident der Dachgewerkschaft FUT, und Luis Villacis, Sprecher der Volksfront, wurden verhaftet und der Militärjustiz unterstellt. Sie kamen wenige Tage später wieder frei.

Es sind jedoch die rund drei Millionen, im Dachverband CONAIE (Confederacion de Nacionalidades Indigenas del Ecuador) organisierten Indígenas, die den Widerstand gegen Mahuad und die geplante Dollarisierung anführten. Die indianischen Gemeinden machen 40 Prozent der ecuadorianischen Bevölkerung aus. Schon vor dem 9. Januar hatte die CONAIE in alternativen Volksparlamenten, zunächst auf regionaler und dann auf landesweiter Ebene, den sofortigen Rücktritt der Regierung, des Parlaments und des Obersten Gerichtshofes gefordert. Für den 15. Januar rief die indianische Organisation zu einem landesweiten und unbefristeten levantamiento indígena (Aufstand der indianischen Bevölkerung) und zum Marsch nach Quito auf.

Unterdessen fanden im Regierungspalast hektische Verhandlungen mit den Transportgremien und der TaxifahrerInnen-Gewerkschaft statt. Angesichts des bevorstehenden Indigena-Aufstandes war Mahuad klar, dass er einen Streik der Taxistas und BusfahrerInnen um jeden Preis verhindern müsse. Diese hatten bereits im März und Juli letzten Jahres mit Blockaden alle größeren Städte für jeweils zwei Wochen lahm gelegt und

mit Unterstützung der Indigenas das Einfrieren der Benzinpreise erkämpft. Die Freigabe der Fahrpreise und eine finanzielle Unterstützung der in Dollar verschuldeten TaxifahrerInnen reichten diesen offenbar aus, um von einer Arbeitsniederlegung abzusehen.

Am Montag und Dienstag (17. und 18. Januar) erreichten mehrere tausend Indigenas nach tagelangen Fußmärschen die Hauptstadt. "Llushi caimanta shua Jamil Mahuad" (Weg mit dem Dieb Jamil Mahuad) forderten am Dienstag rund 10.000 Indigenas in ihrer Sprache Quichua. Am nächsten Tag waren dann auch VertreterInnen der städtischen Linken, der Unis und Gewerkschaften auf der nun schon über 20.000 Leute zählenden Kundgebung zu sehen.

Grabenkämpfe im Militär?

Der Protestzug durchbrach ohne größeren Widerstand der Militärs eine Absperrung, wurde aber im unteren Teil der Altstadt aufgehalten, wo eine Delegation mit Antonio Vargas an der Spitze zum Verteidigungsministerium gelang und dort mit dem Obersten Generalstab der Armee verhandelte, der zusicherte, kein Blutbad unter den Indigenas anzurichten.

Am Donnerstag (20. Januar) änderten die Indigenas ihre Strategie und bildeten einen dichten Menschengürtel um das abgesperrte Regierungsviertel. Schon in den Morgenstunden war der erste Riegel der Polizei ohne Gewaltanwendung durchbrochen worden. Mehrheitlich Quichuas aus dem ecuadorianischen Hochland hatten die ganze Nacht über die Stellung gehalten. Landesweit waren bereits die Hauptverkehrsstraßen durch Barrikaden blockiert, und in allen größeren Städten fanden Protestzüge gegen die Mahuad-Regierung statt.

Am Freitag (21. Januar) überschlugen sich dann die Ereignisse. Die Militärs räumten die Absperrungen um das Parlament und ließen die Menschenmassen ins Abgeordnetenhaus vordringen. Der zuständige Militär, Coronel Lucio Gutierrez, hatte sich auf die Seite der Aufständischen geschlagen. Er steht für die sogenannte "bolivarianische Strömung" innerhalb des ecuadorianischen Militärs, die sich am linksnationalistischen Kurs des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez orientiert. Mindestens 120 weitere Offiziere mittleren Ranges aus Gutierrez' Dunstkreis fanden sich ebenfalls im Parlament ein und sicherten den Indigenas ihre Unterstützung zu.

Kurz darauf wurde auch der Oberste Gerichtshof unter dem Schutz der Sicherheitskräfte von StudentInnen und Indigenas besetzt und die "Junta zur nationalen Rettung" ausgerufen, deren Vorsitzende, Lucio Gutierrez, Antonio Vargas und der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofes, Carlos Solorzano, der Regierung die Legitimität absprachen. "Heute, in dieser historischen Stunde stellen wir uns auf die Seite des Volkes, auf die Seite unserer indianischen Brüder und Schwestern, um ein für alle Mal Schluss zu machen mit dieser korrupten Politikerelite", erklärte Gutierrez.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Cedatos vom gleichen Tag unterstützten inzwischen 71 Prozent der Bevölkerung die Forderungen der Indigenas. Trotzdem war die Stimmung mehr als angespannt und alle warteten auf eine offizielle Stellungnahme des Generalstabs der Armee. Oberster Heeresführer und Verteidigungsminister Carlos Mendoza hatte in einer Pressekonferenz am frühen Nachmittag seine Verfassungstreue kundgetan, aber gleichzeitig betont, "den Willen der Mehrheit des Volkes zu respektieren".

Unterdessen rief das Transportgremium zu einem unbefristeten Streik ab 16 Uhr auf und schloss sich damit, wenn auch etwas verspätet, den Protesten an. Die Sprecher der neuen "Volksregierung" gaben den Stopp der Dollarisierung bekannt.

In einer zweiten Pressemitteilung teilte der Generalstab mit, die Führung der Armee habe der Regierung die Unterstützung entzogen und Mahuad zum sofortigen Rücktritt aufgefordert - großer Jubel unter den Tausenden von Menschen vor dem Regierungspalast. Gerüchte kursierten, Mahuad habe den Palast verlassen und politisches Exil in Chile beantragt. In vielen Provinzhauptstädten hielten die Indígenas die staatlichen Verwaltungsgebäude besetzt.

Gegen 18 Uhr formierte sich in Quito eine Großdemonstration der indianischen Organisationen. In den Straßen der Altstadt lieferten sich StudentInnen und regierungstreue Sicherheitskräfte schon seit Stunden Straßenkämpfe. Tränengasexplosionen, Dynamitdetonationen und Schüsse waren zu hören, doch als der Protestzug eintraf und begleitet von Sprechchören "Nicht schießen, nicht schießen" geschlossen auf die Ordnungshüter zumarschierte, zogen sich diese zurück. Der Weg zum Palast war frei. Wenig später traf auch

die "Junta zur nationalen Rettung" im Regierungssitz ein. Antonio Vargas verkündete vom "Präsidentenbalkon" den "Sieg des Volkes". Tausende Menschen jubelten ihm von der "Plaza Grande" aus zu.

Carlos Mendoza hingegen hatte Mahuad zwar fallen gelassen, suchte aber immer noch nach einem "verfassungstreuen Weg aus der Staatskrise". Zusammen mit Lucio Gutierrez, Antonio Vargas und Carlos Solorzano zog er sich ins Innere des Palastes zurück. Alle TV-Kanäle berichteten schon seit 24 Stunden live von der "undemokratischen Katastrophe", über deren Ausmaß nun spekuliert wurde: "Boykott, Embargo, totale internationale Isolierung" und eine "bevorstehende militärische Intervention", hysterisierten die meisten Kommentatoren. Auch die "totale Ablehnung des Verfassungsbruchs von Seiten des Weißen Hauses in Washington" wurde mehrfach betont. Cesar Gaviria, Präsident der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) rief aus Paris an, um das Gerücht einer möglichen militärischen Intervention zu bestätigen.

Um 23.30 Uhr trat die neue Regierung vor die Bevölkerung und die Presse. Anstelle von Lucio Gutierrez sah man nun jedoch Carlos Mendoza als Mitglied der Junta. Doch die Präsenz des Obersten Heereschefs, der den ganzen Tag über mit der nach Guayaquil geflüchteten Politikerelite und sogar direkt mit Washington in Verbindung gestanden hatte, erwies sich als Bluff, als "strategischer Schachzug zur Rettung der Demokratie und der Verfassung".

Die Indigenabewegung und die revolutionäre Junta waren überrumpelt worden. Kurz nach drei Uhr morgens teilte Mendoza der Presse seinen Rücktritt aus der Junta sowie als Verteidigungsminister und Chef der Streitkräfte mit und rief zu einer Pressekonferenz für sieben Uhr im Verteidigungsministerium auf. Hier wurde auf einmal Vizepräsident Gustavo Noboa zum neuen Staatschef erkoren. Diese Regelung entsprach zwar auch nicht den Bestimmungen der ecuadorianischen Verfassung, denn Jamil Mahuad war zu keinem Zeitpunkt offiziell zurückgetreten, nur so konnte jedoch das Zustandekommen der Volksregierung verhindert werden. Kurz darauf meldete sich sogar Mahuad "von einem sicheren Ort in Quito" zu Wort, akzeptierte "Opfer eines Militärputsches" geworden zu sein, und wünschte Gustavo Noboa viel Glück.

Schachzug zur "Rettung der Demokratie"

Die indianischen Organisationen verließen am Morgen des 22. Januar das Kongressgebäude und kehrten in ihre Dorfgemeinschaften zurück. Lucio Gutierrez wurde um acht Uhr morgens auf der Straße vom militärischen Geheimdienst verhaftet und verschleppt. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurden im Verlauf des Samstages mindestens sieben weitere Militärs an einen unbekannten Ort gebracht, während etwa hundert Angehörige der Armee in einem Militärcamp darauf warten, der Militärjustiz überstellt zu werden.

In Quito verkündete Noboa noch am Samstag in seiner Amtsantrittsrede die Weiterführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik Mahuads und das Festhalten am Dollarisierungsprogramm. Mendoza machte unterdessen "enthüllende" Erklärungen vor der Presse. Er sprach von Selbstputsch-Plänen der Regierung Mahuad, dem sich der Generalstab der Militärs Anfang Januar ebenso widersetzt habe wie der Aufforderung, den Präsidentenpalast notfalls mit einem Blutbad zu verteidigen. Mahuad hingegen spricht von einem versuchten Putsch rechter Militärs unter der Führung Mendozas .

Der kurze levantamiento indígena, der stärkste seit der Gründung der CONAIE Mitte der achtziger Jahre, hinterlässt viele offene Fragen. Wie ist die Stimmung in den unteren Reihen der Militärs, zu einem großen Teil Indigenas, deren unmittelbare Vorgesetzte die Revolte unterstützt haben? Warum wurde anstelle des Präsidentenpalastes nicht erst einmal ein Fernsehsender besetzt?

Antonio Vargas erklärte am 24. Januar, die CONAIE werde die Regierung Noboa nicht anerkennen, und kündigte an: "Die alternativen Volksparlamente werden fortgeführt. Wenn Noboa das gleiche Regierungsprogramm wie Mahuad verfolgt, werden auch unsere Aktionen weitergehen. Auch wenn wir im entscheidenden Moment diesmal von General Mendoza verraten wurden, haben wir einen Teilerfolg errungen." Die Indigenabewegung hat vor allem ihre Mobilisierungsfähigkeit und politische Stärke bewiesen - und rutschte dabei nur knapp an der Machtergreifung vorbei.

Boris Siebert, Quito

24. Zone der Entspannung im Kriegsgebiet. Die schwierige Suche nach Frieden in Kolumbien

Autor: H.P. Kartenberg · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:11

Die schwierige Suche nach Frieden in Kolumbien - Eine Reportage

Die Provinzhauptstadt San Vicente de Caguan liegt am Rande des Amazonasgebiets im Süden Kolumbiens. Es herrscht tropische Hitze, selbst nachts sinkt das Thermometer nicht unter 35 C. Mit 13.000 EinwohnerInnen ist San Vicente in dieser dünn besiedelten Gegend ein geschäftiges Regionalzentrum. Pferdefuhrwerke, lärmende Motorräder und verbeulte LKWs rattern durch die schmalen, staubigen Straßen rund um den Marktplatz. Dort bieten Straßenhändler vom Zuckerrohrsaft Guarapo bis zur Machete alles Erdenkliche feil. Ohrenbetäubende Salsa-Klänge dringen aus den handtuchschmalen Kneipen und tiendas - kleinen Geschäften, die den Platz umsäumen. Schuhputzer, die meisten kaum zehn Jahre alt, hocken auf den Bürgersteigen und warten auf Kundschaft. Berühmt geworden ist San Vicente jedoch aus einem anderen Grund:

Hier sitzen sich seit einem Jahr die Unterhändler der konservativen Regierung unter Andres Pastrana und der kommunistischen Guerilla Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens - Volksheer (FARC-EP) am Verhandlungstisch gegenüber, um eine politische Lösung für den längsten Bürgerkrieg in der Geschichte Lateinamerikas zu finden. Debattiert wurde bisher allerdings lediglich über Rahmenbedingungen für die eigentlichen Gespräche, die einmal in einen "neuen kolumbianischen Staat auf der Grundlage von Frieden und Gerechtigkeit" münden sollen. Auf die zentralen Punkte dieser Diskussion hatten sich FARC und Regierung in einer gemeinsamen 11-Punkte-Agenda im Mai letzten Jahres geeinigt.

Die 10-15.000 FARC-KämpferInnen sind in den vergangenen Jahren von der klassischen hit and run-Guerillataktik zu regulären Militäroperationen übergegangen, in deren Folge die kolumbianische Armee schwere Verluste hinnehmen musste. Vor dem Hintergrund der offensichtlichen militärischen Stärke der FARC-Guerilla gestand ihr die Pastrana-Regierung im November 1998 den Abzug von Militär- und Polizeieinheiten aus fünf Landkreisen zu und unterstellte die Gebiete offiziell der Kontrolle der Aufständischen. Damit erfüllte der Präsident eine Vorbedingung der "dienstältesten Befreiungsbewegung des Subkontinents" für Gespräche mit der Regierung.

Tauziehen um die Tagesordnung

Die sogenannte zona de despeje ("Entspannungsgebiet") in den Regionen Caqueta und Meta umfasst ein Gebiet von der Größe der Schweiz. Im Gegenzug verpflichteten sich die FARC, die Sicherheit der Regierungsunterhändler zu gewährleisten, die in der geräumten Militärkaserne von San Vicente untergebracht sind. De facto kontrollieren die FARC bereits seit Mitte der 90er Jahre weite Teile des infrastrukturell schwach entwickelten und von Hochgebirgen und undurchdringlichem Amazonaswald geprägten Süden und Osten Kolumbiens.

Die Zufahrtswege zur zona de despeje werden von der Armee durch Straßensperren blockiert. Mehrfach haben paramilitärische Gruppen bereits Menschen entführt oder ermordet, die in die zona wollten. BesucherInnen können San Vicente deshalb nur auf dem Luftweg erreichen. Nach misstrauischen Fragen und eingehenden Kontrollen auf dem Flughafen der Hauptstadt Bogotá dauert es eine gute Stunde, bis die kleine Maschine der Linie Satena - ein Unternehmen im Besitz der kolumbianischen Luftwaffe - auf der Asphaltpiste des Flughafens von San Vicente de Caguan aufsetzt.

Sind die Lebensverhältnisse in San Vicente schon bescheiden, so wird die Armut - je weiter man sich vom Zentrum entfernt - zunehmend offen sichtbar. Schon am Ortsrand lösen Bretterbuden, meist ohne Wasser- und Stromanschluss, die ein- bis zweistöckigen Häuser der Innenstadt ab. Die Straßen, mehrheitlich Sandpisten, verwandeln sich in der Regenzeit von März bis November in schwer passierbare Schlammrutschen.

Haupteinkommensquelle ist die Vieh- und Milchwirtschaft, die auf ausgedehnten Ländereien rund um San Vicente betrieben wird. Die Gegend verfügt weder über gute Böden für den Ackerbau noch über nennenswerte Bodenschätze. Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 60 Prozent.

Die erste Gesprächsrunde zwischen FARC und Regierung im Jahr 2000 begann am 13. Januar mit einem Tauziehen um den ersten Verhandlungs-Top, wobei die Guerilla ihre Forderung, die Arbeitslosigkeit und damit die neoliberale Wirtschaftspolitik Pastranas zum wichtigsten Diskussionspunkt zu machen, durchsetzen konnte. In der zona de despeje werden gleichzeitig die audiencias publicas vorbereitet - öffentliche Hearings, deren Finanzierung die Guerilla der Regierung abtrotzen konnte. Erstmals wird damit der Versuch unternommen, die Bevölkerung des ganzen Landes an der Diskussion über die angestrebten sozialen und ökonomischen Veränderungen zu beteiligen.

Im ehemaligen Kulturzentrum von San Vicente, gegenüber des Rathauses, ist das lokale Büro der FARC untergebracht. Vor dem Haus sitzt eine Gruppe bewaffneter Guerilleros. Insgesamt sind wenige KämpferInnen im Ort zu sehen: junge Männer und auffällig viele Frauen mit AK47-Gewehren und Macheten, in Gummistiefeln und Uniformen, ziehen eher schlendernd als patrouillierend durch die Straßen. Manche suchen im Schatten der Cafés Schutz vor der flirrenden Hitze, andere unterhalten sich in den Geschäften mit den Leuten.

Mauricio Gareca, verantwortlicher FARC-Kommandant in San Vicente, betont, die Guerilla sei in erster Linie eine politisch-moralische und keine militärische Autorität. Ihr Ziel sei es, so der comandante weiter, die Bevölkerung zu ermutigen, sich zu organisieren und für ihre Interessen einzusetzen. So wurden verschiedene Bürger-Komitees gegründet, mit deren Hilfe die sozialen und ökonomischen Probleme in Angriff genommen werden. Die Bilanz eines Jahres kann sich sehen lassen: unter Beteiligung der Bevölkerung ist ein Großteil der Straßen in den ärmsten Stadtteilen asphaltiert worden. Die FARC setzte zudem beim Stadtrat die Reinigung des Leitungswassers durch. Einhellig betonen Kneipenbesucher und Ladenbesitzerinnen, dass kaum noch Raubüberfälle vorkommen und die Mordrate um 98 Prozent zurückgegangen sei. Gleiches gilt für den Handel mit Bazooka, einem Billig-Derivat des Kokains. Die Guerilla hat den Handel untersagt und Dealern mit der Ausweisung aus der "Entspannungszone" gedroht.

Bürgerkomitees und Friedensrichter

Um für die alltäglichen Konflikte in einer Kleinstadt Lösungen anzubieten, hat die FARC die oficinas de quejas y reclamos - Büros für Beschwerden und Forderungen - eingerichtet. Das nächste "Büro" liegt etwa 20 Autominuten außerhalb des Ortes, abseits der Straße, am Rande eines Guerilla-Camps: ein stabiles Gerüst aus Bambusstöcken, überspannt von einer schwarzen Plastikfolie, zwei grob gezimmerte Holzbänke und ein Tisch - das ist der Arbeitsplatz von Arturo Medina. Vor dem "Büro" wächst eine riesige Palme, in deren Schatten eine Traube von Menschen aus San Vicente darauf warten, Medina ihre Anliegen vorzutragen. Schulden, Ehescheidungen, Gewalt in der Familie, Autounfälle und Schlägereien, die Fälle seien vielfältig, so der FARC-Friedensrichter.

Arturo Medina spricht wenig, hört bedächtig den KontrahentInnen und ZeugInnen zu, lässt sich die Probleme erläutern, notiert sich jeden Fall und hält schließlich Übereinkünfte und Urteile fest. Doch auch über schwere Delikte wird hier Recht gesprochen. Ein Besucher des Büros schildert, dass der Medina kürzlich einen Mörder dazu verurteilt habe, 200 Meter Dorfstraße zu bauen und drei Jahre lang Zahlungen an die Familie des Opfers zu leisten. In allen von den FARC kontrollierten Gebieten des Landes wird diese Form von Konfliktlösung und "neuer Justiz" angewendet, erzählt Friedensrichter Medina. Perfekt sei das System zwar nicht, aber es werde von der Bevölkerung in Anspruch genommen und anerkannt.

Auch in den anderen vier von der kolumbianischen Armee geräumten Gemeinden - Macarena, Vistahermosa, Mesetas und La Uribe - sind die Lebensverhältnisse ähnlich wie in San Vicente. Einen gravierenden Unterschied gibt es allerdings: In den kaum erschlossenen Gegenden haben sich desplazados angesiedelt, von Paramilitärs aus fruchtbareren Regionen vertriebene Bauernfamilien. Durch Brandrodung trotzen sie dem Urwald kleine Parzellen Land ab, auf denen sie die berüchtigte Kokapflanze anbauen. Hier, jenseits der "Agrargrenze", fernab von jeglicher staatlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur, ist Koka für die Bauern die einzig vermarktbare Ware. Die Preise werden von den Zwischenhändlern des Kokainexports, die jedoch auch den Transport garantieren. Die Koka-Anbaugebiete sind laut staatlicher Statistik um ein Drittel ärmer als die übrigen Landesteile. Hier ist der Staat nur in Form von Militärflugzeugen sichtbar, die Koka-Felder mit chemischen Giften besprühen.

Die FARC - traditionell in dieser Gegend präsent - verhält sich als Schutzmacht der Koka-Bauern, was ihr international den Ruf der "Narco-Guerilla" eingebracht hat. Ivan Rios, Mitglied des Oberkommandos der FARC,

bestätigt, dass die Organisation den Koka-Anbau dulde, solange es für die Bauern keine Alternative gebe. Die FARC besteuere zwar die Zwischenhändler, allerdings erhebe sie auch von anderen Wirtschaftsunternehmen in ihren Gebieten Kriegssteuern, erklärt Rios und fügt hinzu: "Hinter dem Koka-Anbau verbirgt sich ein grundlegendes soziales Problem, das nach einer sozialen und nicht nach einer militärisch Lösung verlangt." Die FARC habe in einer Region den Koka-Anbau auch einmal verboten, berichtet der Guerilla-Funktionär, allerdings mit dem Ergebnis, dass die Regierung daraufhin eine große Anzahl Militärs geschickt habe, die den Anbau wieder genehmigten. Seitdem toleriert die FARC den Koka- Anbau, sucht aber internationale finanzielle Unterstützung für ihren Vorschlag eines Modellprojektes zur Koka-Substitution.

Milliarden für Militärs

Während der Dialog zwischen Aufständischen und Regierung in der geräumten Zone im Süden des Landes seit Mitte Januar fortgesetzt wird, geht der Krieg in den übrigen Landesteilen mit unverminderter Härte weiter. Nach einer einseitigen "Weihnachts-Feuerpause" zerstörten die FARC kurz vor dem erneuten Verhandlungsbeginn mehrere Polizeistationen im Norden des Landes.

Was passieren wird, wenn das Übereinkommen zwischen FARC und Regierung über die geräumte Zone im Sommer 2000 nicht verlängert wird, bleibt offen. Die Bevölkerung jedenfalls hat Angst, dass die Paramilitärs ihre Drohungen Wahrmachen und Rache nehmen könnten.

Ebenso gibt es Befürchtungen, dass die militärische Auseinandersetzung durch die verstärkte Einmischung der USA in Kolumbien weiter eskaliert und der Friedensprozess scheitern könnte. Der Schwerpunkt des "Plan Colombia", für den Präsident Pastrana internationale finanzielle und politische Unterstützung seitens der USA und der EU gefunden hat, liegt auf einer militärischen Lösung des Konfliktes.

Am Tag der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit den FARC, erhielt die kolumbianische Regierung von den USA den Zuspruch für eine Militärhilfe in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar - mehr erhalten nur Israel und Ägypten für diesen Zweck. Die Gelder sind unter anderem für weitere Militärberater und die technische Ausstattung zweier Eliteeinheiten der Armee mit Kampfhubschraubern und High-Tech-Geräten vorgesehen. Diese neuen Einheiten heißen zwar offiziell bataillones antinarcoticos - Sondereinsatztruppen gegen den Drogenhandel, aber US-Außenministerin Albright wollte keine Zweifel über ihren Einsatzbereich aufkommen lassen: die FARC unterstütze den Drogenhandel, deshalb müsse sie bekämpft werden. Das US-State Department wurde noch konkreter: es gehe darum die "Kontrolle über den Süden des Landes wiederzugewinnen".

Eine direkte militärische Invasion der USA in Kolumbien wird von der FARC nicht länger ausgeschlossen. Ob die Verhandlungen zwischen einer starken Guerilla und einer von den USA gestützen Regierung mehr politische Spielräume für die Linke Kolumbiens schaffen, muss mit Skepsis verfolgt werden. Die Situation im Land verdient jedenfalls Aufmerksamkeit - und Engagement.

H. P. Kartenberg

25. Schwere Krise im Friedensprozeß. Streit um IRA-Waffen und Polizeireform

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:26

Nordirland: Streit um IRA-Waffen und Polizeireform

Der nordirische Friedensprozess befindet sich mal wieder in einer Krise. Auch deren Auslöser ist alles andere als neu: die IRA weigert sich unverändert, schon jetzt mit der Abrüstung ihres Waffen- und Sprengstoffarsenals zu beginnen, wie es die Unionisten von ihr verlangen. Im Gegenzug übernahm die britische Regierung das Ultimatum der Unionisten und kündigte die Suspendierung der gerade installierten nordirischen Regionalregierung an.

Das am Karfreitag 1998 von den Regierungen in London und Dublin sowie den meisten nordirischen Parteien unterzeichnete Belfast Agreement sieht u.a. die Bildung einer nordirischen Regionalregierung nach dem Power-Sharing-Prinzip vor. Das bedeutet, dass die Regierung nicht schlicht nach dem Mehrheitsprinzip gebildet wird, denn das würde bei einer Einigung zwischen den protestantischen/unionistischen Formationen eine Ausgrenzung der politischen Repräsentanten der katholischen/nationalistischen Bevölkerungsminderheit ermöglichen. Vielmehr muss die Minderheit in der Regierung vertreten sein, und zwar ebenso wie die Unionisten gemäß ihrer Stärke im Parlament.

Power Sharing - schwieriger Pluralismus

Bei den Wahlen zum neuen Regionalparlament hatten die Parteien der Nationalisten und Republikaner ihr bestes Ergebnis in der Geschichte Nordirlands erzielt. Das liegt vor allem an den demographischen Veränderungen, die Nordirland seit seiner Gründung im Jahre 1922 erfahren hat. Die moderat-nationalistische Social Democratic and Labour Party (SDLP) erhielt 22% der Wählerstimmen, womit erstmals eine katholische/nationalistische Formation den größten Stimmenanteil auf sich vereinigen konnte. Die Ulster Unionist Party (UUP), die auf 21,3% kam, musste sich erstmals mit dem zweiten Rang zufrieden geben. Die DUP (Democratic Unionist Party), die das Belfast Agreement als Ausverkauf protestantischer/unionistischer Interessen und Einstieg in eine gesamtirische Republik ablehnt, verbuchte 18,1%. Die als "politischer Arm der IRA" apostrophierte Sinn Féin erreichte mit 17,6% das beste Ergebnis in ihrer Geschichte. Westlich des Flusses Bann, der die Provinz geographisch, konfessionell und politisch teilt, sowie in der "Hauptstadt" Belfast wurde Sinn Féin stärkste Partei überhaupt. Am Ende trennten Sinn Féin nur 29.567 Stimmen von der UUP.

Obwohl die UUP hinter der SDLP lag, stellt sie mit 28 der insgesamt 108 Abgeordneten die größte Fraktion, gefolgt von der SDLP (24), der DUP (20) und Sinn Féin (18). Damit standen Sinn Féin zwei der insgesamt zehn Ministerien in der Regionalregierung zu (UUP und SDLP jeweils drei, DUP zwei). Doch unionistische Verzögerungstaktik verhinderte die Regierungsbildung zunächst.

Was für die Mehrheit der Unionisten und Loyalisten noch vor einigen Jahren ein furchtbarer Albtraum gewesen war, wurde im November 1999 schließlich doch noch Realität: die Bildung einer nordirischen Regionalregierung aus Unionisten wie Nationalisten, in der auch Politiker Sinn Féins Platz nahmen.

Um die Bedeutung dieses Schrittes angemessen einzuschätzen, bedarf es eines kleinen Rückblicks in die Geschichte des Landes. Der nordirische Staat wurde seinerzeit als "protestant state for protestant people" gegründet. Nordirlands erster Premier James Craig alias Lord Craigavon: "Ich bin in erster Linie ein Orangeman, erst danach ein Mitglied des Parlaments. Wir sind ein protestantisches Parlament und ein protestantischer Staat." Die Teilung der irischen Insel wurde so vollzogen, dass sie eine sichere protestantische/unionistische Mehrheit im nordirischen Staat garantierte. Um das demographische Kräfteverhältnis noch weiter zu Gunsten der Protestanten/Unionisten zu verschieben, wurde eine Wahlgesetzgebung erlassen, die die katholische/nationalistische Minderheit klar benachteiligte. Hinzu kam ein vielfältiges System sozialer Diskriminierung der Katholiken, das die protestantischen Unterklassen integrieren und die katholische Emigrationsrate hochhalten sollte. Katholische Emigration sollte die höhere Geburtenrate der Katholiken neutralisieren.

1974 war es schon einmal zur Einführung einer Power-Sharing-Exekutive gekommen, die jedoch am massenhaften Widerstand der Paisley-Fraktion, der Militanz loyalistischer Paramilitärs sowie den Intrigen von

Militär, Geheimdienst und Teilen der Torys scheiterte. Dabei war es damals lediglich um die Einbindung der SDLP gegangen, die Republikaner blieben noch außen vor. Das protestantische/unionistische Lager war seither gespalten: Während ein Teil der Unionisten akzeptierte, dass es eine Rückkehr zur nordirischen Selbstverwaltung nur auf Basis von Power Sharing geben würde, hielt ein anderer Teil unverändert am Prinzip der Mehrheitsherrschaft fest.

Sinn Féin schickte neben Bairbre de Brun, die das Ministerium für Gesundheit und Soziales übernahm, auch Martin McGuinness als Erziehungsminister in die Regierung. Seine Ernennung war von gehöriger Brisanz. Nach Auffassung von Geheimdienstlern, unionistischen Politikern, aber auch der Medien handelt es sich bei McGuinness um einen ehemaligen Stabschef der IRA. Von allen hochrangigen Sinn-Féin-Politikern genießt McGuinness bei den Freiwilligen der IRA das größte Vertrauen. Dies ist wohl mit ein Grund, warum sich Sinn Féin für McGuinness als Minister entschied.

Die Unionisten mussten bei der Regierungsbildung weit über ihren Schatten springen. Vor einigen Jahren war man nicht einmal zu Gesprächen mit Sinn Féin bereit. Nun bildete man mit den entschiedensten Feinden des nordirischen Staates eine gemeinsame Regierung, obwohl die IRA nicht eine einzige Patrone herausgerückt hatte. Dieser Entscheidung waren heftige Debatten vorausgegangen, vor allem innerhalb der UUP, deren Vorsitzender David Trimble auch der "Erste Minister" der nordirischen Exekutive ist (den "Zweiten Minister", Seamus Mallon, stellt die SDLP). Trimble erkaufte sich die Zustimmung der Partei, indem er die Beteiligung an der Regierung für vorläufig erklärte: Sollte die IRA nicht bis Februar 2000 mit der Abrüstung beginnen, würden er und die anderen Kabinettsmitglieder der UUP die Regierung wieder verlassen, was automatisch auch deren Ende bedeuten würde.

Dauerstreit um Abrüstung

Dieses Ultimatum allerdings widersprach dem Inhalt des Belfast Agreement. Das Abkommen verpflichtet nämlich weder die IRA noch die loyalistischen Paramilitärs zur Abrüstung. Schon gar nicht erklärt es die Abrüstung der IRA zur Bedingung einer Regierungsbeteiligung Sinn Féins. Ein derartiges Junktim hätte niemals die Zustimmung der IRA erhalten, weshalb London und Dublin darauf verzichteten. Die Abrüstungsfrage wurde damals bewusst weitgehend ausgespart. Im Abkommen heißt es hierzu nur, sie solle bis zum Mai 2000 abgeschlossen sein. Über ihren Beginn wird nichts gesagt. Von Sinn Féin und den beiden loyalistischen Parteien Progressive Unionist Party (PUP) und Ulster Democratic Party (UDP), die mit den loyalistischen Paramilitärs im Bunde stehen, wird lediglich verlangt, sich für die Entwaffnung einzusetzen, wörtlich: "to use any influence they may have to achieve the decommissioning of all paramilitary arms within two years."

Mittlerweile liegt London und Dublin ein Bericht des mit der Umsetzung der Abrüstung beauftragten Kommission des kanadischen Generals John de Chastelain vor, der hinsichtlich einer IRA-Abrüstung eine pessimistische Einschätzung enthält. Sollte die IRA nicht bis zum 11. Februar mit der Abrüstung beginnen, will nun London Nordirlands Regierung und Parlament "auf Eis legen", um wieder selbst die Regierungsgewalt zu übernehmen. Die Republikaner quittierten die Übernahme des unionistischen Ultimatums durch die britische Regierung mit Empörung.

Dass die IRA bis zum Mai 2000, wie ursprünglich vorgesehen, ihre Abrüstung vollziehen würde, war schon bei Unterzeichnung des Belfast Agreement äußerst unrealistisch. Und je mehr die Unionisten dessen Umsetzung bezüglich einer nordirischen Regionalregierung und einer Regierungsbeteilung von Sinn Féin hinauszögerten, desto unrealistischer wurde dieses Datum. Aus Sicht der IRA besteht überhaupt kein Grund zu einem einseitigen Einstieg in die Abrüstung, da sie sich nicht als Verlierer betrachtet. Bevor die IRA ihre Waffen abgibt, will sie sicher sein, dass der Prozess der Demontage unionistischer Vorherrschaft (durch Regierungsbeteiligung der Nationalisten und Republikaner, institutionalisierte Kooperation mit der Republik Irland etc.) sowie deren Demilitarisierung (durch Polizeireform, schrittweisen Abzug der britischen Truppen) unumkehrbar ist.

Sinn Féin hatte dabei auf Zeit gesetzt. Die Hoffnung war wohl, dass die Unionisten und die Bevölkerung an der Power-Sharing-Exekutive Gefallen fänden, wodurch die Abrüstungsfrage in den Hintergrund geriete. Und auf Seiten der IRA würde jede Reform - insbesondere die der Polizei (s.u.) - die Bereitschaft zur Abrüstung stärken.

Regierungsintern vertritt man eine Einschätzung, die der Wahrheit nahe kommt: Die IRA hat ein genuines Interesse am Friedensprozess und dessen Fortführung, aber es dürfte ein bis zwei Jahre dauern, bevor sie mit der Abrüstung beginnt. Dieser Einschätzung entsprechen auch die beiden jüngsten Statements der IRA, in denen sie einerseits die Aufrechterhaltung des Waffenstillstands und die Unterstützung des Friedensprozesses verspricht, aber einer Abrüstung zu "unionistischen und britischen Bedingungen" eine klare Absage erteilt. Mit ihrem Plan, die Institutionen "auf Eis" zu legen, kam London einem Rücktritt von Trimble zuvor. Minister und Abgeordnete sollen ihre Posten behalten, freilich ohne Befugnisse. Direktherrschaft wäre demnach nur eine Interimslösung bis zur endgültigen Klärung der Waffenfrage.

Die Bilanz der nordirischen Exekutive fällt bislang durchaus positiv aus. Zwar liefern sich Unionisten und Nationalisten unverändert heftige Wortgefechte, doch daneben konzentriert man sich auf Sachfragen. Während Peter Robinson, Minister für Regionalentwicklung und zweiter Mann in Paisleys DUP, in einem katholischen Bezirk eine Umgehungsstraße eröffnet und dabei "größte Fairness" bei der künftigen Infrastrukturpolitik beschwört, fordert Erziehungsminister Martin McGuinness die eigene Community auf, die "engstirnige konfessionelle Erziehung" zu überdenken.

Eigentlich ist es völlig absurd, Regierung und Parlament, ja eventuell sogar den Waffenstillstand an der Frage scheitern zu lassen, ob die IRA nun in wenigen Tagen oder erst in zwei Jahren mit ihrer Abrüstung beginnt. Entscheidend ist, dass die Waffen schweigen, denn dadurch hat sich die Alltagssituation der nordirischen Bevölkerung erheblich verbessert.

London übernimmt das Ultimatum

Die harte Haltung der britischen Regierung und Trimbles liegt primär in innerunionistischen Differenzen und der fragilen Position des "Ersten Ministers" begründet. Hätte Trimble sein Ultimatum widerrufen und sich auf eine längere Abrüstungsperiode eingelassen, wäre er des Verrats bezichtigt und als "Erster Minister" und UUP-Parteivorsitzender gestürzt worden. Ein Rücktritt Trimbles wäre ebenfalls nicht ohne Probleme gewesen. Das innerunionistische Kräfteverhältnis ist äußerst labil, Gegner und Befürworter des Abkommens halten sich im besten Falle die Waage. Trimble ist Londons Mann, aber es ist äußerst fraglich, dass der von ihm repräsentierte Flügel des Unionismus Neuwahlen überstehen würde. Ein Sieg der UUP-Hardliner und Paisleys würde aber beim derzeitigen Stand der Dinge wohl das Ende des Belfast Agreement bedeuten und die britische Regierung vor erhebliche Probleme stellen.

Die Wiedereinführung der Direktherrschaft durch London wird nicht automatisch das Ende des Friedensprozesses und des Belfast Agreements bedeuten. Vielmehr handelt es sich dabei um einen Balanceakt der Regierung. Die britische Regierung wird schon deshalb einige Reformen weiter vorantreiben, um einer Neuauflage der IRA-Kampagne die Legitimation zu entziehen.

Trotzdem bleibt ein erhebliches Restrisiko. Die Real IRA, die nach dem verheerenden Bombenanschlag von Omagh zunächst einen Waffenstillstand erklärte, nun aber unter dem neuen Etikett Oglaigh na hEireann wieder auf die Bühne tritt, bereitet sich auf eine militärische Kampagne vor. Diese soll eine Verständigung zwischen den Unionisten und den Mainstream-Republikanern zusätzlich erschweren sowie die Reformpolitik torpedieren. Das nicht ganz unrealistische Kalkül der Dissidenten: Je mehr innerhalb der republikanischen Community der Eindruck entsteht, dass bei den Unionisten die Hardliner den Lauf der Dinge diktieren, und je mehr sich die britische Regierung aus Reformvorhaben zurückzieht, desto lauter werden auch innerhalb der IRA die Zweifel am Friedensprozess werden. Die IRA stünde dann vor der Alternative Spaltung oder Aufkündigung des Waffenstillstands.

Neben der Entwaffnung der paramilitärischen Organisationen ist die Umwandlung der Royal Ulster Constabulary (RUC) zu einer zivilen und auch für die katholische/nationalistische Minderheit akzeptablen Polizeitruppe ein weiterer Streitpunkt im nordirischen Friedensprozess. Beide Streitpunkte sind untrennbar miteinander verquickt. Ohne eine grundlegende Polizeireform wird die IRA kaum zur vollständigen Waffenabgabe, geschweige denn zu ihrer Auflösung bereit sein.

Anfang September 1999 hatte die vom letzten britischen Hongkong-Gouverneur Chris Patten geleitete Independent Commission on Policing in Northern Ireland ihren Bericht zur Zukunft der RUC vorgelegt. Der Patten - Bericht, dessen Vorschläge mittlerweile vom Nordirlandminister Mandelson übernommen wurden, bemüht sich um einen Spagat zwischen der republikanischen Forderung nach einer Auflösung der RUC und

dem unionistischen/loyalistischen Interesse an einer möglichst weitgehenden Beibehaltung des Status quo. Eine Umfrage ergab, dass 69% der nordirischen Katholiken die Vorschläge der Independent Commission befürworteten. Hingegen sagten 65% der Protestanten "No".

In den 30 Jahren der "troubles" war Nordirland das weltweit gefährlichste Land für Polizisten. 302 RUC-Offiziere wurden getötet, ca. 13.000 verletzt, was etwa einem Drittel der in dieser Zeit im Polizeidienst Tätigen entspricht. Zu Beginn der "troubles" lebte noch ein Teil der RUC-Beamten in mehrheitlich katholischen Gegenden, was sich jedoch schnell änderte. Middle-Class-Städte wie Bangor und Moira wurden zu "Cop Towns". Die gut bezahlte RUC wurde mehr und mehr zu einer "dritten Community" in der nordirischen Gesellschaft. RUC-Offiziere haben RUC-Offiziere zu Nachbarn, verkehren privat vornehmlich mit Kollegen und auch die Freunde ihrer Kinder haben Kollegen zu Vätern.

Unter den Polizeikräften im Vereinigten Königreich stellte die RUC stets eine Besonderheit dar, war sie doch von Beginn an eine bis an die Zähne bewaffnete und von ihrem Selbstverständnis her paramilitärische und politisch orientierte Streitkraft. Bereits im September 1920, d.h. noch vor der offiziellen Teilung der irischen Insel und der Ausrufung des nordirischen Staates, wurde der Aufbau einer Special Constabulary begonnen; faktisch wurde die antikatholische und antirepublikanische paramilitärische Ulster Volunteer Force (UVF) zu einer offiziellen Polizeitruppe.

Die Konstituierung des nordirischen Staates wurde von antikatholischen Pogromen begleitet, bei denen insbesondere die "B-Specials" (die bewaffnete Teilzeit-Streitmacht der RUC) kräftig mitmischten. Über 300 Katholiken wurden ermordet. Die RUC wurde auch anschließend zu keinem Zeitpunkt von der katholischen Minderheit als legitime Polizei akzeptiert. In den Augen der meisten Katholiken war sie keine normale Polizeikraft, sondern der bewaffnete Arm der unionistischen Einheitspartei.

Im August 1969 wurden in Belfast 1.505 katholische Familien aus ihren Häusern vertrieben. Die nordirische Hauptstadt wurde zum Schauplatz der größten Fluchtbewegung Westeuropas seit dem Zweiten Weltkrieg. Das antikatholische Pogrom wurde von der RUC und den "B-Specials" gedeckt bis offen unterstützt, was im Lager der Minderheit den rasanten Aufstieg der Provisional IRA beförderte.

Die Mitgliedschaft der RUC blieb zu über 90% protestantisch, während der Anteil der Katholiken an der Bevölkerung auf über 40% stieg. Die RUC kollaborierte mit den Todesschwadronen der illegalen loyalistischen Paramilitärs, indem sie diese mit Informationen über ihre Opfer versorgte. Wer der RUC beitrat, musste einen Eid auf die Krone und damit den Unionismus leisten. Ein überzeugter Protestant und Loyalist, der mit der Waffe für Ulster kämpfen wollte, musste also nicht unbedingt bei der Ulster Defence Association (UDA)/Ulster Freedom Fighters (UFF) oder der UVF anheuern. Für einen Katholiken, der der RUC beitreten wollte, hieß dies, dass er gleichzeitig Unionist sein musste. Nichtsdestotrotz begegnete ihm das Gros seiner protestantischen Kollegen auch dann noch mit Skepsis bis Ablehnung, denn da war ja immer noch die andere Konfessionszugehörigkeit.

Das Ende der unionistischen Polizei?

Die Probleme der RUC in einer normalisierten nordirischen Gesellschaft lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Die RUC ist "too big, too male, too Protestant, too unionist." Entsprechend plant die Regierung eine deutliche Verringerung des RUC-Personals bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils katholischer Polizisten. Bis die konfessionelle Komposition der RUC den Verhältnissen innerhalb der Bevölkerung entspricht, wird es allerdings noch viele Jahre dauern. Für jeden pensionierten Protestanten müssten gleich mehrere Katholiken rekrutiert werden.

Grundvoraussetzung für die Erhöhung der Zahl katholischer Polizisten ist die Umbenennung der Polizeitruppe. Nach der bereits erfolgten Abschaffung des Eids auf die Queen sollen nun auch die politisch besetzten Begriffe "Royal" und "Ulster" aus dem Namen verschwinden. Statt dessen soll die Truppe den politisch neutraler klingenden Namen Northern Ireland Police Service erhalten. Auch das Emblem der RUC mit der Krone und der irischen Harfe soll in der Mottenkiste verschwinden, und die gleichzeitige Mitgliedschaft im antikatholischen Orange Order soll ebenfalls verpönt sein.

In den Augen vieler Protestanten bedeutet dies die Abschaffung einer ihrer traditionsreichsten Institutionen. Politische Neutralität ist für viele Protestanten gleich bedeutend mit einem Hineinschlittern in den irischen

Nationalismus und ein vereinigtes Irland. Hinzu kommt, dass mit der Umwandlung der RUC die britische Regierung de facto anerkennt, dass die Polizei während der "Troubles" nicht nur zu den Opfern des Konflikts, sondern auch zu dessen Tätern, ja Verursachern zählte. Und außerdem befürchtet man, dass sich unter den neu-rekrutierten katholischen Mitgliedern auch zahlreiche ehemalige IRA-Aktivisten befinden werden, auch wenn die britische Regierung dies verhindern will.

Die britische Regierung wird die Umbenennung der RUC auch dann betreiben, wenn der Friedensprozess scheitern und/oder eine innerrepublikanische Oppositionsgruppe den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen sollte. Die Entwaffnung der Polizei würde dann allerdings ausbleiben, denn diese koppelt London an eine Reduzierung der "terroristischen Gefahr". Und auch die Rekrutierung von Katholiken würde sich im Falle einer neuerlichen Frontstellung gegen Teile der katholischen Community schwieriger gestalten. Die Reform der RUC würde dann den Charakter einer neuen Kriminalisierungsstrategie annehmen, in der sich eine "entpolitisierte" und "normalisierte" Polizeistreitmacht im Kampf mit "Terroristen" befindet.

Dietrich Schulze-Marmeling

26. Der Sündenbock. Adriano Sofri ist das Opfer eines Inquisitionsprozesses

Adriano Sofri ist das Opfer eines Inquisitions-Prozesses

Autor: Antonio Tabucchi · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:01

Adriano Sofri ist wieder im Knast, seine ebenfalls verurteilten Genossen Ovidio Bompressi und Giorgio Pietrostefani sind zur Zeit "unauffindbar". Das Berufungsgericht von Venedig sah keine Veranlassung, den Prozess gegen sie neu aufzurollen. Es hält die drei ehemaligen Lotta-Continua-Mitglieder weiterhin für schuldig am der Ermordung des Polizeikommissars Luigi Calabresi im Mai 1972. Die Verurteilung basiert allein auf der widersprüchlichen Aussage des Kronzeugen Leonardo Marino - und auf dem festen Willen der italieneischen Justiz, den Tod Calabresis zu rächen. Zu diesem krassen Fall von Klassenjustiz dokumentieren wir einen Kommentar des italienischen Schriftstellers Antonio Tabucchi.

Mir fällt ein Satz aus Orwells "Animal Farm" ein: "Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher als andere." Warum denn ist Buscetta (1) nicht glaubwürdig, und Marino ist glaubwürdig? Weil offensichtlich, auch wenn beide "reumütige Kronzeugen" (pentiti) sind, Marino mehr reumütiger Kronzeuge ist als Buscetta. Ich glaube, dass das Urteil die ohnehin schon weit verbreitete Meinung stützt, der "Irrtum" Sofris und seiner Leidensgenossen bestehe in ihrer Loyalität gegenüber dem italienischen Staat, mit dem sie meinten ein ritterliches Duell führen zu können, um ihre Unschuld zu beweisen. Man muss wohl glauben, dass mit einem Staat wie dem unseren, dessen Institutionen bei mehr als einem historischen Ereignis schwere Deformationen gezeigt haben, eine auf Loyalität gegründete Konfrontation nicht zu führen ist. Vom Caserio-Prozess zum Fall Moro bis zur Piazza Fontana zwingen dieser Staat und seine Justiz zu Argwohn und Misstrauen. Das Plädoyer, das der Generalstaatsanwalt über die Angeklagten gehalten hat, ebenso wie die Reden der übrigen Anklagevertreter übergehen die praktischen Elemente des Prozesses wie Beweise und Gegenbeweise, sie benutzen Beschimpfungen mit fundamentalistischem Beigeschmack, wie sie zu einem Tribunal in Teheran oder Kabul passen würden.

Wenn man Sofri als "Inkarnation des biblischen Bösen" bezeichnet, spricht man nicht Recht, sondern man redet wie ein Inquisitionsgericht. Im übrigen hat der Vatikan - ein außergemeinschaftlicher Staat nicht nur im Herzen Italiens sondern der gesamten Europäischen Gemeinschaft, der immer die Orientierung der italienischen Institutionen gelenkt hat - gegenüber Sofri, Bompressi und Pietrostefani immer die selben fundamentalistischen Töne benutzt. Für mich ist dieses Urteil die Bestätigung eines Unrechts, das die Kluft zwischen dem Bürger und dem italienischen Staat vertieft. Was mich betrifft, so überrascht es mich weniger, als dass es mich verstört und beunruhigt.

Dass Marinos Geständnis nicht "spontan" war, wie man bisher glauben machen wollte, dass sein "spirituelles Ringen" in Wahrheit Ergebnis geheimer nächtlicher Treffen war, die mehr als zwölf Tage lang in einer Carabinieri-Kaserne stattfanden - das hat dieser Prozess bewiesen, ohne den Schatten eines Zweifels zu hinterlassen. Zwölf Nächte wachsender Reue, die uns leider keinen neuen Roman wie "Die Verlobten" (2) beschert, sondern nur den romanhaften Anhang zu einem Italien unter einer Fahne, die mit riesigen historischen Löchern übersät ist, schwarzen Löchern, die sich nicht so schnell stopfen lassen.

Mit loyalem Vertrauen gegenüber der juristischen Gewalt bleibt Sofri dabei, dass seine Verurteilung nicht auf einem Komplott, sondern auf einer Vielzahl von Umständen beruht. Aber wenn zu diesen Umständen Elemente gehören wie die Landwirtschaftsbank an der Piazza Fontana, die 1969 gesprengt wird; ein Staatsapparat, der schon vorher weiß, welche Verdächtigen zu beschuldigen sind; ein Eisenbahner, der illegal von der Polizei festgehalten wird und wegen "aktiven Unwohlseins" aus dem Fenster fällt; wenn nach langen Untersuchungen einige Ermittlungsrichter die wahren Schuldigen nennen können (die subversive Rechte); wenn in diesem Prozess die Kungelei von faschistischer Subversion und sog. "auf Abwege geratenen" staatlichen Diensten bewiesen werden kann (wobei diese Dienste bei genauerem Hinsehen niemals "auf Abwegen" waren, sondern zielstrebig vorgingen); wenn ein Kommissar, der sich nicht nur mit Anarchisten befasst (und von der extremen Linken übel und dumm beschuldigt wird), sondern auch eine Ermittlung wegen Waffenhandels gegen die subversive Rechte führt; wenn dieser Kommissar von Unbekannten ermordet wird - was soll man daraus schließen?

Dass die Verurteilung von Sofri, Bompressi und Pietrostefani sich nicht auf die unbezweifelbare, objektive Prüfung von Beweisen stützt, sondern allein auf das Gerede Marinos, wurde in einem mittlerweile in mehrere Sprachen übersetzten und von niemandem angezweifelten Buch ausführlich dargestellt. (Carlo Ginzburg: "Der Richter und der Historiker"; deutsch bei Wagenbach, Berlin 1991) Es handelt sich also um einen "anderen" Prozess, wo mehr als objektive Prüfungen ideologische Orientierungen zu zählen scheinen, höchst subjektive Bewertungen über die menschliche Seele und ihre möglichen "Sünden". Für diese "Sünden" ist Sofri der ideale Sündenbock - ein kritischer Intellektueller, der in den vergangenen Jahrzehnten Anstoß erregt hat. In diesem Moment, der mich um die Gedankenfreiheit und die europäische Zivilisation besorgt macht, erscheint Europa, das bisher nur durch das Geld zusammen gehalten wird, nicht als die beste der möglichen Demokratien. Aber ich bin überzeugt, dass unsere Probleme in ganz Europa debattiert werden müssen. Auch wenn damit sicherlich nicht ihre Lösung garantiert ist.

Antonio Tabucchi

(La Repubblica, 25.1.2000; Übersetzung: Js.)

Anmerkungen:

1. Tommasso Buscetta: Mafia-Kronzeuge gegen Giulio Andreotti

2. berühmter Roman von Alessandro Manzoni, erschienen zwischen 1827 und 1842

27. Zurück auf Los. Im Baskenland verhärten sich die Fronten

Autor: mb. · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:07

Am 21. Januar hat sich ETA zurückgemeldet. Nach der Explosion von zwei Autobomben in Madrid geben vorerst wieder die Hardliner den Ton an. Im Baskenland ist das Bündnis zwischen bürgerlichen und linken Nationalisten in Gefahr, Madrid verstärkt den polizeilichen Druck auf ETA und Herri Batasuna (HB).

Der Bombenanschlag kam nicht unerwartet. Im Dezember hatte ETA nach 14 Monaten ihren Waffenstillstand aufgekündigt, da weder der spanische Staat darauf substanziell reagiert hatte, noch die gemäßigten baskischen Parteien Partido Nacionalista Vasco (PNV) und Eusko Alkartusuna (EA) sich genügend für die Unabhängigkeit des Baskenlandes eingesetzt hätten.

ETA hatte im September 1998 den Waffenstillstand ausgerufen. Zuvor hatten die linksnationalistische HB, der konservative PNV, die sozialdemokratisch orientierte EA, als einzige gesamtspanische Organisation das von der KP Spaniens dominierte Wahlbündnis Izquierda Unida (IU) und weitere 19 baskische Organisationen und Gewerkschaften den "Pakt von Lizarra" unterzeichnet. Darin sprachen sie sich für eine politische Lösung des spanisch-baskischen Konfliktes aus, die auf Grundlage der Entscheidung der Menschen im Baskenland erfolgen müsse und als eine Option auch die Unabhängigkeit beinhalten könnte.

In der Folge gingen die baskischen Parteien spürbar aufeinander zu. Nach den Wahlen im spanischen Baskenland im Oktober 1998 vereinbarten PNV und EA mit dem Wählbündnis Euskal Herritarok (EH), das um HB zu diesen Wahlen gegründet worden war, die parlamentarische Unterstützung ihrer Minderheitsregierung. Stärker als in den Jahren zuvor rückten PNV und EA davon ab, alleine die spanische Verfassung und den Autonomiestatus des spanischen Baskenlandes, das nur drei der sieben baskischen Provinzen umfasst, als Handlungsrahmen zu akzeptieren. (vgl. ak 433)

Dennoch zielte ETA im Dezember mit ihrer Begründung, warum sie den bewaffneten Kampf wieder aufnimmt, vor allem auf PNV und EA. Beide Parteien reagierten umgehend, um eine Rückkehr ETAs zur Gewalt zu verhindern. Der PNV kündigte noch vor Weihnachten die Zusammenarbeit mit dem in Madrid regierenden Partido Popular (PP) auf. Mitte Januar gab sich der PNV neue politische Leitlinien, deren Ziel eine Volksabstimmung über das Selbstbestimmungsrecht im Baskenland ist. EA erklärte kurz vor dem Jahreswechsel, sie werde - falls man mit Madrid nicht zu einer Übereinkunft komme - dafür plädieren, dass sich die Basken "unter dem Schutz der internationalen Verträge, die Spanien unterzeichnet hat, selbst als souverän erklären".

Damit sah es zunächst so aus, als sei die Rechnung von ETA aufgegangen. Auch der Fund von zwei Transportern der ETA mit fast zwei Tonnen Chlorat und an die 50 Kilogramm Sprengstoff kurz vor Weihnachten konnte noch so interpretiert werden, dass ETA lediglich ihre Handlungsfähigkeit demonstrieren wollte. In einem der Wagen wurde ein Schild gefunden mit der Aufschrift: "Gefahr, nicht bewegen, Transporter-Bombe. ETA". Mit den Explosionen zweier Autobomben in Madrid - bei einer davon wurde der Oberstleutnant Pedro Antonio Blanco García getötet - zeigte ETA allerdings, dass sie ernsthaft gewillt ist, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen.

"Leider hat die Regierung deutlich gezeigt, dass sie kein Interesse an einer Lösung des baskischen Konflikts hat", so Javier Madrazo, der Vorsitzende der baskischen Sektion von IU, über das Verhalten der konservativen Regierung in Madrid. Sie habe lediglich die Zeit verstreichen lassen, keine Initiative ergriffen und auf eine polizeiliche Lösung gesetzt. In den 14 Monaten Waffenstillstand hat Ministerpräsident José Maria Aznar in keiner Weise auf die Angebote der ETA und der im "Pakt von Lizarra" vertretenen Parteien, Gewerkschaften und sozialen Gruppen reagiert, zu einer politischen Lösung des Konflikts zu kommen.

Bomben gegen den Pakt von Lizarra

Neben der polizeilichen Verfolgung von ETA war es das hauptsächliche Ziel der Madrider Regierung, einen Keil zwischen die gemäßigten baskischen Parteien und EH zu treiben. Für große Verärgerung im Baskenland sorgte z.B. die Äußerung Aznars bei einem Treffen mit Yasser Arafat, die baskischen Parteien seien "nicht für den Frieden, sondern für den Pakt mit einer Terrororganisation".

Aznar tat in den vergangenen Wochen alles, um die Situation weiter eskalieren zu lassen. Dass hat sicherlich auch mit den Wahlen zum spanischen Parlament am 12. März zu tun. Bei Veranstaltungen in den in Nordafrika gelegenen spanischen Enklaven Ceuta und Melilla kündigte er an, die Einheit Spaniens und die Verteidigung der Verfassung, in der in Artikel 2 "die unauflösliche Einheit der spanischen Nation" fest geschrieben ist, zum zentralen Thema des Wahlkampfs zu machen. Der von ihm geführte Partido Popular (PP), so Aznar, sei die einzig wirkliche nationale Partei in Spanien. Damit erteilte er allen Überlegungen eine Abfuhr, durch eine Änderung der spanischen Verfassung politische Handlungsspielräume zu eröffnen. Selbst der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) spricht sich mittlerweile für eine Art Länderkammer nach dem Vorbild des deutschen Bundesrates aus.

Die spanische Regierung will keinen Frieden

Aznars Weigerung, auch nur über die Einführung föderaler Strukturen in Spanien zu reden, unterstreicht die harte Haltung seiner Regierung gegenüber dem "Friedensprozess" im Baskenland. Nicht überraschend waren die Reaktionen der spanischen Regierung auf die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes: ETA habe nie an eine politische Lösung gedacht und die Waffenruhe nur zur Reorganisation genutzt, denunzierte der spanische Innenminister Jaime Mayor Oreja den Waffenstillstand. Nach dem Bombenanschlag in Madrid fühlt sich Aznar in seiner kompromisslosen Haltung bestätigt. Auf der Anti-ETA-Kundgebung in Madrid am 23. Januar, an der nach Polizeiangaben eine Million Menschen teilnahmen, bekräftigte er erneut, dass es keinen Dialog und keine Verhandlungen mit ETA geben werde.

Der Anschlag (dessen Urheberschaft ETA bisher weder übernommen noch dementiert hat) wurde von allen Parteien mit Ausnahme von EH verurteilt. Arnaldo Otegi, Sprecher von EH und HB, erklärte, man bedauere zwar "den Verlust eines Menschenlebens", allerdings sei "die politische Klasse" dafür verantwortlich. Diese Erklärung reichte allerdings dem baskischen Regierungschef Juan José Ibarraetxe (PNV) nicht aus. Noch am Abend des 21. Januar suspendierte er die parlamentarische Zusammenarbeit mit EH. Die Madrider Regierung, PP und PSOE verlangten dagegen den sofortigen Bruch auf allen politischen Ebenen. Wie viele Tote müsse es geben, bis PNV die Vereinbarung mit EH und ETA breche, fragte der spanische Innenminister Oreja.

PNV-Vorsitzender Xabier Arzallus konterte: "Wie viele Tote sind nötig, bis sich die Regierung endlich bewegt?" Doch kann diese Äußerung nicht darüber hinweg täuschen, dass das Verhältnis zwischen dem linksnationalistischen Lager und den übrigen Kräften des "Paktes von Lizarra" erschüttert ist. IU erklärte mittlerweile seinen Rückzug. Und selbst EH als Bündnis ist in Gefahr. Die Stimmen innerhalb der Wahlkoalition mehren sich, die eine stärkere Distanz zu ETA und eine Verurteilung des Anschlags verlangen. So hat die Koordination Batzarre angekündigt, sie werde EH verlassen bzw. die Mitarbeit einstellen, wenn EH seine Haltung nicht ändere. Was sich schon im Dezember abzeichnete, scheint sich zu bewahrheiten: Einen ETA-Anschlag wird der "Pakt von Lizarra" nicht überleben.

Unterdessen verschärft die Madrider Regierung die Repression gegen den baskischen Linksnationalismus. Anfang Januar wurde der Vorsitzende der Vereinigung der Fanclubs von Athletic Bilbao als angebliches Mitglied des ETA-Kommandos Vizcaya in Bilbao festgenommen. Ende des Monats feierte die spanische Regierung die Festnahme von Gorka Martinez, Verantwortlicher für internationale Beziehungen im HB-Vorstand, sowie dreier weiterer prominenter HB-Politiker und dreier Mitglieder der baskischen Gefangenenhilfsorganisation Gestoras pro Amnestía als Schlag gegen das sogenannte ETA-Außenministerium.

Mit den Madrider Anschlägen hat ETA Aznar eine regelrechte Steilvorlage geliefert, um im Wahlkampf mit den Themen "Antiterrorismus" und "nationale Einheit" punkten zu können. Für Zwischentöne ist - zumindest bis zu den Wahlen am 12. März - kein Raum mehr. Meinte der PNV noch vor den ETA-Anschlägen erkennen zu können, dass der PSOE von seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem "Friedensprozess" im Baskenland abrücken würde, so kann momentan keine Rede mehr davon sein. Wenn jetzt auch noch EH als Bündnis auseinander fällt, das ETA-nahe und ETA-kritische Teile des baskischen Linksnationalismus zusammenführte und mit dem es gelang, aus der politischen Defensive herauszukommen, dann ist man wieder da angelangt, wo man vor eineinhalb Jahren angefangen hat.

mb.

28. Grauenvolle Halbwahrheiten. Die türkisch-kurdische Hisbullah hat ausgedient

Die türkisch-kurdische Hizbullah hat ausgedient

Autor: Jan Ketman · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:24

Die großen türkischen Zeitungen haben eine Extraseite mit der Überschrift "Hizbullah" eingerichtet und hatten von Mitte Januar bis jetzt keine Probleme sie mit Sensationellem und Erschreckendem zu füllen. Ständig findet die Polizei weitere Leichen von Menschen, die von der Hizbullah entführt, verhört, gefoltert und auf besonders sadistische Weise ermordet wurden. Es ist immerhin ein Fortschritt, dass es dieser Organisation endlich an den Kragen geht, dass nun aber alle Geheimnisse der Hizbullah gelüftet würden, wird sich wohl als Trugschluss herausstellen.

Türkei 1979/80: Streiks, politische Attentate, Kämpfe zwischen Linken und Rechten bestimmen den politischen Alltag. Der Wirtschaftsminister Turgut Özal kann sein Stabilitätsprogramm nicht durchsetzen - das wird ihm erst nach dem Militärputsch am 12. September 1980 gelingen. Im Jahr 1979 ist die Linke auch in der Gewerkschaft der Erdölarbeiter Petrol-Is sehr stark. Im einzigen Erdölzentrum der Türkei, der kurdischen Stadt Batman, soll ein neuer Vorsitzender der Petrol-Is gewählt werden. Rechte Gewerkschafter bringen plötzlich einen neuen Namen ins Spiel: Hüseyin Velioglu. Zwar ist Veligolu 1952 in der Nähe von Batman geboren, doch einen richtigen Grund der Erdölarbeitergewerkschaft beizutreten hat er nicht. Seine Anstellung bei einer Tankstelle ist nur vorgetäuscht. Zu Gewerkschaftstreffen kommt Velioglu immer mit 50 bis 60 Leute im Gefolge. Das Militär steht hinter Velioglu. So kommt am Tag vor den Wahlen ein Major zur Gewerkschaft und erklärt, dass er schon dafür sorgen werde, dass Velioglu die Wahl gewinnt. Er irrt. Die Gewerkschafter wählen Velioglu nicht und dieser verschwindet nach der verlorenen Wahl aus Batman.

20 Jahre später, im Januar 2000, stirbt Hüseyin Velioglu nach einer mehrstündigen Schießerei mit der Istanbuler Polizei. Der einstige Strohmann zur Zerstörung einer linken Gewerkschaft wurde zum Chef der schlimmsten Terrororganisation der Türkei. Staatliches Werkzeug oder staatsfeindliche, islamistische Verschwörer - auf diese Frage lässt sich die ganze Diskussion nicht nur um Hüseyin Velioglu, sondern um die gesamte türkisch-kurdische Hizbullah zuspitzen.

In der Türkei ist der Name Hizbullah fast nur von Kurden gebraucht worden, während die militanten türkischen Islamisten andere Namen verwenden. Unter den auch hier zahlreichen Gruppen, die sich Hizbullah nannten, gibt es zwei dominierende Strömungen.

Beide sind rund um religiöse Buchläden in Diyarbakir entstanden. Nach diesen Buchläden wird die eine als Ilim (Wissen), die andere als Menzil (Rastplatz) bezeichnet. Während Menzil ein etwas intellektuelleres Milieu ansprach, richtete sich die von Hüseyin Velioglu geführte Ilim wie die PKK vor allem an die ärmsten Schichten der Bevölkerung und hatte, auch hierin der PKK vergleichbar, starken Zulauf bei marginalisierten Jugendlichen. Ein drittes Merkmal, das PKK und Ilim teilen, ist dass es wohl auch unter den Ilim-Anhängern, die Idee eines kurdischen Staates gab, natürlich unter islamischem Vorzeichen.

Nicht ganz geklärt ist die Beziehung der Hizbullah, insbesondere der Ilim zum Iran. Die Hizbullah selbst hat sich immer dagegen verwahrt, eine "Gründung" des Iran zu sein, wie es in der Türkei oft hingestellt wird. Die Rolle, die sie im Kampf gegen die PKK spielte, spricht ebenfalls gegen diese These. Zweifellos hatte der Iran aber eine gewisse Vorbildfunktion. Die Stärke der Ilim wurde auf 15.000 Anhänger geschätzt, Menzil dürfte eine vergleichbare Stärke gehabt haben. Zwischen beiden Gruppen kam es im Laufe der Zeit immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen 200 Menschen starben.

Wesentlich blutiger war die Feindschaft mit der PKK, die ab Mai 1991 offen zu Tage trat. Die Hizbullah übersetzte die Buchstaben PKK anstatt mit "Partiya Karkeren Kurdistan" "Partei der Arbeiter Kurdistans" mit "Partiya Kafiren Kurdistans" "Partei der Ungläubigen Kurdistans". Die PKK revanchierte sich, in dem sie die Hizbulllah in "Hizb-i kontra" oder "Hizb ül-kontra", was beides für "Partei der Konterguerilla" steht, umbenannte. Gleichzeitig vollzog Abdullah Öcalan und mit ihm natürlich die ihm ergebene Partei, einen ideologischen Schwenk: Während auch weiterhin vom "wissenschaftlichen Sozialismus" die Rede war, wurde zugleich viel getan, um sich mit dem Islam auszusöhnen. Dazu gehörte ein der PKK ohnehin nicht fremder moralischer

Rigorismus. Alkohol und Glücksspiele wurden verboten und versucht, das Verbot mit Drohungen in den kurdischen Gebieten durchzusetzen - zeitweise mit Erfolg.

Die neue Haltung der PKK gefiel vielen religiös-konservativen Kurden und Teile der Hizbullah versöhnten sich mit der PKK. Doch Hüseyin Velioglu setzte seinen Kampf gegen die PKK unbeirrt fort. Die Hizbullah bekämpfte die PKK, indem sie mutmaßliche Sympathisanten der PKK ermordete. Die Anschläge richteten sich insbesondere gegen Gewerkschafter, Politiker, Anwälte, Journalisten, Menschenrechtler usw. In Diyarbakir, dem Sitz des türkischen Supergouverneurs für die Gebiete im Ausnahmezustand, wo sonst kein Vogel ohne polizeiliche Genehmigung fliegen durfte, ging bei Nacht und manchmal am Tage die Angst vor der Hizbullah um. Das gleiche geschah in anderen Städten, insbesondere in Batman. Die PKK schlug zurück und führte unter anderm eine sehr blutige Bombenkampagne gegen Teehäuser durch, die als Treffpunkte der Hizbullah galten.

Doch mit der Zeit erwies sich die Hizbullah als stärker und das nicht von ungefähr. Der ehemalige Polizeipräsident von Batman hat vor einem Ausschuss des türkischen Parlamentes ausgesagt, in unmittelbarer Nähe zu einem Lager der Armee habe sich ein Ausbildungslager der Hizbullah befunden. Auch der Major Cem Ersever hat einem Journalisten von diesem Lager berichtet und von der Zusammenarbeit zwischen der Hizbullah und der Geheimdienstabteilung der paramilitärischen Jandarma (JITEM) erzählt. Cem Ersever kann über JITEM und viele andere Geheimnisse, die er ausgeplaudert hat, nicht mehr berichten, kurz bevor er vor Gericht aussagen sollte, wurde er zusammen mit seiner Freundin und einem weiteren Begleiter gefesselt und ermordet aufgefunden.

Nach den Angaben von Cem Ersever waren es u.a. ehemalige Mitglieder der PKK, die eine Strafminderung durch das türkische Reuegesetz erhielten, die der Hizbullah bei ihrer Arbeit halfen. 1998 sollen die PKK und der Ilim-Flügel unter der Schirmherrschaft der iranischen Revolutionswächter (Pasdoran) dann doch einen Waffenstillstand unterzeichnet haben, doch darüber ist wenig bekannt.

Sei es, weil sie die PKK nicht mehr bekämpfen wollten oder weil man glaubte, das Problem nun ohne sie lösen zu können, so geriet die Hizbullah, die jahrelang ungestört agieren konnte, etwa um diese Zeit ins Fadenkreuz der Fahndung. Die Hizbullah hatte ihr Zentrum nach Istanbul verlegt, entführte islamische Geschäftsleute kurdischer Herkunft und brachte sie um. Dabei handelte es sich um führende Mitglieder eines Flügels der islamischen Nurcu-Bewegung, die sich zum Teil auch mit der Verbreitung kurdischer Kultur beschäftigten, doch liegen die genauen Zusammenhänge noch ziemlich im Dunkeln.

Zum Verhängnis wurde der Organisation, die seit vielen Jahren im Untergrund schwerste Verbrechen beging und sogar einen Spion im Amt des Ministerpräsidenten hatte, eine schier unglaubliche Ignoranz gegenüber den Fahndungsmethoden der Polizei. Mit den Kreditkarten ihrer Opfer kauften die Hizbullah-Leute seelenruhig für den täglichen Gebrauch ein. Handys ihrer Opfer benutzten sie, selbst sechs Tage nachdem das Zentrum der Hizbullah aufgeflogen war, noch weiter. Solches Verhalten hätte die Polizei eigentlich schon früher auf die Fährte der Hizbullah bringen müssen.

Es ist kaum anzunehmen, dass nun nachträglich alles über die Rolle von Hizbullah ans Licht kommt. Wie sollte es auch, selbst wenn man nicht davon ausgeht, dass einfach zu viel an Staatsgeheimnissen auf dem Spiel steht, wäre eine Voraussetzung für eine Aufdeckung der Querverbindungen zwischen Sicherheitsapparat und Hizbullah eine unabhängige Untersuchung. Danach sieht es allerdings nicht aus. Mittlerweile hat der Generalstab erklärt, dass wer behauptet, dass es Verbindungen zwischen dem Militär und der Hizbullah gegeben habe, entweder unwissend sei oder in böser Absicht handele. Und wenn das Militär in der Türkei so etwas sagt, dann ist das so.

Jan Keetman

29. Indonesische Zentrifuge. Das Land droht am Erbe der Suharto-Ära zu zerbrechen

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:30

Das eindrucksvolle Unabhängigkeitsvotum der Osttimoresen Ende August 1999 in Portugals Exkolonie war ein Fanal. Seitdem sind in mehreren Regionen des mit über 210 Millionen EinwohnerInnen bevölkerungsreichsten und größten Staates in Südostasien Unruhen, Hungerrevolten, Plünderungen und gewaltsame interethnische und -religiöse Auseinandersetzungen an der Tagesordnung.

Diese Situation bringt die Zivilregierung schwer in Bredouille und macht gleichzeitig das Militär

zum erhöhten Sicherheitsrisiko.

Selbst beliebte Touristenziele wie die östlich von Bali gelegene Insel Lombok bleiben nicht verschont von blutigen Unruhen. "Muslimische Mobs", schrieb die Jakarta Post am 19. Januar, "blockierten die Zufahrtswege zum Haupthafen (von Mataram auf Lombok; ak) und setzten mehrere Häuser und Geschäfte von Christen in Brand. In verschiedenen Stadtteilen bewaffneten sich die Leute unter den Augen von Soldaten und Polizisten mit scharfen Waffen." Nicht anders sieht es in Aceh (Nordsumatra), Irian Jaya (Westpapua), in Maluku (Molukken), Südsulawesi und Riau (Ostsumatra) aus.

In Indonesiens westlichster Provinz Sumatra feierte im vergangenen Dezember die Bewegung Freies Aceh (GAM) ihren 23. Geburtstag. Um neuerliche Konfrontationen mit den Sicherheitskräften zu vermeiden, hatte die GAM den Demonstranten geraten, auf das provokative Hissen der eigenen schwarz-roten Flagge zu verzichten. Dennoch wehten an zahlreichen Orten der Hauptstadt Banda Aceh die Flaggen als Zeichen des Protests, den ein Aufruf des im Exil lebenden GAM-Führers Tengku Hasan di Tiro schürte, indem er Jakarta den Krieg erklärte.

Erst einen Monat zuvor, am 9. November, hatten auf den Straßen der Hauptstadt etwa eine Million Acehnesen in der bis dahin größten Demonstration ihrer Geschichte ein Referendum und die Unabhängigkeit gefordert. Unterstützung wurde in anderen Landesteilen bekundet, und selbst in Jakarta machte in Sprechchören und auf Plakaten das Wort vom jihad ("Heiliger Krieg") die Runde. Dermaßen angespannt war die Lage, dass selbst Singapurs Premierminister Go Chok Tong intervenierte und die GAM-Führung und Regierungsvertreter zum Dialog in dem benachbarten Stadtstaat einlud.

Acehs Forderung nach Unabhängigkeit ist ebenso alt wie wohl begründet. Seit Jahrzehnten fühlt man sich dort von Jakarta politisch gegängelt und von deren Sicherheitsapparat unterdrückt, wenngleich Jakarta wirtschaftlich in hohem Maße von dieser Region abhängig ist und profitiert. Aceh verfügt über reiche Bodenschätze und alle strategischen Ressourcen, einschließlich der Kontrolle über die für Indonesien wichtigen Gasvorkommen, um ökonomisch eigenständig zu sein. Würde der Rest Sumatras ebenfalls zu Jakarta auf Distanz gehen, bräche damit ein bedeutsamer Exportzweig Indonesiens weg. Allein die Ölfelder nahe den Städten Jambi, Palembang und Pekanbaru in Zentral- und Südsumatra, wo während der holländischen Kolonialzeit neben Öl auch Kautschuk, Pfeffer und Kaffee für den Weltmarkt produziert wurden, decken annähernd 80 Prozent des landesweiten Rohölbedarfs.

Widerstand hat Tradition in Aceh, übrigens die einzige Region des Riesenarchipels, die die Holländer nicht vollständig unter ihre Kontrolle bringen konnten. Die holländisch-acehnesischen Kriege (1873-1903) dauerten am längsten und waren die blutigsten während ihrer Kolonialherrschaft, geführt von einer "Guerilla", die erst die Waffen streckte, als sich der Sultan von Aceh ergab. Dennoch sah sich in der Folgezeit die holländische Militärregierung mehrfach von Sabotageakten bedroht, bis sich die Kolonialmacht kurz vor der japanischen Okkupation Sumatras 1942 endgültig zurückziehen musste. Aus Protest gegenüber Aufteilungsplänen seitens der Zentralregierung wurde 1953 in Aceh eine unabhängige islamische Republik ausgerufen, die erst 1961 aufgelöst wurde, nachdem Jakarta dem Territorium einen Sonderstatus zuerkannt hatte. Die letzten Unruhen in Aceh verglichen einige Militärs bereits mit jenen Entwicklungen, die Ende der fünfziger Jahre das Notstandsgesetz begründeten und die Anwendung des Kriegsrechts erlauben sollten.

Unruhen an allen Ecken und Enden

Im äußersten Osten des Inselstaates, in Westpapua, das sich Jakarta vor 38 Jahren als Provinz Irian Jaya einverleibt hatte, sind seitdem fernab jeglicher medialen Aufmerksamkeit nach Schätzungen internationaler Menschenrechtsorganisationen über 200.000 Menschen der Besatzungspolitik zum Opfer gefallen. Tembagapura, Enaratoli und das Baliemtal zählen seit Ende der sechziger Jahre zu jenen Regionen, in denen die Soldateska am schlimmsten wütete - im Namen so genannter nationaler Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. Im Visier der Sicherheitskräfte waren vorrangig Mitglieder und Sympathisanten der Organisation Freies Papua (OPM), der in der Vergangenheit zwar schwere Verluste zugefügt, nicht aber das Rückgrat gebrochen wurde.

Ziviler und militärischer Machtpoker

Hintergrund der politischen Spannungen sind einerseits die Ausbeutung der reichen Öl-, Kupfer- und Goldvorkommen sowie die rasante Abholzung tropischer Primärwälder in dieser Region. Zum anderen entzünden sich anhaltende soziale Konflikte aus Jakartas langjährig propagierter und protegierter transmigrasi, einem internen Kolonisierungsprojekt, das unter Suharto als weltweit größte Umsiedlungskampagne konzipiert war, um vor allem das dicht besiedelte Java durch die systematische Ansiedlung seiner Bevölkerung in anderen Landesteilen zu "entlasten".

Gleichzeitig mit den lauter werdenden Rufen nach Unabhängigkeit und Autonomie in verschiedenen Teilen Indonesiens mehren sich Forderungen nach härterem Vorgehen gegen die "Aufrührer" und "Sezessionisten". Während Präsident Wahid im Gegensatz zu seinen Vorgängern auf friedliche Verhandlungen und politische Konfliktlösungen unter Einbindung gesellschaftlicher wie säkularer muslimischer Gruppen setzt, befürchten Militärs, der Einheitsstaat könne zerfallen und im Chaos versinken. Kein Wunder, dass in Jakarta die Gerüchteküche brodelt und die Unsicherheit in der Bevölkerung und Regierung in dem Maße wächst, wie sich der nach wie vor bedeutsamste Machtfaktor im Lande, das Militär, als letztinstanzliche Ordnungsmacht in Szene setzt. In den Medien des Landes wird kolportiert, die Streitkräfte erwögen den Sturz von Präsident Wahid.

Für reichlich Wirbel sorgte die Äußerung von US-Präsident Clintons einstigem Sondergesandten für Krisenmanagement in Jugoslawien und jetzigen Botschafter Washingtons bei den Vereinten Nationen, Richard Holbrooke. Dieser hatte vor einem möglichen Putsch der Militärs gewarnt, was diese sofort zu geharnischtem Protest veranlasste. Der Kommandeur der indonesischen Streitkräfte, Admiral Widodo A.S., fühlte sich durch Holbrookes Bemerkung brüskiert. Niemals in seiner Geschichte, konterte er öffentlich, habe das indonesische Militär geputscht. Eine derartige Befürchtung, so Widodo, sei unhaltbar und diskreditiere die Militärs - was sie spätestens seit dem Osttimor-Votum ohnehin sind.

Der Präsident selbst reagierte gelassen auf Holbrookes Warnung. Diese sei, erklärte Wahid, lediglich Ausdruck der persönlichen Besorgnis eines Freundes. Ausdrücklich verband er diese diplomatische Geste mit dem Dank an die Adresse Washingtons und Tokios, sich gegen eventuelle Putschpläne des Militärs ausgesprochen zu haben. Den Hintergrund der Holbrookeschen Äußerung bildeten Statements hochrangiger Offiziere und des Sprechers der Streitkräfte, Generalmajors Sudrajat, Abdurrahman Wahid sei nicht militärischer Oberbefehlshaber und habe somit kein Recht, sich in innermilitärische Angelegenheiten einzumischen. Laut Verfassung aber ist der Präsident der Republik Indonesien gleichzeitig auch Oberkommandeur der Armee, Luftwaffe und Marine. Sudrajat hatte argumentiert, der Begriff "supreme commander" sei aus den USA übernommen worden und treffe in Indonesiens lediglich im Falle nationaler Verteidigung zu. Der General betonte überdies, dass das Militär den Präsidenten notfalls drängen müsse, einem Eingreifen von Truppen zur Beendigung "separatistischer Umtriebe" zuzustimmen.

Lösung auf indonesische Art

Eine bereits bestehende und eine noch zu schaffende Kommission erhitzen derweil die Gemüter in Jakarta. Am 31. Januar teilten Vertreter einer unabhängigen Untersuchungskommission über die Gräueltaten während des Osttimor-Referendums im August vergangenen Jahres vor der Presse in Jakarta mit, sie habe sechs Generäle auf eine Liste mit 40 Namen gesetzt, gegen die nunmehr die Staatsanwaltschaft ermitteln soll. Ganz oben auf der Liste steht mit General Wiranto ein Scharnier zwischen dem ancien régime Suhartos und der neuen Regierung. Der noch amtierende Koordinationsminister für Sicherheit und politische Angelegenheiten diente in der Endphase der Suharto-Ära und unter Habibie als Generalstabschef und Verteidigungsminister.

Neben Wiranto stehen außerdem die Generäle Tono Suratman und Adam Damiri in der Kritik. Suratman war im Herbst Militärchef in Osttimor, Damiri hingegen Befehlshaber des auf der Insel Bali stationierten und für Osttimor zuständigen Militärkommandos. Die Offiziere hatten vor dieser Kommission jedwede Verantwortung für die Massaker und von bewaffneten Milizen angeordnete Zwangsevakuierungen kategorisch abgestritten. Mitgeschnittene Funksprüche der BBC belegen allerdings, dass Kommandeure der indonesischen Streitkräfte in Osttimor schützend ihre Fäuste und Stiefel über die Gegner der dortigen Unabhängigkeitsbewegung hielten und ihr Treiben tolerierten.

Bereits einen Tag zuvor (30. Januar) hatte eine UN-Kommission zur Untersuchung der Vorfälle in Osttimor indes die Bildung eines internationalen Tribunals befürwortet und die Entwaffnung der Milizen in Westtimor gefordert, um die Rückkehr Zehntausender Flüchtlinge in den Ostteil der Insel zu beschleunigen. Die Krux: Außenminister Alwi Shihab hatte zwar kürzlich in New York gegenüber Vertretern der Vereinten Nationen und der USA versichert, seine Regierung werde die Verantwortlichen für die in Osttimor verübten Verbrechen ohne Rücksicht auf Ansehen und Position zur Rechenschaft ziehen. Doch er räumte ein, dass die (indonesische) Untersuchungskommission nicht internationalem Standard entspreche. Gegen ein internationales Tribunal meldete er Bedenken an. Dieses, so die bemerkenswerte Begründung Shihabs am 20. Januar in Washington, "könnte kontraproduktiv sein, weil es Xenophobie oder einen exzessiven Nationalismus anheizen könnte, was wiederum nur jene, die Menschenrechte verletzt haben, bewegen würde, sich in Nationalflaggen zu hüllen."

Wahid ließ zunächst diese Turbulenzen hinter sich und begab sich auf einen mehrtägigen Swing durch Asien und Europa (einschließlich eines Besuchs in Bonn und Berlin), um dort für diplomatisch-politische Unterstützung und Wiederaufbauhilfe für die marode Wirtschaft des Inselstaates zu werben. Doch auch er sprach sich wie sein Außenminister gegen ein internationales Tribunal aus: Offensichtlich befürchtet er, dass dies die Streitkräfte demütigen würde - mit unkalkulierbaren innen- und sicherheitspolitischen Konsequenzen.

So spricht denn vieles für eine elegante javanische Lösung, die beide Seiten das Gesicht wahren lässt: Wiranto und andere hochrangige Offiziere gehen in den (vorzeitigen) Ruhestand und künftig quittieren Militärs den aktiven Dienst, so sie weiterhin Kabinettsposten beibehalten wollen. Das Militär hat augenblicklich zwar einen Teil seiner symbolischen, doch längst nicht seine reale Macht eingebüßt. Der Präsident ist gewieft genug zu wissen, dass er in diesen prekären Zeiten nicht auf Dauer gegen das Militär, dieses allerdings sehr wohl ohne ihn regieren kann.

Rainer Werning

30. Hoch die Reflektion - Kampf der Plattheit! Kerstin Brandes und Sebastian Haunss über "hoch die kampf dem"

Gespräch mit Kerstin Brandes und Sebastian Haunnss über das Buch "hoch die kampf dem"

Autor: gw/at · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:41

Ein absolutes Highlight auf dem linken Büchermarkt und fast schon ein Muss ist das von HKS 13 herausgegebene Buch "hoch die kampf dem - 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen". HKS 13 steht für die "immer wieder gerne benutzte leuchtende rote Druckfarbe"; hinter dem Farbkürzel verbergen sich die Herausgeber Sebastian Haunnss, Markus Mohr und Klaus Viehmann, die in Zusammenarbeit mit vielen anderen dieses bisher einzigartige Buch produziert haben. Bewundernswert ist das verlegerische Risiko, dass der Verlag Libertäre Assoziation und der Verlag der Buchläden Schwarze Risse - Rote Straße eingegangen sind, ein solch aufwendig produziertes Buch inklusive einer CD-ROM für 39,80 DM auf den Markt zu bringen. 600 Plakate der unterschiedlichsten sozialen Bewegungen (Häuserkampf-, FrauenLesben-, Internationalismus-, Anti-AKW und noch einige mehr) sind im Buch abgebildet. Im Mittelpunkt stehen logischerweise die Plakate und das Verhältnis der politisch Aktiven zu diesem, doch oftmals unterschätzten Medium.

Wir sprachen in Hamburg mit Kerstin Brandes, Kunstwissenschaftlerin und Autorin des Buchbeitrages über die Plakate der autonomen FrauenLesben-Bewegung, und Sebastian Haunss. Das Gespräch für ak führten at. und gw.

at.: Wie seid ihr auf die Idee gekommen ein Plakatebuch herauszugeben? Gab es Plakat-Liebhaber, die über eine große Sammlung von Plakaten verfügen? Dir, Sebastian, wird nachgesagt, dass Du ein großes Plakate-Archiv hast.

Sebastian: Ich habe zwar immer mal wieder Plakate gesammelt, aber das sind nur einige wenige. Zu Stande gekommen ist das Buch, weil wir - d.h. die Herausgeber - irgendwann zusammensaßen und uns darüber wunderten, dass noch nie jemand auf die Idee gekommen ist, mit dem Material der vielen tausend politischen Plakaten der letzten 20 Jahre ein Buch zu machen. Anlass unseres Gesprächs war damals das Plakatbuch der Göttinger Antifa (M) bzw. von deren Gruppe Kunst und Kampf. Darin wird eine Vorstellung von politischer Kunst vertreten, die eine etwas modernisierte Art der 20er Jahre Ästhetik in die 90er Jahre transformiert. Wir haben uns gedacht, dass man das im Grunde so nicht stehen lassen kann, als das einzige Buch zum Thema. Dann haben wir uns umgehört, was Leute davon halten ein Buch mit Plakaten der linken Szene zu machen. Wir sind auf große Begeisterung gestoßen. Danach haben wir Archive gesichtet und gesehen, dass es genügend Material gab. Plakate sind ein total interessantes Medium.

gw: Ihr habt euch eingegrenzt auf 20 Jahre autonome Bewegung.

Sebastian: Bewegung ist nicht richtig, vorne auf dem Titel steht Bewegungen. Der Plural hat durchaus seinen Sinn. Auch wenn wir damit viele Bewegungen, die sich selber vielleicht nicht als autonome bezeichnen würden, etwas imperial zusammengefasst haben, ist uns doch wichtig, dass es Bewegungen sind, dass es nicht eine Bewegung ist, deren Plakate wir darstellen. Es ist eine Vielzahl von undogmatischen linken - ich würde durchaus sagen autonomen - Bewegungen, die es in den letzten 20 bis 30 Jahren in der BRD gab, und deren Plakat-Produktion wir betrachtet haben.

at.: Nach welchen Kriterien habt ihr denn die Plakate ausgewählt, die ihr dargestellt habt; es gibt ja sicher noch mehr als die im Buch dokumentierten?

Sebastian: Erstmal haben wir alles fotografiert, was wir gefunden haben und was im Spektrum der sozialen Bewegungen entstanden ist. Nicht aufgenommen haben wir Plakate, wo Parteinamen drunter standen. Das war unser Ausschlusskriterium.

at.: Wie viele Plakate waren das?

Sebastian: Die vollständige Sammlung ist auf der CD, die hinten im Buch drin ist. Das sind knapp 3.000 Plakate. Wir haben in kleinen Archiven gesucht, meistens inoffiziellen, und in vielen Privatsammlungen. Leider sind in den Archiven die Plakate ganz schlecht sortiert. Die größten Archive sind in Hamburg, Berlin und Stuttgart, wobei in Stuttgart das einzige staatliche Archiv, die Dokumentationsstelle für "Unkonventionelle Literatur" angesiedelt ist. Dort existiert ein großer, halbwegs systematisierter Plakatbestand. Ansonsten bestehen diese Plakatsammlungen zumeist aus einem großen Plakate-Schrank, wo die Plakate - wenn man Glück hat - grob sortiert drinliegen. Plakate werden im Gegensatz zu Zeitschriften und Flugblättern nirgends systematisch gesammelt.

at.: 20 Jahre autonome Bewegungen, das heißt natürlich auch 20 Jahre eigene Geschichte. Was ich sehr schön fand, ist diese sehr lebendige Art der Darstellung. Beim Durchblättern verfällt man häufig so ein bisschen in die Erinnerung: Ach ja, war das damals eine schöne Demo... Diese Art der "romantischen Erinnerung" ist ja bestimmt nicht das (einzige) Ziel des Buches?

Sebastian: Diesen Poesiealbum-Effekt, haben wir durchaus voraus gesehen und uns auch nicht wirklich dagegen gesträubt. Aber der hauptsächliche Zweck des Buches ist es, historisches Material wieder zugänglich zu machen, d.h. die Möglichkeit zu geben, sich mit den Vorstellungen der politischen Akteure, die diese Plakate gemacht haben, auseinander zu setzen: Was wollten sie, indem sie bestimmte Ausdrucksformen, bestimmte Bildsprachen gewählt haben? Was wollten sie erreichen, wenn sie eine bestimmte visuelle Rhetorik verwendet haben? Wir wollen das Medium Plakat dadurch auch kritisierbar machen. Unser Ziel ist es, einen Prozess mit anzuschieben, der ein Nachdenken über die visuellen Formen unterstützt. Gleichzeitig ist das Ziel eine kleine Geschichte zu schreiben, weil die Plakate - das ist der zweite Effekt des "Posiealbums" - auch eine Geschichte noch mal lebendig machen. Mehr als manche Texte spiegeln diese Plakate die Lebendigkeit der Bewegungen wider.

gw: Kerstin, du hast in deinem Beitrag auch dieses Problem angerissen, dass der Blick von heute auf die Geschichte, oft den Kontext ausblendet, in dem die Plakate gemacht wurden.

Kerstin: Es war eine Richtlinie der Herausgeber - die mich zu einem Beitrag motiviert hat, dass die Plakate ausdrücklich im Mittelpunkt stehen, also gerade nicht als Illustration für eine Erzählung der Bewegungsgeschichten sein sollten. Ein solcher Perspektivwechsel war nicht zuletzt auf Grund der Fülle des Materials eine Herausforderung. Denn natürlich geht es gar nicht anders, als die Plakate im Kontext der jeweiligen Situationen zu betrachten - was liefen für Aktionen, was war gerade Thema.

Ich finde nicht, dass man die Bilder, die Plakate, nachträglich entschuldigen muss. Ich meine auch nicht, dass die alten Plakate alle "schlecht" waren und dass die neuen alle "gut" sind.

Die Plakate, nehmen wir z.B. die der FrauenLesben-Bewegung, haben sich im Laufe der Zeit verändert. Da gibt es deutliche Tendenzen und die stehen auch im ganz engen Zusammenhang damit, wie politische Diskussion gerade aktuell geführt wurden. Unübersehbar ist aber auch, dass sich bei allem revolutionären Impetus immer wieder traditionelle Darstellungsmuster eingeschlichen haben und somit die Bildebene etwas bestätigt, wogegen auf der Ebene politischer Aktion opponiert wird. Davor ist z.B. auch eine FrauenLesben-Bewegung nicht gefeit. Auch nicht davor "andere Frauen" für die eigenen Ziele zu funktionalisieren. Das ist ein Muster, das wir gelernt haben. Genau darum geht es mir, dass diese Aspekte immer wieder reflektiert werden.

at.: Du hast an Hand der Plakate der autonomen FrauenLesben-Bewegung heraus gearbeitet, dass oft auf herkömmliche Repräsentationsmuster zurückgegriffen wird. Was ich auch sehr interessant fand ist, dass du auf Plakate eingegangen bis, bei denen eine parodistische Darstellung in den Plakaten (mit) enthalten ist, wie z.B. bei dem Frauenkampftag-Plakat.

Kerstin: Mir hat an dem Frauenkampftag-Plakat gefallen, dass die Frauen nicht in Kampfmontur, sondern in Sportklamotten dastehen, in lockerer Reihe. Und die roten Boxhandschuhe sind eindeutig in das Bild montiert; damit werden Assoziationen freigesetzt. Die Ironisierung des Frauenkampftags als Kampfsporttag erweitert das Bedeutungsfeld von "Kämpfen". Die parodistische "Selbst"-Darstellung macht FrauenLesben in dem Plakat sowohl im Bild wie auch im Text als Akteurinnen sichtbar und reflektiert gleichzeitig die Funktion idealisierender Frauendarstellungen. Da findet eine andere Art der Repräsentation von Frauen und Frauenbewegung statt. Das gefällt mir.

at.: Du beschreibst andererseits in deinem Beitrag, dass die Art der Frauendarstellungen oft die Fantasien der Macherinnen oder der Bewegung projiziert. Bei dem Plakat "Solidarität mit den Frauen in El Salvador" ist das Bild der Frau aus dem Kontext gerissen und transportiert nun, was es transportieren soll ...

Kerstin: Ich glaube eben nicht, dass ich aus dem Plakat das herauslese, was es vielleicht transportieren wollte. Das Plakat hat eine hehre Absicht, ein hehres Ziel. Was aber letztlich dabei rauskommt ist eine Entpersonalisierung. Dieses Frauen-Bild wird oft mit dem Bild Che Guevaras verglichen (auch in einem Beitrag des Buches). Aber im Gegensatz zu Che Guevara war diese Frau schon immer namenlos. Die "Frau" steht hier für ein Land mit dem frau/man Solidarität üben soll. Es hat Tradition, dass Bilder von Frauen für politische Belange eingesetzt werden, aus denen diese Frauen selbst herausfallen. Über dieses Muster muss man nachdenken.

at: Also ist es auch eine Zielsetzung des Buches, dass Plakate besser werden sollen?

Sebastian: Man kann es nicht nur von den Plakaten her betrachten. Es ist ja nicht das Problem, dass einzelne Plakate schlecht sind, z.B. die aus der Internationalismusbewegung, die mit sehr klassischen Frauen- und Männerbildern agieren, sondern das Problem ist, dass diese Plakate mobilisieren sollten. Plakate die sehr reflektiert sind, die eine ironische Distanz aufbauen, die eine sehr unkonventionelle Bildsprache wählen, tun genau das nicht mehr. Das ist einerseits ein Problem der Plakate, andererseits ein Problem der Bewegung, die genau durch solche platten Plakate mobilisiert wird. Also eine Internationalismusbewegung, die sich nur durch die sexy Guerilleros oder Guerillas auf den Plakaten mobilisieren lässt. Da kann man natürlich versuchen ein sehr reflektiertes Plakat zu machen, aber wenn es dann die Wirkung des Mobilisierens nicht mehr hat, dann ist es als Plakat auch sinnlos.

Kerstin: Mein Wunsch ist, dass Plakate ernster genommen werden. Damit meine ich aber gerade nicht eine normierende Bildsprache zu entwickeln, wie dies die Antifa(M) macht. Bilder funktionieren nicht als eins zu eins Übersetzung, wo das Ganze sich einfach aus der Summe der Einzelteile zusammensetzt und damit eine klare politische Aussage ergibt, die mit der Intuition kongruent geht. Mit "ernster nehmen" meine ich, die Wirkungsweise und die Eigenständigkeit einer Bild-Text-Kombination zu beachten. Genauer darauf zu achten, welche Tradition bestimmte Bilder haben, wo sie herkommen.

gw: Mir kommt dabei die Situation der PlaketeherstellerInnnen zu kurz. Weil die ja unter dem Druck der politischen Aktion stehen. Das sind doch genau die Konfliktpunkte zwischen einem wissenschaftlichen, analysierendem Blick und dem der Handelnden.

Sebastian: Der Zeitdruck ist ein wenig überzeugendes Argument, wenn ich mir anschaue, wie lange und mit welcher Akribie über die Texte der Flugblätter gestritten wird und wie wenig Zeit im Gegensatz auf die Plakate verwendet wird. Die Bewegungen haben immer das geschriebene Wort als das Zentrale angesehen und zu den Plakaten zumeist nur ein funktionales Verhältnis.

at.: Ich glaube schon, dass sich aber im Laufe der Zeit einiges geändert hat. Einerseits, weil sich die Möglichkeiten der Herstellung geändert haben und weil sich auch die Herangehensweise an und die Wahrnehmung von Bildern geändert hat.

Sebastian: Also da eine klare Entwicklungslinie zu zeichnen, halte ich für schwierig. Die technischen Möglichkeiten haben sicher dazu geführt, dass heute eine gewisse Perfektion eher möglich ist als vor 20 oder 25 Jahren. Die guten Ideen, die im Grunde ein gelungenes Plakat ausmachen, sind aber von der Technik unabhängig. Wir sind beim Durchblättern der riesigen Plakatstapel immer wieder auch auf alte Plakate gestoßen, die wir für sehr gelungen halten, die eine Bild-Text-Kombination haben, die auf eine Art zeitlos gut ist, die auch heute genau so wieder gemacht werden könnten. Genauso gibt es viele "moderne" - d.h. mit modernen Mitteln wie Computerlayout hergestellte - Plakate, die im Grunde ganz traditionell sind. Veränderungsprozesse sind aber durchaus festzustellen. Es gibt immer wieder Zeiten, in denen bestimmte Typen von Bildern in Frage gestellt werden. Ende der 90er Jahre wurde in Teilen des Antifabereichs eine gewisse Militanzfetischisierung kritisiert und es wurden andere Bilder gesucht. Bei einer Antifademo in Bremen wurde ein fliegender Blumentopf, anstelle des üblichen Motivs "den Naziaufmarsch zerschlagen" oder der Faust, verwendet.

Oder, was in dem Buchbeitrag von H. Frankfurter aufgezeigt wird, dass Ende der 80er Jahre Kinder an die Stelle der Militanten getreten sind. Was H. Frankfurter dazu bringt, diese Funktionalisierung der Kinder und die Identifizierung der Bewegung mit den Kindern wieder zu kritisieren. Aber auch zu sagen, der Impuls Kinder an die Stelle der Militanten zu setzen, ist das Ergebnis einer Reflexion der vorherrschenden Bildsprache.

at.: Habt ihr unter diesen Kriterien, die ihr genannt habt, so was wie Lieblingsplakate? Beim Durchblättern sind mir Plakate wieder aufgefallen, die für mich schon eine Rolle von Lieblingsplakaten haben und zwar die, die mich am Anfang agitiert und damit politisiert haben - nämlich die Startbahn-West-Plakate. Eine Identifizierung läuft ja nicht nur über das Sehen ab. Es sind oft auch Plakate, die man selbst plakatiert hat. Das ist auch noch ein weiterer Aspekt, der bei Plakaten eine Rolle spielt, dass sie eine handelnde Funktion haben.

Kerstin: Das ist bei Lieblingsplakaten ja oft so, dass man die nicht nur gerne anguckt, sondern mit denen eine eigene Vergangenheit verbindet. Es gibt etliche Plakate die mich irgendwie ansprechen, sei es ein Bildmotiv, der Schriftzug oder der Slogan.

Sebastian: Ich fand viele der abgedruckten Plakate doch sehr gelungen. Zum Beispiel die Plakate, die zum Münchner WWG 1992 mobilisieren, gehören sicher zu den Lieblingen von mir, weil sie in einer sehr prägnanten Ästhetik eine scharfe politische Kritik mit einem sehr ironischen Blick verbinden. Was im Grunde zeigt, dass man mit einer durchaus distanzierteren Position nicht auf eine Schärfe der politischen Kritik verzichten muss.

Kerstin: Eher im Gegenteil. Dieses Plakat "Wir machen den Weg frei", eröffnet assoziativ die Komplexität der Thematik. Genau da liegt die Schärfe.

gw: Wie sind denn eure bisherigen Erfahrungen bei den Veranstaltungen, die ihr mit dem Buch gemacht habt? Mir ging es zum Beispiel bei der Veranstaltung in der Roten Flora so, dass ich mir vorkam wie bei einem alternativen WG-Dia-Abend ...

Sebastian: Mein Eindruck ist, dass das Zeigen der Bilder den Effekt des Durchblättern des Buches noch verstärkt. Die Leute schauen sich die Bilder an und sagen: "Oh das gab's damals, daran erinnere ich mich, das hab ich selbst geklebt." Dieses Bild vom WG-Dia-Abend ist ein richtiger Vergleich. Es gibt eine sehr große Unsicherheit, über diese Plakate zu reden. Die Veranstaltungen spiegeln wider, dass über das Medium Plakat bisher relativ wenig Auseinandersetzungen gelaufen sind. Die Diskussionen entzündeten sich oft genau an der Kritik der Plakate, die die zu den Veranstaltung gekommenen AltaktivistInnen zum Teil selbst gemacht haben, und die sie dann auch verteidigen.

Kerstin: Hast du den Eindruck, dass so etwas wie die Fähigkeit zur Distanzierung fehlt oder sind die Plakate immer noch zu nah an einem "eigenen Selbst"?

Sebastian: Ja das glaube ich schon. Das Verhältnis der Leute zu den Plakaten ist sehr eng, was sich auch daran zeigt, dass die Leute die Plakate in ihrer Wohnung hängen haben und diese Plakate starke Identifizierungssymbole sind. Nach wie vor ist die zentrale Intention: wie kann das Plakat am einfachsten und am besten mobilisieren. Den Plakatkritikern wird vorgeworfen mit der teilweise ästhetischen Kritik an den Plakaten den mobilisierenden Aspekt zu wenig zu berücksichtigen.

at.: Du hast gerade noch einmal den Aspekt mit den WG-Zimmern angesprochen. Früher waren Plakate Identifikations- und Streitpunkte. Zum Beispiel brach bei mir eine WG an dem "Waffen für El Salvador"-Plakat auseinander. Vielleicht hat man heute noch stärker das Gefühl mit dem Aufhängen von Plakaten außerhalb zu stehen.

Sebastian: Wahrscheinlich hat das mehr mit dem Alter zu tun. Ich glaube Plakate haben immer noch den Effekt und die Funktion eines Kunstersatzes mit Bekenntnischarakter. Sie drücken aus, "ich bin Teil dieser Bewegung, ich identifiziere mich mit den Plakaten dieser Bewegung" und in den Wohnungen jüngerer AktivistInnen - aber auch vieler Älterer - hängen nach wie vor die aktuellen Plakate an der Wand. Dass die Plakate bei uns nicht mehr hängen, hat vielleicht ja hoffnungsvoller Weise etwas damit zu tun, dass diese ein bisschen naive Identifizierung auch nicht mehr ganz so stark ist.

gw: Ist irgendwann daran gedacht das Buchthema zu erweitern?

Sebastian: Wir haben geschrieben, dass wir weiter Plakate sammeln und dass alle, die bei sich Plakate rum liegen haben, diese Plakate gerne an das Archiv in der Roten Flora schicken sollen. Dort werden sie archiviert und wir werden die Plakatsammlung in absehbarer Zeit aktualisieren. Ob das in Form einer Neuauflage des Buches mit einer aktualisierten CD geschehen wird, steht bisher in den Sternen. Eine Neuauflage des Buches ist momentan erstmal nicht finanzierbar. Das Archiv, das wir aufgebaut haben und das in seiner Größe für die parteiunabhängigen Bewegungen einmalig ist, wollen wir auf alle Fälle weiter führen.

Kerstin, Sebastian wir danken Euch für das Gespräch.

Plakate können geschickt werden an:

Archiv der sozialen Bewegungen

c/o Rote Flora, Schulterblatt 71

20357 Hamburg, Fax/Phon: 040-433007

HKS 13 (Hrsg.), "hoch die kampf dem - 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen", Verlag Libertäre Assoziation, Verlag der Buchläden Schwarze Risse - Rote Straße, Hamburg - Berlin - Göttingen, 240 Seiten mit beiliegender CD-ROM, 39,80 DM

Veranstaltung mit den Herausgebern des Buches: Dienstag, 22.2.2000

ab 20.00 Uhr in der Zeche Carl,

Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Essen

31. Rematerialisierter Hippie. Rich Hopkins und die Luminarios auf Tour

Autor: Hz · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:14

Karohemd und Gitarre sind seine Insignien. Vielleicht können die ausgebeulten Kordhosen noch hinzugezogen werden. Der Mann ist nicht eitel. Muss er auch nicht, er kann ja Gitarre spielen. Es geht um Rich Hopkins und seine Luminarios aus Tucson/Arizona. Für Leute, die Vergleiche suchen, ist vielleicht Neil Young in Verbindung mit Crazy Horse der opener, über den man sich dem Künstler nähern kann. Wie Young, der zumindest gitarrentechnisch sein Vorbild ist, zelebriert Hopkins das Gitarrenspiel mit ordentlich aufgebauten Spannungsbögen. Die Feedbacks am Ende gehören hierbei zumindest live zum Ritual. Die Hemden sind, wie schon erwähnt, ebenfalls gleich, nur der Gesang ist noch eigener, da ihm meist die Emphase bzw. die Einfühlung Youngs fehlt. Mitte der 80er Jahre spielte Hopkins mit den aus Arizona stammenden Sidewinders, später, nach einem Gerichtsverfahren wegen des Namens, umbenannt in Sandrubies. Beide Combos waren wesentlicher Bestandteil der damaligen Musikszene und am Entstehen des Dessert Rock im Südwesten der USA maßgeblich beteiligt.

Seine vocalen Fähigkeiten hat Hopkins, wenn auch nicht wesentlich, so doch partiell verbessert. Auf der neuen CD namens Devolver, die, wie immer, auf dem rührigen und exzellenten Label von Blue Rose Records veröffentlicht wurde, hört sich das mit dem Singen schon besser an als noch auf seinem frühen Meisterwerk El Paso. Dort hatte noch Billy Sedlmayr einige der wichtigsten Gesangparts übernommen (Anspieltipp Apology).

Devolver, ein Schelm, wer dabei an Revolver von den Beatles denkt. Hopkins selbst bezeichnet die neue CD als "My Sgt. Pepper". Von der geraden Route des Powerrocks weg, macht er einen Ausfallschritt zur Seite. Die meisten Stücke sind für Hopkins fast experimentell, da er mit für ihn untypischen Stilelementen wie Tango (Tres Amigos) oder Violinen auf dem famosen Sincero Amor arbeitet. Michael Fann von den Tucson Symphonikern zelebriert bei diesem Track das Streichinstrument. Zwei Stücke des Albums sind in der für Hopkins typischen Powerrock Manier. Zum einen Planet of Love, auf dem er es schafft, sieben Gitarrenspuren übereinander zu legen. Zum anderen Tender Mercies, von dem Hopkins sagt, dies sei sein "Masterpiece" auf Devolver. Zu diesem Stück ist er durch Gespräche mit Obdachlosen des Santa Rita Parks in Tucson inspiriert worden. So hat er denn auch das Album ".... to the homeless people of the world" gewidmet. Tender Mercies ist der epische Rocker, der auf jedem seiner Album zu finden ist und bei dem der Hippie zeitgeistlos rematerialisiert. Das Gitarrenspiel ist exquisit, vielleicht manchmal zu dicht an Youngs Like a Hurricane, aber was solls, ist ja durchaus eine hochgelegte Messlatte. Diese schafft Hopkins mit den Luminarios lässig und zugleich elegisch. Im Gegensatz zu den Livekonzerten ist die Musik auf Devolver insgesamt geradezu relaxt

Devolver gibt es sowohl als limitierte Doppel-CD und als Doppel-LP. Beide enthalten eine 5-Songs-40 Minuten-Bonus-Scheibe mit dem Titel Baily in the Sky. Die LP (Klappcover) enthält noch einen Song mehr. Neben Like a Hurricane von dem Neil Young Tribut Album (This Note for you) covert Hopkins Gene Clark mit If you're gone. Erwähnenswert auf dem Bonus ist noch die 12 minütige Liveversion She said, aufgenommen in Regensburg. Die lässt ahnen, dass die Livekonzerte mit Hopkins und den Luminarios etwas besonderes sind. Die Konzerte sind rohe Energie, dreckiger Gitarrenrock mit einem treibenden Rhythmus unterlegt und durch überbordende Spiellaune geprägt. Das zweite Stück auf der Bonus-CD ist eine sehr einfühlsame, elf minütige Liveversion von Paraguay, aufgenommen in Frankfurt. Eine sich gemächlich einschleichende Slideguitar mit dezentem WahWah-Pedal treibt den Song aber letztendlich doch wieder in kochendere Gefilde.

Exquisit ist die Wiederveröffentlichung aller Clash-Platten auf CD. Die komplett remasterte Edition von Sony ist von exorbitanter Qualität. Wer seine Clash-Platten auf Grund des inzwischen fehlenden Plattenspielers oder den zu arg strapazierten LP`s nicht mehr hören kann, aber gleichwohl ab und zu ein feistes London Calling - zur Erinnerung "London calling to the faraway towns. Now that war is declared - and battle came down...." durch den Äther des Wohnraums jagen möchte, sollte hier nicht zweimal überlegen. Der zeitlose Psycho-Punk-Reggae von einer der besten Rock`nRoll-Gruppen ist in Zeiten wie diesen denn doch herzerfrischend.

Von den Bandmitgliedern selbst gibt es außerdem noch eine neu zusammengestellte Doppel-CD/LP mit Liveaufnahmen aus den Jahren 1978 bis 1982. Die Aufnahmen wurden von Mick Jones, dem ehemaligen

Leadgitarristen und Sänger der Clash, in sehr guter Qualität abgemischt und lassen einen noch heute heulen, wenn man die Band nie selbst erleben konnte.

Joe Strummer, Rhythmusgitarrist, Sänger und ehemals zentrale Person der Clash wird voraussichtlich im Sommer diesen Jahres erneut mit seinen Mescaleros durch Deutschland touren. Das zumindest sollte die Gemüter aufhellen und die Vorfreude auf einen Musikabend, auf dem mal die Faust gereckt werden darf, steigern.

Hz

CDs und Tourplan von Rich Hopkins and the Luminarios:

Bei Blue Rose Records sind außer Devolver folgende Alben von Hopkins veröffentlicht: El Paso (1996) , The Glorius sound of (1997) und 3000 Germans cant be wrong (Live am 16.2.97 in Regensburg). Die Luminarios sind eine eher lockere Gemeinschaft aus mehreren Musikern. Auf Tour sind meist Michael Davis (Bass; ex MC 5) und Bruce Halper (Drumms), sowie Jim Gibson (Rhythmusgitarre) dabei. Die Combo ist noch an folgenden Terminen zu begutachten:

18.2. Tübingen (Sudhaus) 19.2. Schrecksbach (Ohly) 20.2. Frankfurt (Sinkkasten) 21.2. Kassel (Schlachthof) 22.2. Köln (Underground) 23.2. Oldenburg (Kulturetage) 24.2. Kiel (Räucherei) 25.2. Ludwigsfelde (Relax) 26.2. Hamburg (Knust) 27.2. Rostock (Pumpe) 29.2. Rügen (Tills Zoo)

32. Der Siegeszug eines "undeutschen" Spiels. 100 Jahre Fußball in Deutschland, Teil 1 (1900-1933)

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Geschichte; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:02

100 Jahre Fußball in Deutschland, Teil 1: 1900 bis 1933

Im Januar feierte der DFB, "der größte Sportverband der Welt", sein hundertjähriges Bestehen - mit Festakt, Funktionären und Udo Jürgens. Für uns ist das Jubiläum Anlass für einen Rückblick auf die Entwicklung des Fußballspiels in Deutschland, seine Sozialgeschichte und seine politische Instrumentalisierung.

Deutschland war fußballerisch lange Zeit ein Entwicklungsland. Mit dem Turnen hatte sich bereits eine andere Disziplin als "nationaler Sport" etabliert, die keine Konkurrenz neben sich duldete. Schon gar nicht, wenn diese ausländischen Ursprungs war. "... Sport zu treiben, war im Grunde identisch mit Turnen, und Turnen wiederum war eine höchst nationale Angelegenheit. Nicht nur damals, am Ausgang des 19. Jahrhunderts, sondern noch tief ins 20. Jahrhundert hinein. Stocknational in der Denkungsart und humanistisch in der Bildung, so hatte der vorbildliche Deutsche zu sein, weshalb die kickenden Gymnasiasten, denen wegen der ‚Fußlümmelei` Verweis von der Schule angedroht war, zutiefst bedauerten, dass die ersten fußballspielenden Menschen nicht die alten Griechen gewesen waren." (Schröder 1990)

Die deutschtümelnde Turnerschaft betrachtete das Fußballspiel als "undeutsche", importierte Modetorheit, deren Ausbreitung zu begegnen sei. Aber trotz aller Einsprüche und sonstiger Widrigkeiten, die die Einführung des Fußballs hier zu Lande begleiteten, zählte Deutschland zu den ersten Ländern auf dem europäischen Kontinent, wo er gespielt wurde. Schriftliche Erwähnung fand er bereits 1796, als sich der Turnvater Guts Muths in seinem "Ersten deutschen Spielbuch" über ihn ablehnend äußerte. 1865 spielte der spätere erste Präsident des DFB, Ferdinand Hueppe, mit englischen Schülern der Lehranstalt Neuwied Fußball.

Fußball wurde zunächst vor allem dort gespielt, wo sich "Engländerkolonien" befanden, die nach dem Wiener Kongress in Handelszentren (z.B. Hamburg, Berlin, Frankfurt), Residenzstädten (z.B. Hannover, Braunschweig, Dresden) und Modebädern (z.B. Baden-Baden) entstanden waren. Bei den Engländern handelte es sich "teils um Langzeit-Touristen, teils um Verwandte der deutschen Herrschaftshäuser. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts kamen auch Unternehmer, kaufmännische Angestellte und ‚engineers` hinzu. (...) Um den Zusammenhalt unter den Landsleuten zu stärken, pflegten sie die bekannten ‚sports and pasttimes`, zum Beispiel Lawn-Tennis, Leichtathletik und Hockey, Rudern und Rollschuhlaufen, Angeln und natürlich das Fußballspiel." (Eisenberg 1997)

Als einheimischer Pionier betätigte sich der Gymnasialprofessor Konrad Koch, der 1874 das "englische" Spiel als Schulspiel am Braunschweiger Martino-Katharineum-Gymnasium einführte. Die Höheren Schulen und Gymnasien wurden zu den hauptsächlichen Keimzellen des Fußballs. Kochs Engagement für den Fußball lagen primär pädagogische Überlegungen zu Grunde, die jenseits der traditionellen Methoden der reinen Repression und der Belehrung lagen. Er wollte von der reinen Fremddisziplinierung zur stärkeren Selbstdisziplinierung der Schüler. Dazu schien ihm das Fußballspiel weitaus tauglicher als das autoritäre und militaristische Turnen.

Mit Sport zum nationalistischen Schulterschluss

Kochs pädagogisches Konzept war in dem Sinne politisch, dass es die Überwindung aristokratischer Verhaltensmuster und die Entfeudalisierung des deutschen Bürgertums anstrebte. Der Gymnasialprofessor gehörte außerdem dem Zentralausschuss für Volks- und Jugendspiele (ZA) an, einer Vorfeldorganisation der Nationalliberalen Partei und des Alldeutschen Verbands, "die durch Initiierung einer massenhaften ‚Spielbewegung` unter der männlichen Jugend den aufstrebenden Sozialdemokraten den Nachwuchs abwerben wollte. Die Aktivisten der ZA ... empfahlen nicht nur das ‚deutsche Turnen`, sondern auch ‚English sports`, und so kam ihre Werbe- und Lobbytätigkeit auch dem Fußball zugute." (Eisenberg 1997)

Auf Grund der Widerstände der Turnvereine gestaltete sich die Durchsetzung des Fußballs in Deutschland zunächst schwierig. Noch 1894, ein gutes Vierteljahrhundert nach Gründung der ersten Fußballclubs in England, fühlte Konrad Koch sich bemüßigt, in der Deutschen Turnzeitung Überlegungen darob anzustellen,

wie Fußball "ein deutsches Spiel" werden könnte. Um die deutschtümlerischen, nationalkonservativen Einwände zu neutralisieren, versuchte Koch zu belegen, dass Fußball keineswegs als rein "englisches Spiel" zu betrachten sei, sondern vielmehr im Mittelalter in diversen Ländern - darunter selbstredend auch Deutschland - gespielt worden sei. Des weiteren schlug er vor, die englische Fachterminologie, der man sich bis dahin mangels eigener Überlegungen bediente, durch "deutsche Kunstausdrücke" zu ersetzen.

Die Fußballer waren zunächst im 1891 gegründeten Deutschen Fußball- und Cricket-Bund organisiert, und nicht wenige Fußballvereine vertrieben sich in den Sommermonaten die Zeit mit Cricketspielen. Als publizistisches Organ diente die "Deutsche Ballspiel-Zeitung", die die Interessen der Cricket-, Croquet-, Bocki-, Fußball- und Tennisvereine vertrat. Die gemeinsame Zeitung dokumentiert, wo der Fußball seinerzeit gesellschaftlich beheimatet war. 1894 erschien dann erstmals eine eigenständige Fußballzeitung mit dem Titel "Der Fußball".

Da der Deutsche Fußball- und Cricket-Bund sich wiederholt gegen die Aufnahme neuer Vereine sperrte, kam es im September 1897 in Berlin zur Gründung eines Konkurrenzverbandes mit dem Namen Verband Deutscher Ballspielvereine (VBB, ein Vorläufer des heutigen Berliner Fußball-Verbands - BFV). Am 28. Januar 1900 wurde im Leipziger Mariengarten schließlich in Anwesenheit von 36 Vertretern, die 86 Vereine repräsentierten, die Gründung des Deutschen Fußballbundes (DFB) vollzogen, dem wenig später auch der Berliner Verband als Regionalverband beitrat. England war 1863 mit der Football Association das erste Land der Welt gewesen, das einen nationalen Fußballverband konstituierte. Es folgten Schottland (1873), Wales (1876) und Irland (1880). Aber auch auf dem Kontinent gehörten die Deutschen zu den Nachzüglern.

Der DFB übernahm bald die nationalkonservative Engstirnigkeit der Turner. Zwar konkurrierten im DFB bis zum Machtantritt der Nazis zwei Strömungen miteinander, von denen man die eine als "internationalistisch" und die andere als "nationalistisch" bezeichnen könnte, aber schon zu Kaisers Zeiten war letztere eindeutig stärker. 1911 trat der DFB dem paramilitärisch-nationalistischen Jungdeutschlandbund bei. Auch der DFB interpretierte den Sport als ein Instrument zur Schmiedung der inneren Geschlossenheit des Volkes gegenüber seinen "äußeren Feinden". Dementsprechend enthusiastisch begrüßten viele seiner Funktionäre den Ersten Weltkrieg.

Der internationalistische Flügel wurde vor allem von dem Karlsruher Fußballspieler und Kosmopoliten Walther Bensemann repräsentiert. Von der in Deutschland damals nicht gerade zeitgemäßen Idee beseelt, das Spiel solle die Grenzen überwinden und die nationalen Vorurteile brechen, reiste Bensemann mit seinen Karlsruher "Kickers" nach Belgien, Holland, England, Ungarn, Frankreich und in die Schweiz und holte 1899 die erste englische Mannschaft auf den Kontinent. Der nationalistische Widerpart betrachtete indes das sportliche Kräftemessen mit anderen Nationen als Teil eines allgemeineren Ringens von Völkern und deren Staaten um Hegemonie. Beim Fußball ging es darum, die Überlegenheit der eigenen Nation und deren Tugenden zu demonstrieren.

Mit seinen grenzüberschreitenden Aktivitäten erntete Bensemann mehr Misstrauen als Zustimmung, und noch 1960 schrieb ein anderer deutscher Urfußballer, Dr. Ernst Karding, in der Festschrift zum 60-jährigen Jubiläum des DFB: "Es war eine bescheidene und genügsame Freude, mit der wir unseren Sport trieben. Wir waren glücklich, wenn man uns nicht Schwierigkeiten machte, und dankbar, wenn unsere Probleme in der Tagespresse nicht behandelt wurden. Deshalb lehnten wir Bensemann ab mit seinen viel zu frühen Spielen zusammengeholter Mannschaften aus England und Frankreich, die nur Kritik in der Presse auslösen konnten. Erst wollten wir im eigenen Haus Ordnung haben." Nach 1933 musste Bensemann wegen seiner jüdischen Abstammung in die Schweiz flüchten.

Allgemeine gesellschaftliche Anerkennung errang das Spiel erst in den Jahren vor Ausbruch des 1. Weltkriegs, als sich führende Vertreter verschiedener deutscher Dynastien öffentlich zu ihm bekannten. Zu nennen sind diesbezüglich vor allem der Bruder Kaiser Wilhelms II., Prinz Heinrich von Preußen, wie des Kaisers Söhne Kronprinz Wilhelm, der auch als Stifter eines begehrten Fußball-Wanderpokals (des Kronprinzen-Pokals) in den Annalen des deutschen Fußballs geführt wird, und Prinz Friedrich Karl von Preußen, der gar selbst - im Trikot des SC Charlottenburg - dem Ball nachjagte. Dass der Fußball seit der Jahrhundertwende auch beim Heer, vor allem aber bei der Marine gespielt wurde, ist ebenfalls als Beleg für seine wachsende gesellschaftliche Akzeptanz zu werten. 1910 wurde das Fußballspiel durch einen Militär-Turnerlass in die Ausbildungspläne der Armee aufgenommen.

Arbeitervereine verdrängen die bürgerlichen Clubs

Hierbei spielten die englischen Erfahrungen eine Rolle: Während das Militär zuvor Disziplin und Präzision betonte, Kennzeichen der Gymnastik, wurden nun Teamwork und individuelle Initiative gepredigt. Der preußische Militarismus förderte die Entwicklung des Fußballsports, indem er die Exerzierplätze als Fußballfelder zur Verfügung stellte. Das ist mit eine Erklärung dafür, warum sich Berlin zum ersten deutschen Fußball-Mekka entwickeln konnte.

Auch in Deutschland blieb der Fußball nicht dauerhaft ein exklusives Freizeitvergnügen von Angehörigen des bürgerlichen Milieus, sondern wurde von der Arbeiterschaft begierig aufgegriffen. Nicht von ungefähr war es das schwerindustriell geprägte Ruhrgebiet, wo sich der Fußball nach dem Ersten Weltkrieg am meisten ausbreitete.

Vor dem Ersten Weltkrieg war der leistungsstärkste Verein des Ruhrgebiets der Duisburger Spielverein, dessen Mannschaft 1913 auch als erste Ruhrgebiets-Elf das Finale um die deutsche Meisterschaft erreichte (und 1:3 gegen den VfB Leipzig verlor). Zwischen 1904 und 1927 gewannen die Duisburger nicht weniger als zehn Mal den Titel des Meisters des Westdeutschen Spielverbandes (WSV). Der Duisburger SV war aus einer Abspaltung des Duisburger Turnvereins von 1848 hervorgegangen. Seine hauptsächlichen Konkurrenten waren der ETB Schwarz-Weiß Essen und der Lokalrivale Duisburger Sport-Club Preußen.

In allen drei Vereinen spielten Arbeiter bestenfalls eine marginale Rolle. Die Duisburger Preußen gestatteten laut ihrer Satzung gar nur solchen Personen die Mitgliedschaft, die mindestens das "Einjährige" (d.h. das Zeugnis der Obersekundarreife) vorweisen konnten.

Auch in Deutschland war die Arbeitszeitverkürzung die wichtigste Voraussetzung für die Ausbreitung des Fußballsports unter der Arbeiterschaft. Im November 1918 ordnete das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung an, dass die reguläre tägliche Arbeitszeit (ausschließlich der Pausen) acht Stunden nicht überschreiten dürfe. Mit der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 fand der Achtstundentag auch Einzug in die ordentliche Gesetzgebung.

Welche Bedeutung die Einführung des Achtstundentags für den Sport hatte, belegen die folgenden, 1919 geschriebenen Sätze des Sportjournalisten Hans Heiling: "... Wir wollen kühn und nüchtern sondieren, welche Vorteile der freie Spätnachmittag dem Sport gebracht hat. Und da ist zuerst das Erziehungsmittel zum guten Resultat, das Training, zu erwähnen, dessen tägliches Pensum früher in kargen Abendstunden durchgepeitscht wurde, ohne dass auf eine systematische Einzelausbildung Wert gelegt werden konnte. Die Hauptbedingung für die harte und eiserne Übungszeit im Wettkampf ist Regelmäßigkeit, sei es regelmäßige Erholung, regelmäßiger Schlaf oder Regelmäßigkeit der täglichen Übung. Früher konnte dieser Regelmäßigkeit nur huldigen, denen Freizeit genug neben dem Hauptberuf gegeben war... Jetzt bleibt eine viel größere Menge täglicher Zeit zum Training..., und der geschickte Sportlehrer, den heute jeder Verein von gutem Klang haben müsste, wird aus der Masse der Sport Treibenden mehr herausholen können, als es früher der Fall war. (...) Erfassung größerer Massen für die Sportidee, regelmäßiges Training, Durchbildung weiter Volksschichten, das sind in der Hauptsache die Angelpunkte des freien Nachmittags..."

Neben der Verkürzung der Arbeitszeit war aber auch noch das vielfältige System der Förderung des Sports durch die öffentliche Hand von Bedeutung, das sich bis Mitte der 1920er Jahre durchsetzte. Diese Förderung manifestierte sich insbesondere in der Ausweitung des Sportstättenbaus.

Die Verbreitung des Fußballs unter der Arbeiterschaft spiegelt sich auch in der Mitgliederstatistik des DFB wider. 1904 waren erst 194 reine Fußballvereine mit 9.317 Mitgliedern im DFB vertreten. 1913 zählte der Verband immerhin schon 161.613 Mitglieder. Nach dem Ersten Weltkrieg stieg die Mitgliederzahl rapide an: 1920 hatte der DFB 756.703 Mitglieder und 1925 823.425, d.h. mehr als fünf Mal so viele wie vor dem Krieg. Die Arbeitervereine verdrängten die bürgerlichen Clubs auch mehr und mehr leistungsmäßig, obwohl der Duisburger SV noch bis 1927 den westdeutschen Fußball dominierte.

Doch 20 Jahre nachdem der Fußball seinen Siegeszug in der Arbeiterschaft begonnen und sich zur populärsten Freizeitbeschäftigung entwickelt hatte, war Schwarz-Weiß Essen unter den zwölf Ruhrgebietsvereinen, die in der Saison 1939/40 den Gauligen (den damals höchsten Ligen) "Westfalen" und "Niederrhein" angehörten, der einzige, der eindeutig dem bürgerlich-mittelständischen Milieu zuzuordnen war.

Hingegen entstammten sieben Vereine dem proletarischen Milieu, nämlich neben Schalke 04 noch Arminia Marten, Spielvereinigung Röhlinghausen und Spielverein Hamborn 07, die alle mit der Bergarbeiterschaft verbunden waren, sowie die vornehmlich aus Metallarbeitern bestehenden Gelsenguss Gelsenkirchen, Fußballverein Duisburg 08 und Ballverein Borussia 09 Dortmund.

Dietrich Schulze-Marmeling

Zitierte Literatur:

- Ulfert Schröder: Fußball in Deutschland; in Karl-Heinz Huba (Hg.): Fußball-Weltgeschichte; München 1990

- Christiane Eisenberg (Hg.): Fußball, Soccer, Calcio. Ein englischer Sport auf dem Weg um die Welt; München 1997

33. Dürfen nur Männer Schweine sein? Bundeswehr muß Frauen reinlassen

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Bundeswehr; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak435/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:33

Neulich auf einer öffentlichen (Damen-)Toilette folgende Inschrift: "Glaubt ihr, Emanzipation heißt, die Klos genauso dreckig zu hinterlassen wie die Männer?", fünf Ausrufezeichen. Nein. Oder doch?

Kaum gehaltvollere Beiträge zur Frage von Gleichstellung und Gleichberechtigung lieferte die Berichterstattung um das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach Frauen in Zukunft auch in Deutschland der sogenannte Dienst an der Waffe möglich sein muss. Mitte Januar entschied das Gericht anlässlich der Klage der Elektronikerin Tanja Kreil, der Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen sei auch für die Streitkräfte so weit wie möglich auszulegen, der Ausschluss für "spezifische Tätigkeiten" (z.B. U-Boot-Kommandos) sei allerdings möglich. Das Urteil bezieht sich ausschließlich auf den freiwilligen Dienst, die Frage der Wehrpflicht bleibt davon unberührt.

Wer glaubte, im Anschluss an das Urteil würde allerorten eine heiße Debatte entbrennen, irrte, und bereits das Wort "Debatte" ist eine saftige Übertreibung. Die wenigen Kommentare zu diesem Thema waren vor allem eins: lau. Erboste oder enthusiastische, politisch pointierte oder gar inhaltlich schwergewichtige Beiträge in der Tagespresse suchten Leserin und Leser vergebens.

Und vielleicht spiegelt die schlappe Diskussion auch nicht mehr und nicht weniger als die tatsächliche Bedeutung dieses Urteils wider: Es ist ebenso unvermeidlich (und deswegen richtig) und im Grunde folgenlos wie Frauenförderpläne für Behörden oder Unternehmen. Nichts wesentliches ändert sich dadurch. Weder wird die Bundeswehr böser, stärker oder gefährlicher, noch wird sie friedlicher, sanfter oder menschlicher. Entscheidender ist: Es gibt keine Argumentation gegen die Öffnung der Bundeswehr für Frauen, die nicht direkt oder indirekt über kurz oder lang auf sexistische Konstruktionen einer abweichenden weiblichen Natur zurückführt.Solche Annahmen liegen auch der Einschränkung der Gleichstellung in besagtem Urteil zu Grunde: So ganz richtig traut man den Frauen nicht zu, in jeder Hinsicht einsetzbar zu sein.

Leider sind auch linke Thesen diesbezüglich nicht frei von merkwürdigen Geschlechts-Konstruktionen. Besonders dann, wenn übersehen wird, dass der Kampf (sofern davon überhaupt die Rede sein kann) für die Abschaffung der Bundeswehr und/oder der Wehrpflicht durch dieses Urteil weder gestärkt noch geschwächt wird, weil er schlicht auf einer anderen Ebene abläuft. Sexismus wird in dem Moment manifest, in dem diese beiden Ebenen kurzerhand gleichgezogen werden. Wie zum Beispiel in der Modernisierungsargumention, die in dem Beitrag der Jungle World zum Thema den Ton angibt. Danach ist man zwar prinzipiell, selbstverständlich, selbstredend und fraglos für die Gleichstellung auf allen, allen Ebenen, leider aber kann man doch nicht umhin festzustellen, dass sich durch solcherlei Öffnung "die Männlichkeitsmaschine Militär" modernisiert und damit ja letztendlich stabilisiert. So wird "mit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes die Entwicklung der Bundeswehr zur weltweit einsetzbaren Interventionsarmee weiter beschleunigt." Das wollen wir natürlich nicht.

Und wer ist verantwortlich für eine solche Entwicklung? "Frauen, die das Militär und seine Ziele befürworten", denn die, so erfahren wir weiter, ziehen mit dem Wort Gleichheit auf den Lippen fröhlich in die Kaserne und beschleunigen die Modernisierung. Abgesehen von dieser krassen politischen Fehleinschätzung (schließlich modernisiert sich die Bundeswehr mit Frauen oder ohne), handelt es sich hier um eine bestimmte Form von Sexismus (Frauen sind naiv, egoistisch, verantwortungslos), die sich interessanterweise in vielen Diskussionsbeiträgen wieder findet, meist in Form einer Abqualifizierung der Klägerin Tanja Kreil. So erfährt man, dass sie unpolitisch und unfeministisch ist, und dass es eigentlich ihr Freund war, der ihr den Floh mit der Bundeswehr ins Ohr gesetzt hat, als hätte das irgendeine Relevanz. Provozierend ist anscheinend nach wie vor, wenn eine Frau sich simpel für ihre (wie auch immer zu bewertenden) persönlichen Interessen einsetzt, ohne das Gemeinwohl dabei im Blick zu haben.

Noch heißer politisiert wird, wenn es heißt, schließlich gehe es um die Abschaffung von Bundeswehr und Wehrpflicht, erst damit könne wirkliche Gleichberechtigung erreicht werden. Das erklärt beispielsweise die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsgegnerInnen) auf einer ihrer Homepages.

Abgesehen davon, dass hier ein signifikant eingeschränkter Begriff von Gleichberechtigung verhandelt wird (kein Wort von Reproduktionsarbeit, Rentenverteilung, struktureller Diskriminierung etc.) ist es nun mal leider Fakt, dass die Bundeswehr nicht abgeschafft ist. Und solange das so ist, werden hier nicht nur arme Männer terrorisiert und verblödet, sondern auch Privilegien abgesichert, Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch - und nicht zuletzt - Know-how im Umgang mit Waffen.

Da Frauen eben nicht per se (es kann nicht oft genug wiederholt werden) friedfertiger, vernünftiger, kooperativer, humaner oder klüger als Männer sind, kann niemand ihnen mit vernünftigen Argumenten das Recht absprechen, an diesen Privilegien teilhaben zu wollen; selbst das infantile Bedürfnis, das eigene minderbemittelte Ego mit Hilfe einer Uniform aufzublasen, haben Männer nicht für sich gepachtet. Dies unabhängig davon, dass die meisten Frauen wohl auf diese Möglichkeit zur Teilhabe dankend verzichten werden.

"Wer sich aber dem Gleichstellungsargument anschließt, sollte sich wenigstens klarmachen, dass emanzipatorisch nicht ist, alles das zu tun, was Männer nicht lassen wollen", stellt Ulrike Gramann in der Jungle World fest. Ja, Frau Gramann, Emanzipation ist aber auch nicht, alles männlich-Böse nicht zu tun, sondern Emanzipation ist die Möglichkeit der freien Wahl zwischen diesen beiden und allen anderen denkbaren Alternativen, und ob man sich für oder gegen Bundeswehr, für oder gegen saubere Toiletten entscheidet, hat nichts mit dem Geschlecht zu tun, sondern damit, was eineR im Kopf hat.

Stefanie Gräfe

34. Mehr - Mehr - Mehr

CD-Datei: daten/aksuche/ak435/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:23

Wir wollen mehr! Mehr, Mehr, Mehr! Mehr AbonnentInnen, mehr Verkaufsstellen und: Mehr ak!

Für diesen trivialen Zweck haben wir nicht nur emsig an einem neuen Gesicht von ak gearbeitet. Wir haben auch eine neue Werbe-Postkarte. Dieses muntere vierfarbige Hochglanzkärtchen kann bei uns auch gern in größeren Stückzahlen angefordert werden und ist für den umfassenden Einsatz in nahezu allen Lebenslagen geeignet. Gemütlich kuschelt sich dieses kleine Kärtchen in jede noch so kleine Hand- oder Jackentasche, lässt sich in jeder Kneipe in den dortigen Kartenständer als Zierde ablegen und signalisiert mit fröhlichen und frühlingshaften Farben: Nimm 2!

Die Rückseite dieses Schmuckstücks enthält eine nach den modernsten Regeln der Arbeitseffizienz gestaltete Auflistung der überaus attraktiven Bedingungen, die wir für den dauerhaften Genuss von ak geschaffen haben. Erinnert sei hier an die Möglichkeit, die trotz der fast 4.000 Artikel kostenlose akArchiv.CD-ROM für NeuabonnentInnen zu bekommen oder von zwei Büchern eines als Geschenk auszuwählen (siehe letzte Seite. Die CD kostet übrigens für diejenigen, die bereits ein Abo haben 49 DM (plus 5 DM Porto). Als Einzelstück, also ohne Abo, gibt es die CD für 69 DM plus Porto).

Nur ein oder zwei kleine Kreuzchen reichen aus, um uns die nötigen Instruktionen zukommen zu lassen. Und schon setzten wir alle Hebel in Bewegung, damit wir euch die im neuen Glanz erstrahlte ak in den Briefkasten legen können.

Also: Helft mit, um diese linke Zeitung mehr Menschen ans Herz zu legen. Fordert die Postkarte (wie üblich per Fax, Mail, Telefon oder Brief) kostenlos bei uns an und legt diese in Kneipen, auf Veranstaltungen, in Tagungshäusern etc. aus, drückt sie Freunden und Freundinnen, die ak noch nicht lesen, in die Hand.

Hinweisen wollen wir auch noch einmal auf die Möglichkeit, ak in Echtformat für Veranstaltungen bei uns anzufordern. Ebenfalls kostenlos schicken wir euch aus der jeweils letzten Ausgabe Probeexemplare zu. Gegen Spenden haben wir freilich nichts einzuwenden. Für diejenigen, die die (aktuelle) ak weiterverkaufen wollen, bieten wir einen Rabatt von 30 Prozent auf den Einzelverkaufspreis.

Und mit einer kostenlosen akArchiv.CD belohnen wir jedeN, der / die uns eine neue Verkaufsstelle für die Zeitung vermittelt. Sollte euer Kiosk oder Tabakladen oder die Buchhandlung um die Ecke interessiert sein, ak ins Sortiment aufzunehmen, teilt uns das einfach mit. Wir klären den Rest und schicken euch eine CD zu.

So einfach ist das.

35. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak435/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:27

Nationaler Fußball

Die Nationalmannschaft sei die "populärste Institution des deutschen Fußballs", schreibt Dietrich Schulze-Marmeling im Vorwort des von ihm mitherausgegebenen Buches "Fußball für Millionen". Auch erklärte Feinde des Fußballs und/oder seiner chauvinistischen Instrumentalisierung kommen an dieser "Institution" nicht vorbei, die sich wunderbar zur politischen Polarisierung eignet. In den vergangenen Jahren, da die Deutschen nicht mehr "am Ende immer gewinnen" (Gary Lineker), haben auch die im besten Sinne antinationalen Linken viel Freunde an den Bundeskickern und ihren schwafelnden Funktionären und Übungsleitern. Die von Schulze-Marmeling und seinen Mitautoren herausgegebene "Geschichte der deutschen Nationalmannschaft" richtet sich an den kritischen Fan, der bei aller Begeisterung für den Sport und für seine Lieblinge doch nicht den Verstand verliert. Ihm wird die - politisch betrachtet - vielfach unrühmliche bis schreckliche Geschichte des DFB nahe gebracht: vom Beginn im Kaiserreich über die "politische Mission" der großdeutschen Mannschaft für Nazi-Deutschland, das "Wunder von Bern" als Auslöser einer nationalistischen Welle bis zu Berti Vogts wahnwitziger Behauptung, seine Mannschaft sei 1998 bei der WM in Frankreich Opfer einer internationalen Verschwörung geworden. Streiten lässt sich über den Ausblick "Quo vadis, Nationalmannschaft?" Dort wird richtig die Konkurrenz durch Vereinsmannschaften und Champions League beschrieben und gefolgert: "Der DFB wird sich dieser Herausforderung stellen müssen." Tut er das nicht, verliert die Nationalmannschaft gegenüber den Spitzenclubs weiter an Boden - eine Aussicht, die der Rezensent, offenbar im Unterschied zu den Autoren, für das kleinere Übel hält.

Dietrich Schulze-Marmeling, Hardy Grüne, Werner Skrentny, Hubert Dahlkamp: Fußball für Millionen. Die Geschichte der deutschen Nationalmannschaft; mit Spieler-Lexikon, ausführlicher Statistik und vielen Fotos; Verlag Die Werkstatt (Göttingen), 521 Seiten, 49,80 DM

Was ist Rassismus?

Wo der staatstragende Politiker allenfalls bereit ist, von "Ausländer-" bzw. "Fremdenfeindlichkeit" zu sprechen, nennen Linke die Dinge bei weniger schönfärberischem Namen: Spätestens seit Anfang der 90er Jahre ist der Begriff "Rassismus" in aller Munde. Dagegen ist nichts zu sagen - nur sollte man sich dann und wann darauf verständigen, was damit gemeint ist. Hierbei könnte das Buch des Sozialpädagogen und Politikwissenschaftlers Johannes Zerger helfen. "Was ist Rassismus?" heißt der Titel; der Entwicklung erfolgreicher antirassistischer Strategien, so der Autor, müssten "eine Begriffsklärung und die Analyse der Ursachen des Rassismus vorausgehen". Im Sinne dieser Klärung und Analyse setzt Zerger bei der Begriffs- und Ideengeschichte an. Die von ihm zitierten Äußerungen Kants und Voltaires über "die Minderwertigkeit der Neger" dürfen zwar als (in der Linken) allgemein bekannt gelten - dennoch ist es richtig, sie immer wieder als Teil unseres kulturellen Erbes herauszustellen. Sie machen darüber hinaus deutlich, dass Rassismus nicht als Vorurteil der Dummen abgetan werden kann, dem man allein mit politischer Bildung beikommen könnte. Die von Zerger vorgeschlagene Definition des Rassismus ist zu lang, um hier zitiert werden zu können. Zugleich ist sie aber so allgemein, dass ihr praktischer Wert zweifelhaft bleibt. Insbesondere klammert sie das Problem von Macht und Herrschaft aus und macht keinen Unterschied zwischen Unterdrückern und Unterdrückten: Vielmehr wäre ihr zufolge ein rassistisch verfolgter Afrikaner, der seinen Verfolgern (etwa: "den Deutschen", "den Europäern") "kollektive Merkmale" zuschreibt, seinerseits ein Rassist. Der umfangreichste Teil des Buches führt ein in "ausgewählte Erklärungsansätze für die Ursachen von Rassismus", die jeweils kurz vorgestellt und mit kritischen Anmerkungen versehen werden.

Johannes Zerger: Was ist Rassismus? Eine Einführung; Lamuv-Verlag (Göttingen); 187 Seiten, 19,80 DM

Rechter Antikapitalismus

Antikapitalistische, ja "sozialistische" Rhetorik hat in Teilen der extremen Rechten Konjunktur. Über die ideologischen Entwicklungen bei NPD und "Nationalrevolutionären" und über die neuen Freundschaften von extremen Rechten und einigen Ex-Linken informiert Jean Cremet in seinem hervorragenden Beitrag "Die antikapitalistische Sehnsucht des deutschen Volkes". Abgedruckt ist er in der vom DGB-Bildungswerk Hessen herausgegebenen Broschüre "Die NPD und ihr nationalrevolutionäres Umfeld". Cremets Aufsatz ist einer

Dokumentensammlung vorangestellt, bestehend aus Artikeln der rechtsextremen Presse (Junge Freiheit, Deutsche Stimme, Nation + Europa, Staatsbriefe u.a.), dem Thulenet und dergleichen. In einem ebenfalls dokumentierten Flugblatt der NPD zur Bundestagswahl 1998 wird der nationale "Antikapitalismus" in besonders eingängigen Formeln verabreicht. Die NPD fordert den "sofortigen Austritt aus der Europäischen Union. Es darf nicht sein, dass die multinationalen Großkonzerne zu Gunsten ihrer auf dem Rücken der schaffenden Menschen erwirtschafteten Profite Europa beherrschen!" Auch die von ehemaligen SDS-Mitgliedern verfasste viel zitierte "Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968" ist in der Broschüre nachzulesen. Die Ex-Genossen Mahler, Maschke und Oberlercher behaupten eine "Wiedervereinigung" der 1968 entstandenen "zwei nationalrevolutionären Flügel", der "Neuen Linken" und der "Neuen Rechten". Beweis: "Die Neue Rechte hat ihr Nahziel (den Untergang des ‚Sowjetismus`) erreicht und wendet sich zunehmend gegen den Amerikanismus und Kapitalismus..." Diese "Wiedervereinigung" ist bisher Wunschdenken geblieben. Das ist auch gut so: Die dokumentierten Texte machen deutlich, dass der rechte "Antikapitalismus" mit emanzipatorischen Bestrebungen rein gar nichts zu tun hat. Denn die rechte Alternative zur "Herrschaft des internationalen Kapitals" ist und bleibt die "nationale Volksgemeinschaft".

DGB-Bildungswerk Hessen e.V.,: Die NPD und ihr nationalrevolutionäres Umfeld. Materialien zur neueren ideologischen Entwicklung; DGB-Bildungswerk Hessen, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt am Main; Fon: 069/27300561, Fax: 069/27300555; 78 Seiten, 10 DM (plus 3 DM Porto)

Psychos einmal anders

Psychologie und Postmoderne - das ist der Themenschwerpunkt der Januar-Ausgabe von Forum Wissenschaft. Psychologische Ansätze in verschiedenen Bereichen werden beleuchtet und kritisch hinterfragt; so beispielsweise die Entwicklung der Psychologie im Dienste des deutschen Kriegshandwerks oder das Menschenbild im Personalmanagement in Zeiten der Flexibilisierung. Der Schwerpunkt thematisiert interessante Aspekte jenseits des Mainstream-Diskurses im Psycho-Reich. Aber auch Dauerbrenner, wie die Frage nach dem Spannungsverhältnis von Individuum und Gesellschaft bei der Psychotherapie, finden einen Platz in dem gelungenen Heft. In diesem Zusammenhang problematisiert die Hilfsorganisation medico international das Geschäft mit Traumatisierten. Die "Projektgruppe Psychosoziale Gesundheit" von medico international kritisiert, dass die Diagnose Trauma inflationär verwendet werde. Damit würden politische Ursachen von Traumatisierung verschleiert und die Erfahrungen unter Gewaltherrschaft, Krieg und Folter öffentlich banalisiert. Die Projektgruppe legt großen Wert darauf, Traumatisierungen innerhalb des sozialen und kulturellen Kontextes zu betrachten und diesen Kontext auch bei der Behandlung zu berücksichtigen. Neben dem Psycho-Schwerpunkt finden sich in dem Heft auch Artikel über die "Ökosteuer" der rot-grünen Regierung und ein Interview mit einem Mitglied der grünen Partei in Serbien zu den Folgen des Krieges gegen Jugoslawien.

Forum Wissenschaft, Nr. 1/2000, Herausgeber: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V. (BdWi), Gisselbergerstr. 7, 35037 Marburg; 52 Seiten, 12,50 DM

36. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak435/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:34

Demos gegen Haider, FPÖ und ÖVP

Österreich wird schwarzblau regiert. Grund genug, überall in Europa auf die Straße zu gehen. Denn der Protest gegen die neue österreichische Regierung darf nicht von den EU-Staaten dominiert werden. Schließlich sorgen sie mit ihrer Schengen-Politik ebenfalls für die Ausgrenzung von Flüchtlingen. Die chauvinistische und rassistische Formierung muss in Österreich und anderswo bekämpft werden! Gegen Haider und alle anderen Faschisten entschlossen vorgehen!

Wien, 19.2., 15.30 Uhr, (Sternmarsch) Parlament - Oper - Uni - Eisenplatz

Klagenfurt, 19.2.,

10.00 Uhr, Neuer Platz

Vorarlberg, 19.2.,

15.30 Uhr, Dornbirn

Hamburg, 19.2.,

15 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz

Amsterdam, 19.2.,

15 Uhr, Dam (Innenstadt)

London, 19.2., 16 Uhr

Weitere Infos unter:

http://gegenschwarzblau.cjb.net

Kriegsobjekte

Bilder und Objekte zum Krieg zeigen Berthold Balk, Tjarro Brocks und Jule Ehlers-Juhle. Auf der Vernissage präsentiert Kai Ehlers Texte zu "Kosovo, Tschetschenien und wie weiter".

Hamburg, 24.2. bis 14.4. im Pädagogisch-Theologischen Institut, Teilfeld 1 (Vernissage um 19 Uhr)

Wanderkirchenasyl

Die Kampagne Kein Mensch ist illegal feiert das einjährige Bestehen des Wanderkirchenasyls in Oberhausen; mit Kinderspielen, gemeinsamem Essen, einem Film über das Wanderkirchenasyl, Büchertischen und einer Ausstellung. Am Ende des Tages kann auf dem Illegalitanz, der Disco von Kein Mensch ist illegal, das Tanzbein geschwungen werden.

Oberhausen, 26.2., ab 17 Uhr im Druckluft, Am Förderturm 27

Die schwarzen Panther

Der Film von Lee Lew-Lee erzählt die Geschichte der Black Panther Party aus den USA, deren Unterdrückung durch das FBI und die Bedeutung der Bewegung bis in die Gegenwart. Er ist eine Mischung aus Dokumentaraufnahmen und Interviews mit Zeitzeugen. Die Gruppe nn-TV vom Buchladen Le Sabot präsentiert den Film im Rahmen ihres neuen Kinoprojektes.

Bonn, 27.2., 16 Uhr im Kult 41, Hochstadenring 41

Gentechnologische Krebsdiagnostik

Der Bonner Arbeitskreis gegen Gentechnologie lädt ein zu der Veranstaltung "Krebsdiagnostik - Heilerfolge durch Massentests?". Der Journalist Klaus-Peter Görlitzer und der Mediziner Carsten Ziske wollen nicht nur

die medizinischen Probleme von genetischen Massentests diskutieren, sondern vor allem auch die möglichen gesellschaftlichen Folgen.

Bonn, 28.2., 20 Uhr im Haus der Evangelischen Kirche,

Adenauerallee 37

Zwangsarbeit

in Essen

Klaus Wisotzky, der Leiter des Stadtarchives Essen, und der Historiker Josef Herten referieren über Zwangsarbeit in Essen. Es wird danach gefragt werden, wie sich die heute noch existierenden Firmen und die Stadt Essen ihrer historischen Verantwortung stellen. Veranstalter sind die Zeche Carl, Unabhängige Antifa Aktiv, das Hannah Arendt Bildungswerk und das ANTIFA Forum.

Essen, 29.2., 20 Uhr in der Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Soziale Gerechtigkeit?

Die PDS AG Betrieb & Gewerkschaft Hamburg lädt ein zur Diskussionsrunde "Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit? Wunschtraum oder reale Möglichkeit? Dierk Hirschel (Jusos Hamburg), Uwe Hiksch (MdB PDS) und Georg Wißmeier (ak-Redaktion) fragen sich u.a., ob sich die Gewerkschaften mit ihrer Einbindung in das "Bündnis für Arbeit" die Luft für die Beteiligung an Aktionen mit anderen sozialen Akteuren nehmen.

Hamburg, 29.2., 18 Uhr,

Gewerkschaftshaus, Raum Trave, Besenbinderhof 60

Anti-Expo

Seminar zur Anti-Expo-Arbeit

München, 3.-5.3., Infos: Anti-Expo AG München c/o Infoladen oder projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

GENiale Zeiten

Mit dem Projekt "GENiale Zeiten" greift der Pavillon das Thema Gentechnologie auf. Zwei Ausstellungen informieren über gentechnisch veränderte Lebensmittel, eine Exkursion führt zu Genlaboren und Ökohof. Theateraufführungen nähern sich den Themen Mutation und Reproduktion. Weitere Debatten behandeln Fragen zur Patentierung von Lebewesen, zur Weltbevölkerungspolitik und zur Bioethik-Konvention. Ein Rundgespräch informiert zur Sloterdijk-Debatte. Das Programmheft wird ab sofort auf telefonische Anfrage zugeschickt.

Hannover, 7.3. bis 13.4. im Pavillon, Lister Meile 4, Tel. 0511/344558

Frauenbefreiung

Am internationalen Frauentag demonstrieren FrauenLesben für Frauenbefreiung weltweit.

Hamburg, 8.3., Auftaktkundgebung 17 Uhr, Gefängnis Holstenglacis (Ecke Holstentor/Gorch-Fock-Wall)

Reparationen

für Afrika

Afrika fordert Entschädigung für die jahrhundertelange Versklavung von Millionen AfrikanerInnen und den nachfolgenden Kolonialismus. Über die Forderung diskutieren Leonhard Harding (Uni HH), Olajide Akinyosoye (Afrikanische Union Hamburg) und der Journalist Fritz Gleiß.

Hamburg, 16.3., 19.30 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Abschiebeknast Ingelheim

Die Aktion Kein Abschiebeknast Ingelheim (AKAI) ruft auf zu einer Demonstration gegen den Abschiebekomplex in Ingelheim, der bereits im Bau ist. Die geplante "Landesunterkunft Rheinland-Pfalz "

(LURP) soll aus drei miteinander vernetzten Bereichen bestehen: Einer "Notunterkunft für Asylbegehrende" (NUK), einer "Landesunterkunft für Ausreisepflichtige" (LUfA) und einer "Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA). Durch die Struktur des Komplexes soll der Weg vom Asylantrag bis zur Abschiebung für die Behörden vereinfacht und die Isolierung der Menschen sichergestellt werden. Nach der Demo gibt es Vokü und Party im JUZ Bingen.

Ingelheim, 18.3., 12 Uhr Bahnhof,

Infotelefon: 06721/7921140

Schickt Eure Veranstaltungshinweise!

Per E-Mail, per Post oder als Fax.

Annahmeschluss für ak 436 ist der 7.3.2000

37. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak435/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:37

Fehlerteufelin:

Im Iran finden im Februar keine

Präsidentschaftswahlen statt

(wie in ak 434 behauptet), sondern Parlamentswahlen, an denen lediglich ein ehemaliger Präsident teilnimmt.

38. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak435/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:39

Mehr Aktuelles!

Betr.: ak-Veränderungen

Liebe a&k-Redaktion!

Ich bin seit kurzem begeisterter Leser eurer Zeitung und möchte euch gerne mit Spenden und Vorschlägen unterstützen. Ihr habt schon eine stärkere politische Schwerpunktsetzung angekündigt, und ich hoffe, dass ihr nicht von eurem bisherigen kritischen Kurs abzuweichen gedenkt oder euch auf ein einzelnes Gebiet einengt.

Ich würde mir mehr Informationen zu aktuellem Geschehen in Politik und Wirtschaft wünschen, die ihr dann mehr in einen größeren Kontext einordnen solltet, so dass sich ein (natürlich unvollständiges) Bild der gesellschaftlichen Entwicklung ergibt. Außerdem würde ich mir wünschen, dass ihr bei dieser Gelegenheit mehr auf das Verhältnis von Wirtschaft und Politik eingeht. (...)

Jan Imgenberg

Glückwunsch!

Betr.: Neues Layout

Liebe ak-MacherInnen,

herzlichen Glückwunsch zur neuen ak-Ausgabe. Seit langer Zeit habe ich einen ak mal wieder von vorne bis hinten durchgelesen. Zumindestens fürs Erste ist das neue Layout toll! Einfach ansprechender. Mir gefällt es trotz des Umstandes, dass etwas weniger Inhalt auf die Seiten passt, wobei es mich auch nicht stören würde, wenn in Ausnahmefällen auch einmal eine kleinere Schrift benutzt würde.

Soweit meine spontane Reaktion und weiterhin gutes Gelingen.

Kai Fieguth, Hamburg

Bodenlose Dummheit?

Betr.: Streit über Gräbern, ak 434

Die Fakten zum Verbot des Gedenkens an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 9.1.00 in Berlin hat mb. weitgehend korrekt wiedergegeben - entsetzt bin ich jedoch über seine Schlussfolgerungen:

Es bedarf keinerlei Verschwörungstheorien für die Annahme, dass die Attentatsdrohung der Polizeiführung zumindest sehr gelegen kam. Die Polizeiübergriffe der letzten Jahre sprechen für sich. Ich widerspreche dem Fazit, dass "angesichts der realen Gefahr (...) die PDS verantwortlich gehandelt" hat. Im Gegenteil. Sich auf diese Weise den schwarzen Peter zuschieben zu lassen, zeugt entweder von bodenloser Dummheit - oder von stillem Einverständnis.

Erstes Argument: Wenn bei einer staatstragenden Veranstaltung ähnlicher Größenordnung der Polizeipräsident erklärt hätte, er könne infolge der Drohung eines Einzelnen die Sicherheit nicht gewährleisten, so hätte ihn das seinen Hut gekostet.

Zweites Argument: Ein fehlendes Konzept hat die Polizeiführung nicht gehindert, am 9. Januar die Spontandemo einzukesseln und zusammenzuknüppeln sowie außerdem mittels großräumiger Absperrung individuelle Ehrungen auf dem Friedhof zu verhindern.

Drittes Argument: Bei der dann am 15. Januar doch durchgeführten Ehrung waren die dann nach einer Woche angeblich intensiv vorbereiteten Sicherungsmaßnahmen keinen Groschen wert. Die Polizeiabsperrungen waren löchrig wie Schweizer Käse. Und wo sie dann doch funktionierten, fanden kaum Personenkontrollen statt. Herr Staps hätte sein "Blutbad" ohne weiteres anrichten können - wenn er nur gewollt hätte.

Zum Schluss noch eine kleine Kostprobe von der Landesvorsitzenden Petra Pau aus dem PDS-Info Berlin-Mitte: "Schließlich auch die unentschiedene Frage, welche Form der Ehrung von Rosa und Karl PDS-gemäß ist: Das seit 1990 von uns ermöglichte ‚Ehrende Gedenken`, das inzwischen bis zu 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für sich annehmen? Oder die ‚machtvolle` Demonstration, die sich im duldenden Bündnis mit Stalin-Verehrern und PDS-Gegnern besonders engagiert wähnt?" Wie war das noch 1988, als die Volkspolizei der DDR wegen eines unerwünschten Luxemburg-Zitates Teilnehmer zuerst gewaltsam aus der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und dann aus der Staatsbürgerschaft entfernte? Die PDS-Führung hat die Denk-und Verhaltensstrukturen einer Staatspartei nie abgelegt. Und sie wird es wohl auch nie.

Gerd Bedszent

PDS nicht verteidigen!

Betr.: Streit über Gräbern, ak 434

Ich war über diesen Artikel ziemlich entsetzt. Ich hätte nicht gedacht, dass eine linke Zeitung in diesem Lande die PDS-Führung verteidigen würde.

Mir fällt dazu nur folgende Begebenheit ein. Vor einigen Jahren verübte ein ähnlich "Durchgeknallter" wie Staps einen Brandanschlag auf das Büro der Bonner Antifa. Das Büro brannte völlig aus, die übrigen MieterInnen des Hauses kamen nur durch Zufall mit dem Leben davon. Nach der Logik der PDS-Führung und der Berliner Polizei hätte nun die Bonner Antifa verboten werden müssen, denn dann hätte sie kein Büro mehr haben können, auf das jemand einen Anschlag verüben könnte. Am besten hätte mensch dann noch alle Antifas in Schutzhaft genommen...

ab

Interessante Zeitung

Liebe GenossInnen,

wie euch sicher bekannt ist, lese ich schon seit einigen Jahren den ak. An dieser Stelle möchte ich euch einmal sagen, dass mir die Zeitung sehr gut gefällt. Sie gehört für mich auf jeden Fall zu den interessantesten Publikationen innerhalb des linken Spektrums. (...)

Mit solidarischen Grüßen,

Rose

39. 60.000 DM für ak

CD-Datei: daten/aksuche/ak435/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:43

Bitte nicht schwächeln!

Die Reaktionen waren eindeutig: fast durch die Bank ein Loblied auf ein ansprechendes, zum Lesen einladendes Layout, das es zu einer neuen Freude werden lässt, die Zeitung in die Hand zu nehmen und durchzublättern. Nur einige ZynikerInnen grummelten leise und doch eher verlegen etwas von: "Schade um die gute alte Bleiwüste." Aber im Ernst: Auch wir waren einigermaßen überrascht, als wir das Ergebnis aus monatelangen Debatten, Überlegungen und durchaus auch Auseinandersetzung, umfangreichen technischen Umstellungen und einem reichlich umgekrempelten Ablauf während der Seitengestaltung als fertiges Druckerzeugnis in der Hand hielten. Der einzige Schwachpunkt, der uns hundertfach entgegengehalten wurde und bei einigen gar einen leichten Ekel hervorgerufen hat, wird - ihr habt es schon bemerkt - gleich wieder abgeschafft: der Zeitungskopf in zartem Schweinchenrosa. Wir hoffen, dass das neue ak-Gesicht künftig auch dabei helfen wird, uns in neue LeserInnenkreise einzuschmeicheln.

Aber dafür muss ak weiter erscheinen, und das kostet mehr Geld, als durch den Verkauf der Zeitung erzielt werden kann. Die diesjährige Spendensammlung hat supergut angefangen: Bis zur letzten Ausgabe von ak hatten wir die Hälfte des Spendenzieles schon erreicht, aber dann ... Waren konterrevolutionäre Kräfte im Spiel, die die Druckerei schlampen ließen? In der letzten Ausgabe fehlte der Überweisungsträger, und prompt gingen dieses Mal weniger Überweisungen ein - trotzdem haben wir schon die stolze Summe von knapp DM 41.000 erreicht. Das ist klasse, und wir danken allen Spenderinnen und Spendern, die dazu beigetragen haben. Das sind zwei Drittel von dem, was wir brauchen. Jetzt muss zum Endspurt aufgebrochen werden und das letzte Drittel, die letzten 20.000 Mark erreicht, besser überwiesen werden.

Und dieses Mal machen wir es euch auch wieder ganz leicht! Der bedruckte Überweisungsträger liegt der Zeitung bei. Ihr müsst wirklich nur noch die Summe ausfüllen, unterschreiben und das Ding bei eurem Kreditinstitut abgeben. Ob selbiges hinterher so aussieht, wie das auf dem Foto, bleibt euch überlassen ...

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

E. Seidel, Konto Nr.: 116 838 203

BLZ: 200 100 20

Verwendungszweck:

Spende Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik

40. Korruption und Kapitalismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak435/cdu2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:cdu2

"Ist der Marxismus/Leninismus 1989 eigentlich wirklich widerlegt worden?", fragte sich angesichts des CDU-Finanzskandals die FAZ. Das Zentralorgan der Bourgeoisie kramte das DDR-Lehrbuch Politische Ökonomie Kapitalismus/Sozialismus hervor und kam zu der "erstaunlichen Entdeckung", dass darin "nicht alles falsch" war: etwa "Merksätze wie die von der globalen Kapitalkonzentration und Monopolbildung bei gleichzeitiger Zunahme der Arbeitslosigkeit. Zwangsläufig, so steht es in den Büchern, laufe der Kapitalismus darauf hinaus. Ebenso zwangsläufig nehme in seinem letzten, faulen und parasitären Stadium die Korruption ‚einen bedeutenden Umfang anæ."

Erstaunt zitiert die FAZ Erkenntnisse über "so genannte Lobbyisten", deren Aufgabe es sei, "Staatsbeamte und Parlamentarier durch Bestechung und andere Methoden ... zu beeinflussen. Die Konzerne träfen ‚Absprachen mit der Regierung, mit Abgeordneten sowie mit den Spitzengremien der von ihnen wesentlich finanzierten Parteienæ" - nicht auszudenken, wenn diese simplen Wahrheiten Bestandteil des Massenbewusstseins werden!

Seite 4

41. Nordirische Stagnation

CD-Datei: daten/aksuche/ak435/ira.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:435:ira

Kaum mehr als zwei Monate war Nordirlands neue Regionalregierung im Amt, als sie von London suspendiert wurde. Bis auf weiteres gilt nun wieder "direct rule" - die britische Direktherrschaft über die nordirische Provinz. Schuld am Scheitern der Allparteienregierung sei die IRA, behaupten die nordirischen Unionisten. Deren Ultimatum an die IRA, umgehend mit der Abrüstung zu beginnen, wurde von der britischen Regierung übernommen - obwohl im "Belfast Agreement" von einseitigen Vorleistungen der katholischen/republikanischen Seite nicht die Rede ist. Die IRA und Sinn Féin hätten eine solche Verpflichtung auch nicht akzeptiert: Im nordirischen Konflikt gibt es weder Sieger noch Besiegte.

Wer ständig nur von den Waffen der IRA rede, verhindere eine wirkliche Entmilitarisierung der Gesellschaft, kritisierte Sinn-Féin-Chef Gerry Adams. Hunderttausende von Waffen befinden sich in den Händen der Protestanten/Unionisten. Von entscheidender Bedeutung ist eine tief greifende Reform der Polizei: Die Spezialtruppe Royal Ulster Constabulary (RUC) hat in den Jahren der "troubles" einseitig gegen die katholische/republikanische Minderheit Partei ergriffen. Das soll auch so bleiben, fordert die Mehrheit der Protestanten. Innerhalb der katholischen Community wiederum wächst die Ungeduld angesichts des allzu schleppenden Fortgangs des "Friedensprozesses". Die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch IRA-Dissidenten würde von London mit einer neuen Kriminalisierungswelle beantwortet werden.

Seite 22